



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

MONATLICHER PRESSESPIEGEL

Inhalt:

- ▶ Politik
- ▶ Wirtschaft
- ▶ Finanzen
- ▶ Transport und Logistik
- ▶ Wissenschaft, Bildung und Kultur
- ▶ Tourismus und Gastronomie
- ▶ Verschiedenes
- ▶ Zahlen und Fakten

APRIL 2019

Botschaft von Luxemburg
Klingelhöferstraße 7
D-10785 Berlin

Tel. +49 30 263 95 70
Fax +49 30 263 95 27

berlin.amb@mae.etat.lu
berlin.mae.lu



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

POLITIK

Leitartikel

Einer von uns

Von Roland Arens

Léif Lëtzebuerger“. Diese freundliche Begrüßung durch Großherzog Jean klingt vielen noch im Ohr, nicht zuletzt wegen der in Erinnerung gebliebenen Weihnachtsansprachen des Staatsoberhauptes im Fernsehen seit den 1970er-Jahren. Nun ist seine Stimme für immer verstummt. Luxemburg trauert.

Großherzog Jean wurde 98 Jahre alt. 36 Jahre, von 1964 bis 2000, stand er an der Spitze des Landes. Doch seine Beliebtheit in der Bevölkerung reichte weit über seine Regentschaft hinaus. Auch nach seinem Rückzug ins Private freute man sich, wenn der Hof hin und wieder Fotos veröffentlichte, die den rüstigen Großherzog etwa am Strand

von Cabasson im Kreis seiner Familie zeigten oder bei einem seiner seltener werdenden Konzertbesuche in der Philharmonie. Bedeuteten die Bilder doch, dass es ihm gut ging.

Die Popularität von Großherzog Jean und seine über alle Zweifel erhabene Legitimation als Staatsherr gründeten in seiner tiefen Verwurzelung mit dem Land, seinen Menschen und

seiner Geschichte. Seinem verfassungsmäßigen Auftrag folgend führte er mit militärischer Disziplin und ehernem Pflichtbewusstsein seinen Teil der Staatsgeschäfte aus. Zugleich haben die Luxemburger „de Prënz Jang“ auf respektvoll-joviale Art immer als einen der Ihren gesehen. Schon im April 1939 war dies zu spüren, als das Land den 100. Jahrestag seiner Unabhängigkeit feierte und die Bedrohung von außen mit jedem Tag greifbarer wurde. Gut fünf Jahre später, bei der Befreiung am 10. September 1944, trugen die Luxemburger den jungen Erbgroßherzog wie einen Helden auf den Schultern.

Das Lebenswerk von Großherzog Jean lässt sich nicht losgelöst von jenem der Großherzogin Charlotte betrachten. Es war keine leichte Aufgabe für den neuen Großherzog, den Platz der fast mythisch verehrten Vorgängerin einzunehmen. Mutter und Sohn haben das Land in jeweils

schwierigen Zeiten geführt und ihm jene Stabilität und innere Ruhe gegeben, die eine moderne, konstitutionelle Monarchie nur dann bieten kann, wenn es ihr gelingt, ein fast symbiotisches Vertrauensverhältnis mit der sie tragenden Bevölkerung einzugehen. Großherzog Jean vermittelte den Luxemburgern das sichere Gefühl, dass er ihre Sorgen und Freuden teilte.

Großherzog Jean wurde gleichermaßen als integrierender Mensch, fürsorgliches Familienoberhaupt und liebevoller Ehemann wahrgenommen. Dabei blieben ihm persönliche Prüfungen nicht erspart – wie der Unfall seines Sohnes Guillaume im Jahr des Thronwechsels sowie das Krebsleiden und der Tod seiner geliebten Frau, Großherzogin Joséphine-Charlotte, im Jahr 2005. Man darf annehmen, dass Großherzog Jean in seinen schwersten Stunden Trost gefunden hat im katholischen Glauben, der ihn mit vielen Landsleuten verband.

Die Ära des Wohlstands und der Stabilität, die sich während der Regentschaft von Großherzog Jean entfalten konnte, wird von jüngeren Generationen womöglich als Selbstverständlichkeit angesehen. Mit seinem Tod droht jetzt ein bedeutendes Stück der Erinnerung daran zu verbleiben, dass dieses goldene Zeitalter mit Leid und Entbehrung erkämpft wurde. Es sei sein Wunsch, so Großherzog Jean in einer Rede vor den Anciens Combattants im Mai 1970, dass die Jugend niemals solch bittere Erfahrungen erleiden müsse. Dieser Wunsch gehört zum Vermächtnis von Großherzog Jean und ist zugleich Auftrag an nachfolgende Generationen.

Als Großherzog Jean im Oktober 2000 die Staatsführung an seinen Sohn Henri weitergab, bescheinigte ihm Staatsminister Jean-Claude Juncker, den Dienst für sein Land ohne Fehler absolviert zu haben. Dieses Bekenntnis gilt noch immer. Luxemburg darf sich glücklich schätzen, diesen Großherzog Jean als Staatsherr gehabt zu haben.

In dieser Stunde der Trauer entbietet das „Luxemburger Wort“ der großherzoglichen Familie sein tief empfundenes, christliches Beileid.

*Großherzog
Jean teilte die
Freuden und
Sorgen der
Luxemburger.*

EDITORIAL

Ein Leben für ein Land

NIC

DICKEN

verneigt sich
in tiefem
Respekt.

Gestern wurde die sterbliche Hülle des am Dienstag verschiedenen früheren Großherzogs von Luxemburg an seine ehemalige Wirkungsstätte überführt. In den kommenden fünf Tagen wird den Bürgern des Landes die Möglichkeit geboten, sich von jenem Mann zu verabschieden, der während 36 Jahren maßgeblich an der Ausrichtung des Landes und seiner Entwicklung beteiligt war, auch wenn er dies stets mit Zurückhaltung und Bescheidenheit zu tun bestrebt war. Großherzog Jean hat es während seiner Amtszeit nicht nur fertig gebracht, seine Position mit hoher Würde und starkem Pflichtbewusstsein zu erfüllen, er hat es in vielen Situationen auch geschafft, dem luxemburgischen Staatswesen ein menschliches und sympathisches Gesicht zu vermitteln, mit dem sich die Menschen des Landes, Einheimische wie Zugewanderte, stets identifizieren konnten.

Zu den wesentlichen Merkmalen seiner Regentschaft gehörte es, den Eindruck des stets beteiligten, besorgten und umsichtigen Staatsmannes zu vermitteln, ohne dafür in irgendeiner Weise aufdringlich oder gar herrisch bestimmend zu erscheinen. Er wurde Zeit seines Lebens mit wachem Bewusstsein und vornehmer Zurückhaltung, jenem selbst gewählten Leitspruch gerecht, der bereits das Selbstverständnis von Johann dem Blinden geprägt hatte und als Devise vom Prince of Wales übernommen worden war: „Ich dien.“

Großherzog Jean, dessen künftige Rolle als tat-

sächlicher Landesfürst von Luxemburg während der Kriegswirren von 1940 bis 1945 durchaus in Frage stand, hat sein Leben im Dienst des Landes als vornehme Aufgabe und als persönliche Verpflichtung verstanden, der er auch sein familiäres Leben nicht unter-, sondern zuordnete. Er war, aller adligen Geburt und aller familiären Zugehörigkeit und Privilegien zum Trotz, „einer von uns“.

Diese tiefe Verbundenheit kam gerade in kruzialen, frohen wie tragischen, Momenten der Landesgeschichte besonders in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts zum Vorschein. Er zeigte in besonders erfreulichen Momenten, wie etwa den großartigen sportlichen Erfolgen von Josy Barthel und Charly Gaul, genau wie in schwierigen Momenten, etwa beim Krisenszenario der Stahlindustrie, seine tiefe Verbundenheit mit dem Land und seinen Bewohnern, ohne daraus besonderes Aufhebendes zu machen. Er war stolz auf sein kleines Land, auf seine Leute und gemeinsame Errungenschaften.

Sein Engagement, etwa beim Naturschutz, bei der Pfadfinderbewegung oder beim IOC, genau wie sein klares Bekenntnis zum vereinigten Europa, machten seine Weltoffenheit und sein Verständnis für Zusammenhalt und Solidarität deutlich: Er war ein Mensch seiner Zeit, der Notwendigkeiten und Handlungsbedarf nicht nur verstand, sondern auch seinen Beitrag zu leisten bereit war. Als Mensch des 20. Jahrhunderts überließ er seinem Sohn an der Schwelle zum 21. die formale Herrscherrolle. Neben Trauer verdient er vor allem Anerkennung und ehrlich empfundenen Dank.

Monarchies / Palais grand-ducal - Luxembourg

Staatlich verordnete Trauer

Bis zur feierlichen Beisetzung von Großherzog Jean steht das öffentliche Leben weitgehend still

Von Dani Schumacher

Nach dem Tod von Großherzog Jean gilt bis zum Staatsakt am 4. Mai eine offizielle Staatstrauer. Konkret bedeutet dies, dass an öffentlichen Gebäuden und Plätzen die Fahnen auf halbmast gesetzt wurden, dass die Aktivitäten der offiziellen Institutionen, etwa der Regierung und des Parlaments, auf ein Minimum beschränkt werden. Auch viele private Veranstaltungen – beispielsweise das Duck Race und der Urbain Trail – wurden auf ein späteres Datum verlegt.

Die Amtsgeschäfte ruhen aber nicht ganz. Aktivitäten, die keinen Aufschub dulden, finden statt, wenn auch meist in veränderter Form. So stand beispielsweise gestern im Parlament der Auftakt der Haushaltsdebatten auf dem Programm, weil der provisorische Etat für die ersten vier Monate des Jahres zum 30. April ausläuft. Würde das reguläre Budgetgesetz 2019 die Chamber nicht vor Monatsende passieren, wäre der Staat am 1. Mai zahlungsunfähig. Die Sitzung begann am Morgen mit einer Gedenkminute für Großherzog Jean.

Die Dauer der Staatstrauer

Bei der zwölfwägigen Staatstrauer, die Premier Xavier Bettel (DP) am Dienstag verkündet hatte, handelt es sich um einen symbolischen Akt, um dem Verstorbenen eine letzte Ehre zu erweisen. Eine gesetzliche Grundlage gibt es nicht.

Es besteht daher ein gewisser Ermessungsspielraum. Offiziell befindet die Regierung darüber, wie lange die Staatstrauer dauert.

Die Zeitspanne hängt vom Rang des Verstorbenen ab und davon, ob er zum Zeitpunkt seines Todes amtierender Staatschef ist oder, wie im Falle von Großherzog Jean die Amtsgeschäfte bereits an seinen Nachfolger übergeben hat. 2005 war beim Tod von Großherzogin Joséphine-Charlotte eine fünfjährige Staatstrauer ausgerufen worden.

Über den weiteren Ablauf der Trauerzeremonien und des offiziellen Begräbnisses entscheidet in erster Linie der großherzogliche Hof, allerdings in enger Abstimmung mit der Regierung. Auch die Kirche ist in die Vorbereitungen eingebunden, weil sie die Totenmesse in der Kathedrale ausrichtet.

Wie es genau weitergehen wird, wird sich in den nächsten Tagen klären. Üblicherweise erhält das Volk Gelegenheit, sich von der oder dem Verstorbenen zu verabschieden. 2005 konnten die Menschen Großherzogin Joséphine-Charlotte an drei Tagen die letzte Ehre erweisen und sich im Palais, wo sie aufgebahrt war, in ein Kondolenzbuch eintragen. Zu vor waren die Mitglieder des Herrscherhauses und die Vertreter der verschiedenen Institutionen in einer protokollarisch festgelegten Reihenfolge an ihrem Sarg defiliert. Nach der offiziellen

Trauerfeier in der Kathedrale fand die Beisetzung in der Fürstengruft unter Ausschluss der Öffentlichkeit im engsten Familienkreis statt.

Totenfeiern im Wandel der Zeit

Die offiziellen Trauerfeiern für die verstorbenen luxemburgischen Staatsoberhäupter unterliegen dem Wandel der Zeit. Die Zeremonie für den ersten luxemburgischen Monarchen der Dynastie Nassau-Weilburg, Großherzog Adolphe, fand 1905 in der Sommerresidenz Schloss Hohenburg in Bayern statt. Damit setzte sich die Tradition der niederländischen König-Großherzöge fort, die allesamt in ihrem Abstammungsland beerdigt wurden.

Sein Sohn, Großherzog Wilhelm IV., war der erste luxemburgische Monarch, für den nach seinem Tod im Februar 1912 eine Trauerzeremonie in Luxemburg ausgerichtet wurde. Ein Trauerzug zog sich von Colmar-Berg bis in die Hauptstadt, wo der Staatschef im großherzoglichen Palais öffentlich aufgebahrt wurde. Da Wilhelm IV. Protestant war, fand die Totenmesse in der protestantischen Kirche statt. Seine letzte Ruhestätte fand er allerdings nicht in Luxemburg. Er wurde im deutschen Weilburg beerdigt, wohl auch deshalb, weil es zu der Zeit noch keine angemessene Fürstengruft in Luxemburg gab. Die Gruft in der Kathedrale wurde erst in den 30er-Jahren errichtet.

Dort wurde auch Großherzogin Marie-Adelheid beigesetzt, allerdings erst 1947. Marie-Adelheid musste 1919 zugunsten ihrer Schwester Charlotte abdanken und hatte sich anschließend auf Schloss Hohenburg zurückgezogen, wo sie 1924 starb. Eine offizielle Trauerfeier gab es nicht, auf ihren ausdrücklichen Wunsch nahm auch kein Vertreter der Regierung an der Totenfeier teil. Erst nach dem Krieg wurden ihre sterblichen Überreste nach Luxemburg überführt, wo sie zusammen mit ihrer Mutter, Großherzogin Marie-Anne, die 1942 im Exil verstorben war, in der Fürstengruft beigesetzt wurde.

Als Großherzogin Charlotte 1985 starb, fanden die offiziellen Trauerfeierlichkeiten ausschließlich in der Hauptstadt statt. Sie wurde im großherzoglichen Palais öffentlich aufgebahrt, wo die Bevölkerung während drei Tagen Abschied nehmen konnte. Der Trauerzug führte vom Palais bis zur Kathedrale, wo die Totenmesse stattfand. Es war das erste Mal, dass in Luxemburg eine Totenmesse für einen verstorbenen Herrscher live im Fernsehen übertragen wurde. Die Staatstrauer dauerte damals nur fünf Tage. Beim Tod der Großherzöge Adolph und Wilhelm IV. galt übrigens noch eine Trauerzeit von sechs Monaten.

► Lokales, Seite 30

Luxemburger Wort du 25.04.2019 / page 4

Monarchies / Palais grand-ducal - Luxembourg

„Lëtzebuerg trauert“

Die Politik verneigt sich: Hommage von Parlament und Regierung an den verstorbenen Grand-Duc Jean

Schwarz ist an diesem Mittwochmorgen die dominierende Farbe im Kammerplenum: Die Abgeordnetenkammer trägt Trauer.

Noch ehe sich die Deputierten mit der Haushaltsdebatte ihrer parlamentarischen Pflicht widmen, gedenken sie Großherzog Jean. „Lëtzebuerg trauert“ beginnt ein sichtlich bewegter Fernand Etgen seine Ansprache. Der Parlamentspräsident hebt die „große und natürliche Herzlichkeit und

Würde“ des Verstorbenen hervor und sagt, dass Luxemburg um einen Mann trauere, der sich über Jahrzehnte fest in den Herzen seiner Landsleute verankert habe.

Etgen würdigt Großherzog Jean als eine allseits beliebte und respektierte Persönlichkeit, national wie international, und erinnert an dessen militärisches Engagement im Zweiten Weltkrieg, als der damalige Prinz Jean an der Befrei-

ung Europas und Luxemburgs mitwirkte: „Hie war ee vun eise Jungen, déi fir eis Fräiheet gekämpft hunn.“

Im Namen der Abgeordnetenkammer dankt der Parlamentspräsident dem verstorbenen Grand-Duc für sein Verantwortungsbewusstsein und sein Feingefühl bei der Ausübung seiner Rolle als Staatschef und drückt der großherzoglichen Familie „das tiefste Mitgefühl“ der Chamber aus. „Wir

teilen Eure Trauer.“

Nach einer Stellungnahme von Premierminister Xavier Bettel erheben sich Parlament und Regierung zu einer Minute stillen Gedenkens.

Am 3. Mai findet in der Abgeordnetenkammer die offizielle Abschiedszeremonie für Großherzog Jean statt; am 4. Mai folgt das Staatsbegräbnis in der Kathedrale.

mas

Luxemburger Wort du 25.04.2019 / page 4

Jean, ein „Held der Nation“ ohne Skandale

Der Alt-Großherzog von Luxemburg ist mit 98 Jahren gestorben. Als überzeugter Europäer war er im In- und Ausland beliebt.

VON BODO BOST UND BIRGIT REICHERT

LUXEMBURG (SZ/dpa) Im Kreis des Hochadels war sein Platz immer in der ersten Reihe: Auf Tuchfühlung und Augenhöhe mit den anderen Königinnen und Königen Europas, vor allem aber mit der englischen Monarchin. Altgroßherzog Jean von Luxemburg, von 1964 bis zur Abdankung im Jahr 2000 Staatschef, war als Mitglied des Hauses Nassau-Weilburg und „Königliche Hoheit“ zeitlebens einer der diskretesten und unauffälligsten Royals. Ein Mann ohne Skandale. Jetzt ist er im Alter von 98 Jahren nach einer Lungenentzündung gestorben. Sein Sohn und Amtsnachfolger Henri teilte den Tod am Dienstag mit. Wenn Jean bei der jährlichen Geburtstagsparade von Königin Elizabeth II. in der Uniform eines Oberst der Irish Guards direkt hinter der Queen ritt, zeigte dies die ganz besonders engen Beziehungen der beiden Königshäuser. Später wurde er sogar Ehrengeneral der britischen Armee.

Jean war kurz vor Ostern wegen einer Lungeninfektion in ein luxemburger Krankenhaus eingeliefert worden. Wenige Tage später teilte der Hof mit, dass sich sein Gesundheitszustand verbessert habe, er aber unter Beobachtung stehe. An Ostermontag gab der Hof die Verschlechterung des Gesundheitszustands bekannt.

Premier Xavier Bettel würdigte den früheren Großherzog als „Held, ein Symbol der Nation“. Auch EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, der viele Jahre als luxemburgischer Premier noch mit Großherzog Jean zusammengearbeitet hatte, würdigte ihn als „Mann der Tat, der Güte und des Mutes“, dessen Tod ein großer Verlust für Luxemburg und Europa sei.

Jean von Luxemburg, Herzog von Nassau, Prinz von Bourbon-Parma, wurde am 5. Januar 1921 auf Schloss Berg bei Betzdorf in Luxemburg geboren. Er war der älteste Sohn von Großherzogin Charlotte und dem österreichischen Weltkriegs-Offi-

zier Prinz Felix von Bourbon-Parma. Am 10. Mai 1940, als Luxemburg von der Wehrmacht besetzt wurde, verließ Prinz Jean mit seiner Familie das Land. Die Flucht führte über Frankreich, Spanien und Portugal in die Vereinigten Staaten, nach Kanada und Großbritannien. In Montreal in Quebec, wo sich die luxemburger Exilregierung befand, studierte der Prinz Rechts- und Politikwissenschaften an der Universität Laval. Noch während seines Studiums übernahm er erste repräsentative Aufgaben für die Regierung im Exil.

Ohne Studienabschluss schloss er sich im November 1942 als Freiwilliger der britischen Armee an. Am 11. Juni 1944, fünf Tage nach der Landung der Alliierten in der Normandie, überquerte Prinz Jean mit seinem Regiment den Ärmelkanal und landete in der Nähe von Bayeux. Er nahm an der Schlacht von Caen teil und kam am 3. September 1944 nach Brüssel. Mit den ersten alliierten Truppen, die das Großherzogtum am 10. September 1944 befreiten, kehrte er mit seinem Vater Felix de Bourbon-Parma nach Luxemburg zurück. Nach dem Krieg half der Erbgroßherzog tatkräftig beim Wiederaufbau des durch die Ardennen-Offensive weitgehend zerstörten Landes.

Am 9. April 1953 heiratete er Prinzessin Josephine Charlotte von Belgien, eine Schwester des belgischen Königs, die ihm fünf Kinder schenkte, darunter den am 16. April 1955 geborenen heutigen Großherzog Henri. Das Amt des Großherzogs übernahm er von seiner Mutter Charlotte am 12. November 1964. Lange hatte er im Schatten seiner charismatischen, vom Volk geliebten Mutter gestanden, die 1985 starb. Der neue Monarch war ein eher ruhiger und zurückhaltender Mensch. Mit der Zeit, im Laufe seiner 36-jährigen Amtszeit, überwand er seinen eher scheuen Charakter und wuchs in seine Rolle hinein, auch er wurde vom Volk geliebt. Vor allem seine vielen Besuche im

In- und Ausland, wo er um Witze nie verlegen war, brachten ihn den Menschen näher.

In seiner Regentschaft entwickelte sich Luxemburg von einem Industrie- und Agrarland, dessen Wohlstand besonders auf der Stahlindustrie basierte, zu einem internationalen Bankenstandort und modernen Dienstleistungszentrum. Als überzeugter Europäer unterstützte Großherzog Jean von Anfang an den Aufbau Europas. Im Jahr 1986 erhielt er deswegen den Karlspreis der Stadt Aachen, stellvertretend für das luxemburgische Volk. Großherzog Jean wurde im In- und Ausland für seine Zurückhaltung geschätzt. Tief katholisch geprägt, leugnete Jean nie seinen Glauben, ohne diesen jedoch nach außen zur Schau zu stellen. Vor allem das Pfadfinderwesen lag ihm seit seinem Aufenthalt in Großbritannien sehr am Herzen. Die Präsidentschaft der luxemburger Pfadfinderschaft war das längste Amt, das er innehatte.

Im Alter von 80 Jahren gab Jean im Jahre 2000 das Amt des Großherzogs an seinen ältesten Sohn Henri weiter und ließ sich mit seiner Frau Josephine-Charlotte, die fünf Jahre später nach einem Krebsleiden starb, in Schloss Fischbach bei Mersch nieder. Seitdem ließ der Großvater von 21 Enkelkindern und vier Urenkeln sich nur noch selten in der Öffentlichkeit blicken. Sein letzter öffentlicher Auftritt war am 26. März bei einem von seiner Schwiegertochter, Großherzogin Teresa, organisierten internationalen Symposium für Frauen, die Opfer sexualisierter Gewalt in Kriegsgebieten geworden waren. Unter stehenden Ovationen wurde der Altgroßherzog an diesem Tag von seinem Enkel, Erbgroßherzog Guillaume, im Rollstuhl in den Saal im Europäischen Conventioncenter gefahren.

Das Staatsbegräbnis für Großherzog Jean findet am Samstag, 4. Mai, um 11 Uhr in der Kathedrale statt.

Luxembourg

Mit Europas Königen in der ersten Reihe

Er war als Großherzog fast vier Jahrzehnte Staatsoberhaupt in Luxemburg - und hat die Weichen für ein modernes, europäisch ausgerichtetes Großherzogtum mit gestellt. Jetzt trauert sein Land: Jean von Luxemburg ist tot.

VON BIRGIT REICHERT

LUXEMBURG (dpa) Im Kreis des Hochadels war sein Platz immer in der ersten Reihe: Auf Tuchfühlung und Augenhöhe mit den anderen Königinnen und Königen Europas, vor allem aber mit der englischen Monarchin. Altgroßherzog Jean von Luxemburg, von 1964 bis zur Abdankung im Jahr 2000 Staatsoberhaupt, war als Mitglied des Hauses Nassau-Weilburg und „Königliche Hoheit“ zeitlebens einer der diskretesten und unauffälligsten Royals. Ein Mann ohne Skandale. Jetzt ist er im Alter von 98 Jahren nach einer Lungenentzündung gestorben. Sein Sohn und Amtsnachfolger Henri teilte den Tod am Dienstag mit.

Wenn Jean beim „Trooping the Colour“, der jährlichen Geburtstagsparade von Königin Elizabeth II., in der Uniform eines Obersten der Irish Guards direkt hinter der Queen ritt, zeigte dies die ganz besonders engen Beziehungen der beiden Königshäuser. Später wurde er sogar Ehrengeneral der britischen Armee.

Als 19-Jähriger floh er 1940 unmittelbar vor der deutschen Besetzung Luxemburgs nach England und trat 1942 in das Regiment der Irish Guards ein. Dieses galt als der „katholische Teil“ der britischen Streitkräfte – was seiner Mutter, der streng katholischen Großherzogin Charlotte, auch zu Kriegszeiten wichtig war. Schon vor seiner Thronbesteigung kämpfte der Erbprinz für die Interessen seines Landes: In der Armee der Alliierten landete er im Juni 1944 in der Normandie, nahm kurz darauf an der Schlacht von Caen und an der Befreiung Brüssels teil.

Bei seiner Rückkehr nach Luxem-

burg im September 1944 feierte das ganze Land den Prinzen in der britischen Uniform als Helden: Die Bevölkerung hatte Jean als Garant für Freiheit und Unabhängigkeit ins Herz geschlossen. Ende 1944 kämpfte er noch gegen die deutsche Ardennenoffensive. „Für mich war die Begegnung mit meinen Landsleuten vom September 1944 zweifellos eines der großen Ereignisse meines Lebens“, schrieb Jean 1999 in einem Artikel für das Magazin der Irish Guards. Flucht, Exil, Widerstand und Heimkehr waren für Großherzogin Charlotte und deren Sohn Jean prägende Erfahrungen.

Im April 1953 heiratete Jean die belgische Prinzessin Joséphine Charlotte, die Schwester der belgischen Könige Baudouin I. und Albert II. Aus der Ehe gingen fünf Kinder hervor, darunter der derzeit amtierende Großherzog Henri. 1964 bestieg Jean dann den Thron, nachdem seine Mutter Charlotte abgedankt hatte. Großherzogin Joséphine Charlotte starb 2005 nach einem schweren Krebsleiden.

In der 36-jährigen Regentschaft von Großherzog Jean entwickelte sich Luxemburg vom Agrar- und Industriestandort zum modernen Dienstleistungszentrum. So siedelten sich ab Ende der 1960er Jahre die ersten internationalen Banken in Luxem-

burg an; ein 350 Hektar großes Areal für Einrichtungen der Europäischen Gemeinschaft wurde erschlossen. Diese Entwicklung Luxemburgs lag „Seiner Majestät“ stets am Herzen. Im Großherzogtum war Jean ungeliebt. Immer wieder wurden seine Jubiläen königlich gefeiert: Etwa das 50. Jahr nach seiner Thronbesteigung (2014) oder der 95. Geburtstag (2016). Er lebte in einem Schloss oberhalb des kleinen luxemburgischen Ortes Fischbach. Der Altgroßherzog, der mit „Monseigneur“ angeredet wurde, übte sein Amt mit äußerster Diskretion und ohne politische Äußerungen aus.

So gelangte – anders als bei anderen Königshäusern – nur wenig Privates über die Palastmauern nach außen. Schon während seiner Zeit im Amt, später erst recht. Seine privaten Vorlieben wurden bereits in einem englischen Internat geprägt, in das er als 13-Jähriger geschickt worden war: reiten, fechten, schwimmen und Skifahren. Auch war er ein begeisterter Pfadfinder, der noch kurz vor der Thronbesteigung 1964 in kurzen Hosen die Ernennung zum „Silver Wolf“ der Boy Scouts entgegennahm. Und auch im hohen Alter ließ er sich als Luxemburger „Chef-Scout“ Pfadfindertreffen nicht entgehen.

„Ein großer Staatsmann, ein Held, ein gutherziger Mensch: Großherzog Jean war ein Vorbild für uns alle und hat durch sein Engagement Spuren hinterlassen, die für immer bleiben werden.“

Xavier Bettel

Luxemburgischer Premierminister

„Au revoir“

Bürger verabschieden sich von Großherzog Jean

Von Sophie Hermes

Luxemburg. Nach dem Tod von Großherzog Jean zeigt Luxemburg weiterhin große Anteilnahme. Nachdem bereits am Sonntag Hunderte Bürger die Straßen gesäumt hatten, als der Sarg des Monarchen in einem Trauerzug vom Schloss in Colmar-Berg in den großherzoglichen Palais in die Hauptstadt überführt wurde, war auch gestern der Andrang groß, um dem Verstorbenen die letzte Ehre zu erweisen.

Nachdem die Vertreter der verschiedenen Institutionen – unter ihnen die Regierungsmitglieder und die Abgeordneten – am Vormittag vor dem Leichnam von Großherzog Jean defiliert waren, wurden die Türen der Aufbahrungskapelle innerhalb des Palais, in der sich noch bis Freitag der offene Sarg mit dem Verstorbenen befindet, am Nachmittag für die breite Öffentlichkeit geöffnet. Denn jeder Bürger soll sich vom Monarchen verabschieden können.

Atmosphäre des Respekts

Dass dies von der Bevölkerung durchaus gewollt ist, zeigte die lange Schlange, die sich bereits vor 14 Uhr vor dem großherzoglichen Palais gebildet hatte. Während die Wachposten auf und ab marschierten, warteten rund 100 Bürger geduldig darauf, dass ihnen Eintritt gewährt wurde. Später am Nachmittag war der Andrang noch größer. Lediglich ein paar Touristen wunderten sich, dass sie freundlich aber bestimmt abgewiesen wurden. Sie wollten den großherzoglichen Palais besichtigen.

In der Aufbahrungskapelle im Palais selbst herrschte unterdes-

sen Stille und eine Atmosphäre des Respekts. Jedem Trauergast wurde vor dem Sarg mit Großherzog Jean Zeit gelassen, sich zu sammeln. Wer eine Beileidskarte bei sich trug, konnte diese gleich abgeben. Am Ausgang des Palais bestand jedoch auch die Möglichkeit, sich in ein Kondolenzbuch einzutragen.

Eine Selbstverständlichkeit

„Für mich ist es eine ganz normale Sache, mich verabschieden zu kommen“, erklärte Marie-Jeanne. Sie sei 2005 nach dem Tod von Großherzogin Joséphine-Charlotte bereits in der Krypta gewesen. Das sei aber anders gewesen, sagte sie und sprach von einem ergreifenden Moment.

Für Robert war der Gang in den Palais ebenfalls eine Selbstverständlichkeit: „Wann man als Luxemburger nicht hierherkommt, ist das mehr als traurig“, meinte er.

Auch Béatrice und Germain wollten Großherzog Jean die letzte Ehre erweisen. „Ich war früher Pfadfinder und unser Chef-Scout hat uns verlassen. Er war ein großer Staatsmann. Ich zolle ihm hohen Respekt.“

„Dankbarkeit“

Ähnlich war die Aussage von Louise: „Ich bin aus Respekt vor dem Mann hier. Ohne Großherzog Jean und seine Mutter wären wir heute nicht, was wir sind.“

Doch nicht nur Luxemburger Staatsbürger nutzten gestern die Gelegenheit, um sich von Großherzog Jean zu verabschieden. Auch aus der Grenzregion hatten viele Menschen den Weg nach Luxemburg gefunden. „Uns war es ein Bedürfnis, hierher zu kommen. Denn dieser Mann hat viel getan für dieses Land und für Eu-

ropa. Wir wollten diesem großartigen Menschen unsere Dankbarkeit ausdrücken“, sagten etwa Uschi und Dieter, die seit drei Jahren in Trier wohnen, eigentlich aber aus Kiel kommen. Einen Bezug zu Luxemburg haben sie jedoch: Ihr Sohn lebt im Großherzogtum.

Auch Französisch, Englisch oder Portugiesisch war neben der luxemburgischen Sprache unter den Trauernden zu hören.

Staatstrauer

Großherzog Jean war am vergangenen Dienstag im hohen Alter von 98 Jahren verstorben, nachdem er zuvor an einer Lungenentzündung erkrankt war.

Seither und noch bis Samstag 18 Uhr gilt in Luxemburg offizielle Staatstrauer.

Das Staatsbegräbnis findet am kommenden Samstag um 11 Uhr in der Kathedrale statt. Wegen der Vorbereitungen bleibt der Mariendom bis Freitag geschlossen.

Letzte Ehre erweisen

Wer Großherzog Jean die letzte Ehre erweisen will, kann dies noch heute von 10 bis 12 und 14 bis 19 Uhr, morgen von 10 bis 19 Uhr, am Donnerstag von 10 bis 12 und 14 bis 19 Uhr sowie am Freitag von 10 bis 12 und 14 bis 16 Uhr in der Aufbahrungskapelle im Palais tun. Große Taschen und Rucksäcke sind aus Sicherheitsgründen nicht zugelassen. In der Aufbahrungskapelle besteht die Möglichkeit, eine Beileidskarte zu hinterlassen. Weiter können sich Trauernde im Palais, im Schloss in Colmar-Berg, in Fischbach und in einigen weiteren Gemeinden in Kondolenzbücher eintragen. Plätze für das Staatsbegräbnis am Samstag gibt es keine mehr: Sie waren gestern innerhalb von einer Stunde vergeben. Eine Direktübertragung der Messe auf der Place d'Armes ist jedoch vorgesehen.

Wenn der Großherzog Politik macht

VERFASSUNG Eine Frage des Stils und der Interpretation des Amtes

Nico Wildschutz

Großherzog Jean hielt sich, genau wie seine Mutter Charlotte, aus dem politischen Geschehen heraus. Doch sein Nachfolger Henri brach mit dieser Tradition – und zeigte plötzlich, wie mächtig der Großherzog in Luxemburg eigentlich sein kann.

Ende 2008 herrschte Aufruhr in Luxemburg. Fast wäre das Land in eine Staatskrise gerutscht. Der Grund: Die Regierung hatte einen Gesetzentwurf vorgelegt, durch den in Luxemburg die Euthanasie legalisiert werden sollte. Das Parlament sollte wenig später über das Gesetz abstimmen. Aber dann kam es zum Eklat: Großherzog Henri weigerte sich, das Gesetz zu unterschreiben. Es gehe gegen seine moralischen Werte. Er berief sich auf einen Artikel in der Verfassung, der besagt, dass der Großherzog die Gesetze „billigen“, also gutheißen muss. Das war hier nicht der Fall.

Der damalige Premierminister Jean-Claude Juncker unternahm einen ungewöhnlichen Schritt. Er trat an die Öffentlichkeit und erklärte, was passiert war. Eigentlich laufen Gespräche zwischen dem Großherzog und Politikern unter vier Augen ab – und sollen vertraulich bleiben. „Wenn ich heute mit dieser Praxis breche, dann nur, weil wir uns in einer außergewöhnlichen Situation befinden“, sagte Juncker damals. Er hatte auch bereits eine Lösung parat: Es wurde beschlossen, kurzerhand die Verfassung zu ändern. Der Teil, in dem steht, dass der Großherzog ein Gesetz billigen muss, wurde entfernt. Ab jetzt musste er es nur noch „verkünden“, also das Gesetz durch seine Unterschrift rechtskräftig machen.

Der Vorfall löste heftige Diskussionen aus. Großherzogin Charlotte und Großherzog Jean hatten sich immer aus dem politischen Geschehen herausgehalten. Genau wie sein Sohn Henri hatte auch Jean Bedenken, als 1978 ein Abtreibungsgesetz im

Parlament beschlossen wurde. Er griff trotzdem nicht ein – und unterschrieb. Doch Henri zeigte mit seiner Weigerung plötzlich, dass der Luxemburger Großherzog nicht nur Dekoration ist. Wenn der Monarch will, kann er tatsächlich in den Gesetzgebungsprozess eingreifen.

Das Wort „Großherzog“ kommt in der Luxemburger Verfassung 49 Mal vor. „Die Frage, wie viel Macht er eigentlich hat, ist nicht so einfach zu beantworten“, sagt der Verfassungsrechtler Luc Heuschling. „Wenn man über den Großherzog spricht, muss man zwischen dem Staatsorgan und der Person unterscheiden.“ Als staatliches Organ hat der Großherzog laut Verfassung viele Kompetenzen. Theoretisch ernennt er „seine“ Regierung, reicht die Gesetze im Parlament ein und verkündet sie, nachdem die Abgeordneten die Texte gebilligt haben. „Wenn man die Verfassung liest, klingt es so, als würde der Großherzog herrschen und die Minister seien seine Assistenten“, sagt Heuschling.

Der Chef im Haus

In der Praxis sieht das natürlich anders aus: Der Großherzog als Person hat weitaus weniger Macht als die Institution. In der Verfassung steht, dass jedes Gesetz nicht nur vom Monarchen, sondern auch von einem Regierungsmitglied unterschrieben werden muss. Nun gibt es laut Heuschling mehrere Möglichkeiten, diesen Teil des Textes zu interpretieren. Die erste wäre eine Zusammenarbeit zwischen Regierung und Großherzog. Beide entscheiden über die Gesetze. Die zweite wäre, dass der Großherzog entscheidet und die Regierungsmitglieder ihm gehorchen und die Gesetze unterschreiben. Tatsächlich angewandt wird aber die dritte: Die Regierung entscheidet und der Großherzog gehorcht. Er muss unterschreiben, was entschieden wurde.

„In der Verfassung steht zwar, dass der Großherzog der Staatsoberhaupt ist“, sagt Heuschling. „Der

tatsächliche Chef ist allerdings die Regierung.“ Der Artikel kann auch nur so interpretiert werden: Denn im allerersten Artikel der Verfassung steht, dass Luxemburg eine Demokratie ist. Würde der Großherzog entscheiden und die Regierung nur unterschreiben, wäre Luxemburg kein demokratisches Land mehr.

Der Fall von 2008 hat aber gezeigt, dass das Verfassungskonstrukt wackelig sein kann. Und es war nicht das erste Mal, dass in Europa ein Monarch in den Gesetzgebungsprozess eingriff. „Die Fälle sind selten, aber es gibt sie“, sagt Verfassungsrechtler Heuschling. So beispielsweise 1990 in Belgien. Damals wollte König Baudouin ein Abtreibungsgesetz nicht unterschreiben. Genau wie bei Henri im Jahr 2008 brachte er moralische Bedenken vor. Trotzdem wollte er nicht verhindern, dass das Gesetz in Kraft tritt. Die Lösung: Die Regierung behauptete einfach, er sei für die nächsten 24 Stunden unfähig, sein Amt auszuüben. Das Gesetz wurde ohne ihn verkündet. Danach hob das Parlament seine „Unfähigkeit zu regieren“ wieder auf.

Viel besorgniserregender stellte sich ein Fall aus dem Jahr 1972 in den Niederlanden dar. Die Regierung arbeitete damals an einem Gesetzentwurf, durch den das Königshaus reformiert werden sollte. Doch Königin Juliana erklärte, dass sie das Gesetz nicht unterschreiben werde. Also wurde das Vorhaben fallen gelassen. Der Fall kam erst Jahrzehnte später ans Licht, als Historiker einen Eintrag in einem Amtsblatt fanden. Ein Monarch hatte mit Erfolg einen demokratischen Vorgang verhindert.

Wäre das theoretisch auch in Luxemburg möglich? Ja, sagt Heuschling. Die Verfassung sieht vor, dass der Großherzog alle Gesetze verkünden muss. Tut er das nicht, sind sie nicht rechtskräftig. Der Großherzog könnte also theoretisch in das politische Geschehen des Landes eingreifen. „Natürlich würde dann sein Rücktritt gefordert werden“, sagt der Verfassungsrechtler. Würde

er diesen aber nicht einreichen, könnten weder Regierung noch Parlament etwas dagegen unternehmen.

Der Weg in die Zukunft

Das ist ein Problem, dem sich Luxemburgs Politiker spätestens seit der Euthanasie-Debatte 2008 bewusst sind. Deshalb arbeitet das Parlament an einer neuen Verfassung. „In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die Rolle des Großherzogs in der Verfassung wenig geändert“, sagt Alex Bodry. Der LSAP-Fraktionschef gilt neben dem mittlerweile nicht mehr aktiven CSV-Politiker Paul-Henri Meyers als eine der treibenden Kräfte hinter der Verfassungsreform. Eine der wichtigsten Neuerungen soll sein, dass die Regierung in Zukunft ohne den Großherzog Gesetzentwürfe im Parlament einreichen kann.

Um zu verhindern, dass der Monarch alles blockieren kann, sieht die neue Verfassung drastische Maßnahmen vor: Das Parlament kann ihn in Zukunft nämlich absetzen, falls er der Politik in die Quere kommt. Mit einer Zweidrittelmehrheit kann die Chamber entscheiden, dass der Großherzog abgedankt hat. Sogar wenn er das eigentlich nicht will – dann wird einfach so getan, als hätte er es getan. „Eigentlich wird er in dem Fall abgesetzt“, sagt Heuschling. „Das wollten die Politiker aber so nicht reinschreiben.“

Als die Diskussionen über eine neue Verfassung vor zehn Jahren begannen, wollten die Politiker

eigentlich noch viel weiter gehen. Einige plädierten für ein schwedisches Modell: Dem Großherzog werden alle Kompetenzen aberkannt und ihm wird nur noch eine repräsentative Rolle zugestanden. Das ging vielen jedoch zu weit und es wurde davon abgesehen. Doch Bodry sagt:

„Durch die neue Verfassung soll den Realitäten Rechnung getragen werden.“ Der Großherzog habe keine politische Macht mehr. „Es geht also nicht darum, ihm Kompetenzen wegzunehmen, die er eigentlich gar nicht hat, sondern darum, die Fiktion von einem herrschenden Großherzog aus der Verfassung zu streichen.“

Trotz aller Änderungen wird es einen Moment geben, in dem der Großherzog auch in Zukunft eine politische Rolle spielt: bei der Regierungsbildung. Denn die Staatsregierung ist laut Verfassung die Regierung des Großherzogs. Nach den Wahlen ernennt der Staatsherr einen Regierungsbildner. Hierbei handelt es sich um den späteren Premierminister, der seine Regierung zusammenstellen soll. Wenn das Wahlergebnis klar ist, fällt die politische Rolle des Monarchen nicht wirklich ins Gewicht. Sollte aber eine Situation aufkommen, bei der mehrere Koalitionen in Frage kommen, ist die Ernennung eines Regierungsbildners ein bedeutender politischer Akt.

„Deshalb ist es so wichtig, dass der Großherzog überparteilich ist“, sagt Bodry. „Das ist eine Voraussetzung, damit die Instituti-

on nicht angreifbar wird.“ Problematisch wurde es 2013, als neben einer von der CSV geführten Regierung auch die Bildung der Dreierkoalition im Raum stand. Großherzog Henri beschloss, einen sogenannten „Informateur“ zu ernennen. Der sprach mit allen Parteien und erstattete dem Großherzog Bericht. Der ernannte daraufhin Xavier Bettel zum Regierungsbildner. Er hätte das aber nicht tun müssen – er hätte auch einfach Jean-Claude Juncker zum Regierungsbildner ernennen können.

Großherzog zu sein, ist eine Frage der Interpretation des Amtes. Das wird sich auch mit der neuen Verfassung nicht ändern. Als Henri Amt und Titel von seinem Vater Jean übernahm, trat er mit dem Wunsch an, den Stil zu ändern. Der Fall von 2008 hat eindrucksvoll gezeigt, was das bedeuten kann. Um ein Haar hätte er ungewollt den Anfang vom Ende der Monarchie eingeläutet. Ein Fauxpas, der seinem Vater in 36 Jahren Regentschaft nicht unterlief.

Die Frage, wie viel Macht der Großherzog eigentlich hat, ist nicht so einfach zu beantworten

Luc Heuschling
Verfassungsrechtler

Rechte und Pflichten des Staatshaupts

Durch die Verfassungsreform wird die Rolle des Großherzogs neu definiert

Von Dani Schumacher

Die Vertreter aus Politik und Wirtschaft, aus der Kulturszene wie aus dem Sport kommen zum selben Schluss: Großherzog Jean war ein Vorbild für die gesamte Nation. Gewürdigt wurden seine Menschlichkeit, seine Würde und seine Einfachheit. In seiner Funktion als Staatshaupt wurden sein Pflichtbewusstsein, seine Umsichtigkeit sowie seine einenden und identitätsstiftenden Eigenschaften hervorgehoben.

Doch was machte Großherzog Jean zu dem „Staatshaupt von außergewöhnlichem Format“, wie die Beamtengewerkschaft CGFP in ihrem Kommuniqué schreibt? Er hat sich strikt an die Vorgaben gehalten, die die Verfassung dem Monarchen an der Spitze des Landes zugesteht, und zwar in Einklang mit einer modernen Lesart des 150 Jahre alten Grundgesetzes. Der frühere Hofmarschall Guy De Muysers brachte es auf den Punkt: „Großherzog Jean war der Vertreter der Monarchie, aber auch der Vertreter der Demokratie.“

Die wortwörtliche Auslegung

Optiert man hingegen für eine engere Auslegung der geltenden Verfassung, hat der Staatshaupt weitaus umfangreichere Befugnisse, trotz diverser Textänderungen. Als das Grundgesetz geschrieben wurde, verfügte der Großherzog nämlich noch fast über eine absolutistische Macht.

In Artikel 4 heißt es: Die Person des Großherzogs ist unantastbar, der Zusatz „sacrée“ wurde erst 1998 gestrichen. Das bedeutet, das Staatshaupt braucht sich vor keinem Gericht zu verantworten. Der Staatshaupt ist Symbol der staatlichen Einheit und Garant der nationalen Unabhängigkeit (Artikel 33). Obwohl die Staatsgewalt von der Nation ausgeht, wird sie vom Großherzog ausgeübt (Artikel 32), der gleichzeitig die exekutive Gewalt ausübt (Artikel 33). Er hat das Recht, Gesetzesentwürfe und -vorschläge im Parlament einzubringen (Artikel 47); die fertigen Gesetzestexte werden in seinem Namen verkündet (Artikel 34), er erlässt die Ausführungsbestimmungen dazu (Artikel 36); er kann das Parlament auflösen (Artikel 74). Er schließt internatio-

nale Verträge ab, er ist Oberbefehlshaber der Armee und erklärt den Krieg (Artikel 37). Er ernennt die Beamten (Artikel 35); er kann Erhebungen in den Adelsstand vornehmen (Artikel 40); ihm steht außerdem das Recht auf die Ausgabe von Münzen zu (Artikel 39). Der Großherzog bestimmt die Zusammensetzung der Regierung (Artikel 76), deren Mitglieder er ernennt und auch wieder entlassen kann (Artikel 77); er ernennt die Richter (Artikel 90, 95bis und 95ter); Urteile werden im Namen des Großherzogs gefällt (Artikel 49), dem zudem das Recht zusteht, Begnadigungen vorzunehmen (Artikel 38). *

Laut der aktuellen Verfassung ist der Großherzog also Teil der Legislative, Judikative und Exekutive. Auch wenn sich im Lauf der Jahre eine moderne Lesart herauskristallisiert hat, die dem Großherzog eher eine repräsentative Rolle zuschreibt, bleibt de jure das Problem der Gewaltentrennung.

Auch deshalb drängt sich seit langem eine Reform der Verfassung auf. Nachdem sich Großherzog Henri 2008 geweigert hatte, das Euthanasiegesetz zu unterschreiben, wurde die Rolle des Staatshaupts grundlegend überarbeitet. Die Arbeiten entpuppten sich als langwierig und schwierig. Nach einer Vorbereitungszeit von gut zehn Jahren liegt seit vergangener Juni nun ein Entwurf vor, der kaum noch Raum für Interpretationen zulässt.

Die neue Verfassung

Die wichtigsten Änderungen betreffen in der Tat die Rechte und Pflichten des Großherzogs. Das wird gleich zu Beginn des Reformtextes deutlich. So heißt das erste Kapitel nicht mehr „De l'Etat, de son territoire et du Grand-Duc“ sondern schlicht „De l'Etat, de son territoire et des ses habitants“.

Die Passagen, die den Großherzog betreffen, wurden im dritten Kapitel gebündelt. Dort heißt es in den Artikel 46: „Le Grand-Duc est le Chef de l'Etat. Il représente l'Etat. Il est le symbole de l'unité et de l'indépendance nationale. Sa personne est inviolable.“ Gleich danach wird aber betont, dass der Staatshaupt nur über die Zuständigkeiten verfügt, die

ihm die Verfassung und die Gesetze zuschreiben. Als Staatsform hält der Text daher explizit die konstitutionelle Monarchie fest.

Die Exekutivgewalt übt der Staatshaupt zusammen mit der Regierung aus. Seine Anordnungen müssen allerdings von einem Regierungsmitglied gegengezeichnet werden. Und weil er in Zukunft nur noch in der Exekutive verankert ist, müssen Gesetzesentwürfe nicht länger über den Weg eines großherzoglichen Erlasses eingebracht werden.

Auch in der Judikative werden die Befugnisse des Großherzogs beschnitten, beziehungsweise an die heute schon gängige Praxis angepasst. Laut der geltenden Verfassung wurden die Richter offiziell direkt vom Großherzog ernannt. Der Reformentwurf hält nun fest, dass der Staatshaupt die Richter zwar weiterhin ernennt, allerdings auf Vorschlag des Nationalen Justizrats und unter Beachtung der entsprechenden Gesetze. Der Justizrat muss allerdings erst ins Leben gerufen werden. Auch Urteile ergehen nicht länger im Namen des Großherzogs.

Kommt der Staatshaupt seinen verfassungsrechtlichen Aufgaben nicht nach, kann das Parlament ihn sogar auf Wunsch der Regierung und nach Rücksprache mit dem Staatsrat mit einer qualifizierten Mehrheit „absetzen“. Die neue Version des Grundgesetzes regelt zudem die Thronnachfolge, die bislang vom „privaten“ Familienpakt diktiert wurde.

Trotz der zahlreichen Änderungen wollen die Väter der neuen Verfassung ihren Text aber nicht „als Revolution, sondern als Evolution“ verstanden wissen: „Im Grunde genommen, wird dem Großherzog nichts weggenommen, was er wirklich tut. Allerdings wurden einige Punkte gestrichen, die er hätte tun können, wenn man den Text breiter ausgelegt hätte“, so Alex Bodry im April vergangenen Jahres gegenüber dem „Luxemburger Wort“.

Joëlle Merges: Die Rolle des Großherzogs in Verfassung und Gesellschaft. Macht und Ohnmacht. Über die Befugnisse des Staatshaupts, Luxemburger Wort, 16.4.2015.

Benelux-Länder und NRW wollen enger kooperieren

Luxembourg (dpa/lnw) - Die Benelux-Staaten und Nordrhein-Westfalen wollen im Kampf gegen Kriminalität und Terrorismus enger kooperieren und grenzüberschreitende Energie- und Verkehrskonzepte ausbauen. Die Regierungschefs aus den Niederlanden, Belgien, Luxemburg und NRW unterzeichneten am Dienstag in Luxemburg eine erneuerte politische Erklärung. Darin nannten sie im Gegensatz zu einer eher allgemein gehaltenen Erklärung von 2008 auch konkrete Bereiche, in denen die Zusammenarbeit verbessert werden soll. So sollen in dem Ballungsraum mit insgesamt 45 Millionen Einwohnern zum Beispiel gemeinsame Polizei-Ermittlungsgruppen gebildet werden.

Die Initiative für die Erneuerung der Partnerschaft ging von NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) aus. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sei nicht nur die Antwort auf die konkreten Bedürfnisse der Menschen vor Ort, sondern "ein kraftvolles Zeichen gegen Populismus und Nationalismus", sagte Laschet. "Ein Gegen-Entwurf zu 'Mein Land first'." Die vier benachbarten Länder wollten "Europa im Alltag erfahrbar machen und seinen konkreten Nutzen aufzeigen".

Unterzeichnet wurde die Erklärung von dem niederländischen Ministerpräsidenten Mark Rutte, den Premierministern Belgiens und Luxemburgs, Charles Michel und **Xavier Bettel**, sowie von Laschet.
Axel Springer

Gemeinsam geht's leichter

Benelux-Gipfel in Luxemburg: Regierungschefs wollen Energiewende zusammen angehen

Von Michèle Gantenbein

Die Unentschlossenheit der Briten in Sachen EU-Austritt hält die EU in Atem und mit jedem Tag, der vergeht, und mit jedem Nein, das aus dem britischen Unterhaus dringt, wird die Lage dramatischer. Hinzu kommen die Europawahlen und drängende Fragen, auf die die europäischen Staaten Antworten liefern müssen.

Inmitten dieses Wirrwarrs trafen sich gestern die Regierungschefs der Benelux-Staaten und der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet, um zumindest auf regional-europäischer Ebene gemeinsame Antworten auf drängende Fragen zu finden und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu vertiefen.

Luxemburger Prioritäten

Zu den Prioritäten der diesjährigen Luxemburger Präsidentschaft - der Benelux feiert dieses Jahr sein 75.

Gründungsjubiläum - zählen die Klimafrage, die Energiewende, die Vertiefung des Binnenmarkts und die Digitalisierung. Als Austragungsort für den Benelux-Gipfel hatte Premierminister Xavier Bettel das Mudam ausgesucht, das ohnehin dienstags für Besucher geschlossen ist.

Natürlich war der Brexit eines der zentralen Gesprächsthemen. Viel tun können die Benelux-Staaten allerdings nicht. Sie sind dazu verdammt zu warten, „was London will“, so Luxemburgs Premier bei der anschließenden Pressekonferenz. Man hoffe auf eine vernünftige Lösung in den kommenden Tagen, so Bettel.

Der niederländische Premier Marc Rutte meinte, es wäre schade, wenn das Image der EU wegen fehlgeschlagener Verhandlungen Schaden nehmen würde, und lancierte einen Appell an das britische Unterhaus, doch bitte bis zum 12.

April eine Einigung zu finden, „damit wir weiterarbeiten können“.

Gas geben beim Klima

Und während die EU-Staaten in der Brexit-Frage abwarten müssen, ist in der Klima- und Energiefrage Gas geben angesagt. Um ihrer Vorreiterrolle als Motor der europäischen Integration gerecht zu werden, wollen Luxemburg, Belgien und die Niederlande zusammen mit Nordrhein-Westfalen im Klima- und Energiebereich eine treibende Kraft sein. Sie planen die Schaffung einer Klimaplattform mit Experten, die grenzüberschreitende Lösungen ausarbeiten, wollen aber auch, wie der belgische Premier Charles Michel betonte, die Proteste der Jugend in eine „positive Kraft“ umwandeln, indem sie einen grenzüberschreitenden Austausch mit jungen Menschen organisieren und ihre Ideen und Vorschläge mit einfließen lassen. Marc

Rutte plädierte für eine breite und intelligente Zusammenarbeit über die Grenzen des Benelux-NRW-Raums hinaus.

Armin Laschet, der angereist war, um die Partnerschaft zwischen Nordrhein-Westfalen und der Benelux-Union nach zehn Jahren vertraglich zu erneuern, möchte die Energiewende schaffen und gleichzeitig Arbeitsplätze und Wohlstand sichern. Auch er ist überzeugt: Das geht nur gemeinschaftlich. „Die Energiewende kann nicht ein einzelner Staat lösen“, sagte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident vor dem Hintergrund, dass Deutschland bis 2022 aus der Kern- und bis 2038 aus der Kohleenergie aussteigen möchte. Auch Belgien hat sich dazu verpflichtet, bis 2025 aus der Atomenergie auszustiegen und hofft auf die Unterstützung seiner Nachbarstaaten.



Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet, der niederländische Regierungschef Marc Rutte, Premierminister Xavier Bettel und sein belgischer Amtskollege Charles Michel (v.l.n.r.) erneuerten die Partnerschaft zwischen der Benelux-Union und Nordrhein-Westfalen.

Foto: Chris Karaba

Benelux bis an den Rhein

STAATEN Abkommen mit Nordrhein-Westfalen

Yves Greis

Die Benelux-Staaten und Nordrhein-Westfalen (NRW) wollen in Zukunft verstärkt zusammenarbeiten. Die Premierminister aus Belgien, den Niederlanden und Luxemburg haben gestern ein entsprechendes Abkommen mit dem Ministerpräsidenten des deutschen Bundeslandes unterschrieben.

Bei einem Treffen zwischen dem luxemburgischen Premierminister Xavier Bettel (DP) und den Regierungschefs aus Belgien und den Niederlanden, Charles Michel (MR) und Mark Rutte (VVD), standen die Zusammenarbeit der Benelux-Staaten und der Brexit im Vordergrund.

Luxemburg hält in diesem Jahr den Vorsitz der Benelux-Union. Die Prioritäten des Bundes, der in diesem Jahr sein 75. Bestehen feiert, sind aktuell die Vertiefung des Binnenmarkts, die Energiewende, der Kampf gegen den Klimawandel und die Digitalisierung.

Charles Michel sagte, die drei Länder hätten immer noch die Ambition, koordiniert bei der EU zu agieren, um die Zukunft der Union mitzugestalten.

Wenn man die Herausforderungen des Klimawandels angehen wolle, dann nutze es nichts, wenn jeder im stillen Kämmerlein sein eigenes Süppchen koche, meinte Mark Rutte. Bereits bekannt war, dass die Benelux-Länder eine ge-

meinsame Klimaplattform aufbauen möchten. Gestern sagte Xavier Bettel, die Benelux-Union möchte auch Klimaaktivisten aus dem Umfeld der rezenten Schülerstreiks zu dieser Plattform einladen.

Benelux als Ankerplatz

Charles Michel sagte, er freue sich über eine ganze Reihe handfester Fortschritte wie z.B. bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Polizei. Einen entsprechenden Vertrag hatten die Benelux-Staaten am 23. Juli 2018 unterschrieben.

Die Benelux-Vertreter trafen sich gestern außerdem mit dem Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet (CDU). Die Benelux-Union sei genau das Gegenteil von „Mein Land first“, sagte Laschet. Vor zehn Jahren haben die Benelux-Länder und NRW schon einmal ein Abkommen unterschrieben. Das neue aber sei viel konkreter. Herausforderungen wie die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens könne man nicht alleine angehen, sagte Laschet.

Für die Wirtschaft in NRW ist die Industrie immer noch von großer Bedeutung. Das Land muss die Konsequenzen der Abschaltung von AKWs in Deutschland und des geplanten Kohleausstiegs bewältigen und gleichzeitig Arbeitsplätze erhalten. Die Industrie in NRW verschiffe ihre Waren

nicht über Hamburg, sondern über die Häfen in Rotterdam und Antwerpen, so Laschet. Deshalb seien seinem Bundesland die Verkehrsverbindungen an die Benelux-Staaten wichtig. Danach gefragt, wie die Benelux-Union auf die Abschaffung der Zeitumstellung durch die EU reagiert, sagte Xavier Bettel, die drei Länder würden einen gemeinsamen Weg einschlagen. Eine Arbeitsgruppe arbeite an einer Lösung. Laschet sagte scherzhaft, er würde nie akzeptieren, dass die Benelux-Staaten eine andere Zeit benutzen wie NRW. „Was mit Bayern ist, weiß ich nicht“, fügte er lachend hinzu.

Brexit

Die Benelux- und andere EU-Staaten wollen keinen harten Brexit. Das wiederholte Xavier Bettel gestern. Der Ball liege nun bei den Briten. Sie sollen erklären, was sie wollen. Eine wichtige Grenze für Bettel sind die EU-Wahlen. Eine Verlängerung über die Wahlen des Europaparlaments hinaus könne es nicht geben, wenn nicht geklärt sei, ob die Briten in der EU verbleiben. Mark Rutte sagte, er hoffe, die britische Regierung habe einen Plan für den Fall, dass sich das Unterhaus bis zum Ablauf der Frist nicht auf eine Lösung einigen kann.

„Zeichen gegen Nationalismus“; Benelux-Gipfel: Ministerpräsident Laschet folgt einer Einladung der Regierungschefs von Belgien, Holland und Luxemburg. Die vier unterzeichnen einen Kooperationsvertrag

Luxemburg. Der Premierminister von Luxemburg kommt im Laufschrift zum Eingang des Museums der modernen Kunst. Er will auf jeden Fall rechtzeitig bereitstehen, wenn NRW-Ministerpräsident Armin Laschet beim Benelux-Gipfel vorfährt. Als Laschet aussteigt, wird er von **Xavier Bettel** freundschaftlich umarmt. „Wie geht es dir?“, fragt Bettel. Und schon schreiten die beiden, fröhlich plaudernd, zum Konferenzsaal, wo das Gipfel-Treffen der Regierungschefs von Belgien, den Niederlanden und Luxemburg bereits begonnen hat.

Seit 61 Jahren gibt es die Benelux-Union. Sie ist so etwas wie die EU im Kleinen, nur schneller. Früher als in der Gesamt-EU gab es hier keine Grenzen mehr, früher hatten die drei deutschen Nachbarn im Westen einen einheitlichen Wirtschaftsraum. Regelmäßig treffen sich die drei Regierungschefs zu Abstimmungsgesprächen. Weil in diesem Jahr Luxemburg den Benelux-Vorsitz führt, findet das Gipfeltreffen diesmal in der Hauptstadt des kleinen Großherzogtums statt.

Diesmal hatten die Regierungschefs sich einen besonderen Gast eingeladen, NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU). Der Grund: Laschet hat angeregt, die Zusammenarbeit zwischen NRW und den drei Beneluxländern zu intensivieren und die enge Kooperation in eine Vereinbarung zu gießen, in der die vier Partner konkrete Felder definieren, auf denen sie ihre Zusammenarbeit besonders vorantreiben wollen, zum Beispiel innere Sicherheit, zum Beispiel Verkehr, zum Beispiel Digitalisierung. Also stößt Laschet bei der Konferenz der drei Regierungschefs dazu.

Obwohl Laschet „nur“ regionaler Ministerpräsident ist, vertritt er in dem Quartett die meisten Einwohner. Denn mit 17,9 Millionen Bürgern ist NRW größer als die Niederlande (17,3), als Belgien (11,4) und als Luxemburg (600.000). Belgien und Niederlande sind auch deshalb für NRW wichtig und umgekehrt, weil beide zu den wichtigsten NRW-Handelspartnern gehören. Die Niederlande sind sogar der mit Abstand größte.

Nicht nur mit dem Luxemburger Bettel, auch mit dem niederländischen Ministerpräsidenten Mark Rutte verbindet Laschet inzwischen ein freundschaftliches Verhältnis. Mehrere Male trafen sich die beiden, zuletzt bei der ersten niederländisch-nordrhein-westfälischen Regierungskonsultationen im November in Düsseldorf. Rutte spricht deutsch, Laschet, in Aachen in direkter Grenznähe beheimatet, versteht holländisch.

Mit dem belgischen Premierminister Charles Michel ist das Verhältnis distanzierter – nicht zuletzt weil dieser Laschet bei dessen Belgien-Reise im Februar 2018, als es Laschet vor allem um den maroden Atommeiler Tihange in der Nähe der deutschen Grenze ging, einfach abblitzen ließ und ihm deutlich machte, dass seine Gesprächspartner in dieser Sache nicht in Düsseldorf, sondern in Berlin sitzen. Diesmal wird über Tihange gar nicht erst direkt gesprochen. In dem Abkommen, das die vier Partner im Musée d'Art Moderne unterzeichnen, geht es zwar auch um eine gemeinsame Energiepolitik, das Reizwort Tihange kommt dabei aber nicht vor. Erst als Journalisten fragen, spricht der belgische Premier vom Atomausstieg und wiederholt die belgische Position, wonach es einen Parlamentsbeschluss gebe, dass der belgische Atomausstieg 2025 beginne.

Laschet geht es auf dem Benelux-Gipfel und bei der Vereinbarung um etwas anderes. „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist ein starkes Zeichen gegen Populismus und Nationalismus, ein Gegen-Entwurf zu 'Mein Land zuerst'“, sagt Laschet in der Pressekonferenz nach der Vertragsunterzeichnung – natürlich eine Anspielung auf die Parole „America first“, mit der US-Präsident Donald Trump zurzeit jede multinationale Zusammenarbeit zerstören will. Und die drei anderen Regierungschefs nicken heftig.

Luxembourg - Benelux

Laschet zu Benelux-Erklärung; "Das ist das Gegenteil zu 'Mein Land first'"

Während Europa an vielen Stellen auseinanderdriftet, rücken NRW und die Benelux-Länder zusammen. Aber die gute Nachbarschaft ist noch an vielen Stellen ausbaufähig, so die gemeinsame Erkenntnis.

Unter dem Eindruck der Brexit-Krise rücken die Benelux-Länder und das benachbarte Nordrhein-Westfalen demonstrativ zusammen. Die Niederlande, Belgien, Luxemburg und NRW wollen besonders im Kampf gegen Kriminalität und Terrorismus enger kooperieren und grenzüberschreitende Energie- und Verkehrskonzepte ausbauen.

Die Regierungschefs unterzeichneten am 2. April in Luxemburg eine erneuerte politische Erklärung. Darin nannten sie im Gegensatz zu einem eher allgemein gehaltenen gemeinsamen Dokument von 2008 konkrete Bereiche für eine bessere grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Die Erkenntnis: Tausende Menschen in dem Ballungsraum mit insgesamt 45 Millionen Einwohnern pendeln täglich zwischen den Ländern hin und her. Aber die Nachbarschaft ist durchaus ausbaufähig. "Wir möchten die europäische Integration fördern und eine Vorreiterrolle spielen in der Europäischen Union", sagte Luxemburgs Premier **Xavier Bettel**.

Gemeinsam warnten Bettel, der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte, Belgiens Premierminister Charles Michel und NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) vor einem harten Brexit ohne Ausstiegsabkommen mit der EU. "Ein harter Brexit ist schlecht für uns alle", sagte Bettel. Das britische Unterhaus brauche in den noch verbleibenden Tagen bis zur endgültigen Entscheidung endlich eine "Kultur des Kompromisses", sagte Laschet.

Die Initiative für die Erneuerung der Partnerschaft mit den Benelux-Ländern ging von Laschet aus. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sei auch "ein kraftvolles Zeichen gegen Populismus und Nationalismus", sagte er. "Das ist das Gegenteil zu 'Mein Land first'." Die Probleme von heute wie die Energiewende überforderten die einzelnen Nationalstaaten. Laschet lud die drei Regierungschefs zu einem Besuch nach NRW noch in diesem Jahr ein.

In diesen Bereichen soll die Zusammenarbeit intensiviert werden:

SICHERHEIT: Gemeinsame Polizei-Ermittlungsgruppen sollen gebildet werden. Der Austausch im Kampf gegen Alltags- und organisierte Kriminalität sowie den internationalen Terrorismus soll verbessert werden.

ENERGIE: Energie soll für alle Länder erschwinglich bleiben. Der grenzüberschreitende Netzausbau soll vorangetrieben werden. Die Energiewende hat für alle Länder hohe Priorität. Allerdings setzt Belgien anders als Deutschland noch auf Atomenergie. "2025 wollen wir so weit sein, dass wir aus der Atomkraft aussteigen können", sagte Belgiens Premier Michel. Die Debatte müsse versachlicht werden. NRW ist vor allem der störanfällige Reaktor im grenznahen Tihange ein Dorn im Auge.

VERKEHR: Schnell mal nach Belgien oder in die Niederlande fahren? Egal wohin, keiner steht gern im Stau. Deshalb soll die Infrastruktur für Nah- und Fernverkehr, Personen- und Güterverkehr auf der Schiene und auf der Straße ausgebaut werden. Und auch grenzüberschreitende Radwege sollen gefördert werden.

WELTONLINE du 02.04.2019 / page x

>>>

>>>

Luxembourg - Benelux

ARBEITSMARKT: Arbeitssuche auch in den Nachbarländern soll erleichtert werden. Dafür sollen Berufsqualifikationen anerkannt und Sozialdumping bekämpft werden. Studierende, Azubis und junge Berufstätige sollen über die Grenzen hinweg mobil sein. Und auch das Lernen der Sprachen der Nachbarländer soll gefördert werden. Immerhin treffen in der Region Französisch, Deutsch und Niederländisch aufeinander.

KRISENMANAGEMENT: Die grenzüberschreitende medizinische Nothilfe soll verbessert werden.

GUT ZU WISSEN: NRW hat mit Belgien und den Niederlanden eine gemeinsame Grenze, aber nicht mit Luxemburg. Die Niederlande sind für NRW der mit Abstand wichtigste Handelspartner weltweit. Schwerpunkt der Kooperation mit Luxemburg ist der Medienbereich und mit Belgien die Chemieindustrie.

Und noch etwas soll die Benelux-Staaten und NRW niemals trennen: verschiedene Zeitzonen nach einem Ende der Zeitumstellung. "Eines werden wir nie akzeptieren", sagte Laschet. "Dass durch Belgien, die Niederlande, Luxemburg und NRW verschiedene Zeitzonen verlaufen."

Axel Springer

WELTONLINE du 02.04.2019 / page x

Luxembourg - Benelux

Gute Nachbarschaft verbessern; Benelux-Länder und NRW wollen enger zusammenarbeiten. Problem Energiewende.

Von Dorothea Hülsmeier

Luxemburg Unter dem Eindruck der Brexit-Krise rücken die Benelux-Länder und das benachbarte Nordrhein-Westfalen demonstrativ zusammen. Die Niederlande, Belgien, Luxemburg und NRW wollen besonders im Kampf gegen Kriminalität und Terrorismus enger kooperieren und grenzüberschreitende Energie- und Verkehrskonzepte ausbauen.

Die Regierungschefs unterzeichneten am Dienstag in Luxemburg eine erneuerte politische Erklärung. Darin nannten sie im Gegensatz zu einem eher allgemein gehaltenen gemeinsamen Dokument von 2008 konkrete Bereiche für eine bessere grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

So sollen gemeinsame Polizei-Ermittlungsgruppen gebildet werden. Der Austausch im Kampf gegen Alltags- und organisierte Kriminalität sowie den internationalen Terrorismus soll verbessert werden. Auch die Energiewende hat für alle Länder hohe Priorität. Allerdings setzt Belgien anders als Deutschland noch auf Atomenergie. »2025 wollen wir so weit sein, dass wir aus der Atomkraft aussteigen können«, sagte Belgiens Premier Charles Michel. NRW ist allerdings der störanfällige Meiler im grenznahen Tihange ein Dorn im Auge.

Daneben soll auch die grenzüberschreitende Arbeitssuche erleichtert werden. Dafür sollen Berufsqualifikationen anerkannt und Sozialdumping bekämpft werden. Studierende, Azubis und junge Berufstätige sollen über die Grenzen hinweg mobil sein. Auch das Lernen der Sprachen der Nachbarländer soll gefördert werden. Immerhin treffen in der Region Französisch, Deutsch und Niederländisch aufeinander.

Tausende Menschen in dem Ballungsraum mit insgesamt 45 Millionen Einwohnern pendeln täglich über die Grenzen. Aber die Nachbarschaft ist ausbaufähig. »Wir möchten die europäische Integration fördern und eine Vorreiterrolle spielen in der Europäischen Union«, sagte Luxemburgs Premier **Xavier Bettel**.

Die Initiative für die Erneuerung der Partnerschaft mit den Benelux-Ländern ging von Laschet aus. Aachener Zeitung du 03.04.2019 / page x

Gute Noten für die neue Verfassung

Venedig-Kommission gibt ein positives Gutachten zur Reform des Grundgesetzes ab

Von Dani Schumacher

Zehn Jahre lang war an dem Text gefeilt worden, im Juni letzten Jahres lag der Text der neuen Verfassung vor. Nun hat die Kommission von Venedig das Werk unter die Lupe genommen. In ihrem Gutachten vom 18. März erteilt die „Europäische Kommission für Demokratie durch Recht“ des Europarates dem Text eine durchwegs gute Zensur: „Le texte soumis à l’avis de la Commission de Venise est en général conforme aux valeurs fondamentales du Conseil de l’Europe exprimées par exemple dans les préambules du Statut du Conseil de l’Europe et de la Convention européenne des droits de l’homme ...“, heißt es in der Schlussfolgerung.

Alex Bodry (LSAP) zeigt sich denn auch zufrieden: „Der Text wird nicht in Frage gestellt. Bei den Anmerkungen handelt es sich um Verständnis- oder Detailfragen“, so der Vorsitzende des Verfassungsausschusses auf Nachfrage.

Das Gleichheitsprinzip

Vor allem bei den Grundrechten und den Freiheiten haken die Verfassungsexperten des Europarats nach. Sie wünschen sich eine klarere Formulierung und eine straffere Gliederung.

Sie weisen auch auf Unstimmigkeiten bei der im Grundgesetz verankerten Prämisse „Les Luxembourgeois sont égaux devant la loi“ hin. Angesichts eines Ausländeranteils von fast 50 Prozent werde durch die restriktive Formulierung das Gleichheitsprinzip in Frage gestellt. Damit niemand diskriminiert wird, müssen alle Bürger des Landes generell vor dem Gesetz gleich behandelt werden, unabhängig von ihrer Nationalität, schreibt die Kommission und fordert eine breitere Formulierung des Artikels. Wenn es Ausnahmen gibt, wie etwa beim Wahlrecht, sollte das ebenfalls im Verfassungstext vermerkt werden.

Nicht ganz einverstanden sind die Experten zudem mit der Art und Weise, wie das Referendum in dem Entwurf geregelt ist. Damit eine Volksbefragung überhaupt stattfinden kann, braucht es ein Gesetz, in dem das genau Prozedere geregelt und die Fragen festgehalten werden. Die Venedig-Kommission schlägt nun vor, zumindest die großen Linien eines Referendums samt einer Definition der Wahlberechtigten in die Verfassung einzuschreiben.

Der Staatschef

Kaum Änderungswünsche äußert die Kommission in Bezug auf Kapitel 3, in dem die Rechte und Pflichten des Staatschefs definiert sind. Es waren vor allem diese Passagen des aktuellen Grundgesetzes, die den Institutionenausschuss 2009 zu einer tiefgreifenden Revision der Verfassung bewogen hatten. Auslöser war die Weigerung von Großherzog Henri, das Euthanasiegesetz zu unterschreiben.

Wenn man das geltende Grundgesetz aus dem Jahr 1856 wortwörtlich auslegt, verfügt der Staatschef auch heute noch über eine große Machtfülle. In der Praxis hat sich über die Jahre aber eine moderne Lesart herauskristallisiert, die den Großherzog eher in einer repräsentativen Rolle sieht. Ziel der Reform ist es deshalb, diese moderne Lesart auch schriftlich zu fixieren. Dies gilt nicht nur für die Rolle des Staatschefs, sondern auch für alle anderen Institutionen.

Das Parlament

Etwa für das Parlament. Die Verfassungsexperten des Europarats betonen, dass der neue Text die Untersuchungskommission nicht genau genug definiert: „Il pourrait dès lors être judicieux d’apporter des précisions dans la Constitution sur les pouvoirs des commissions d’enquête parlementaire, afin de garantir que leurs droits ne soient pas abolis par une loi ordinaire votée par la majorité parlementaire.“ Hinsichtlich der Kontrollfunktion des Parlaments kommt der Enquêtekommission eine herausragende Rolle zu.

Mehr Klarheit fordert die Venedig-Kommission zudem, wenn es um die Auflösung der Chamber bei vorgezogenen Neuwahlen geht. Das Grundgesetz sollte festhalten, ob das Parlament sofort aufgelöst wird oder aber bis zu den Wahlen im Amt bleibt, meinen die Experten.

Die Regierung

Die Rolle der Regierung wurde ebenfalls überarbeitet. Trotzdem finden sich im Gutachten einige Verbesserungsvorschläge. So ernennt der Staatschef auch laut der neuen Verfassung weiterhin die Minister, wenn auch nur formal. Die Kommission hatte bereits in ihrem ersten Gutachten darauf hingewiesen, dass dem Regierungschef bei der Ernennung, aber auch bei der Demission ein Vorschlagsrecht eingeräumt werden soll.

Zum Staatsrat heißt es, dass die Funktionsweise und das Nominierungsverfahren ihren Niederschlag in der neuen Verfassung finden sollten.

Die Sprache

In dem Gutachten findet sich schließlich eine interessante Bemerkung zur luxemburgischen Sprache, ein Punkt übrigens, der bei den Arbeiten an dem

Text kontrovers diskutiert worden war. Zurückbehalten wurde die Formulierung „La langue du Luxembourg est le luxembourgeois“. Die Venedig-Kommission fragt sich nun, „quel est l'effet normatif de la désignation du luxembourgeois comme langue du Luxembourg“, zumal der Gebrauch der anderen Sprachen per Gesetz geregelt wird. Um Mehrdeutigkeiten zu verhindern, sollten die wichtigsten Elemente zum Sprachgebrauch in Luxemburg in der Verfassung stehen, heißt es in dem Gutachten.

Dass die Venedig-Kommission den Text weitestgehend gutheißt, liegt auch daran, dass die Autoren der neuen Verfassung den Empfehlungen, die das Gremium 2009 in seinem ersten Gutachten ausgesprochen hatte, in vielen Punkten Rechnung getragen hatten. Nach dem Abschluss der Arbeiten im Juli 2018 hatte der Verfassungsausschuss um ein zweites Gutachten gebeten.

Das Referendum

Noch hat der Ausschuss seine Analyse des Gutachtens nicht abgeschlossen. Doch wie es aussieht, wollen die Mitglieder einige Anregungen aufgreifen und den Text noch einmal überarbeiten: „Wir werden wahrscheinlich einige Änderungen vornehmen. Die sind aber meist technischer Natur“, so Bodry. Dass dadurch das Timing des Referendums durcheinandergeraten könnte, glaubt er nicht: „Die Informationskampagne beginnt im Herbst. Dann können sich die Bürger zu Wort melden.“ Unter Umständen werden danach noch einmal Änderungen an dem Text vorgenommen. Als mögliches Datum für das Verfassungsreferendum nennt er die zweite Hälfte 2020. Man wolle sich zeitlich nicht unter Druck setzen lassen.

Allemagne

Flotte Sprüche bei Junckers halber Heimkehr

Der EU-Kommissionspräsident aus Luxemburg hält eine launige Rede im Saar-Landtag - übt dabei aber auch scharfe Kritik an den Briten.

VON GERRIT DAUELSBERG

SAARBRÜCKEN Als guter Gast weiß Jean-Claude Juncker, was sich gehört: „Ich bin heute Morgen gerne ins Saarland gereist“, sagt der EU-Kommissionspräsident zum Auftakt seiner Rede im Landtag. Um dann schelmisch hinzuzufügen: „Ich muss immer sagen, wenn ich irgendwo bin, dass ich gerne da bin – meistens stimmt das nicht.“ Gelächter im Plenum. Dann fügt er hinzu: „Heute stimmt das in vollem Umfang, weil ich mich hier fast wie auf heimischem Boden fühle.“

Kein Wunder, schließlich war Juncker im benachbarten Luxemburg fast 19 Jahre lang Premierminister. Und als solcher etwa über die Großregion Saar-Lor-Lux eng mit dem Saarland verbunden. Und so ist es in der Tat fast eine Heimkehr, als Juncker am Vormittag von Ministerpräsident Tobias Hans (CDU) vor der Staatskanzlei in Empfang genommen wird. Am Mittag im Landtag versteht Juncker es, seine Grundsatzzrede vor den Parlamentariern immer mal mit dem einen oder anderen flotten Spruch aufzulockern. Er sei sehr froh gewesen, als Malta der EU beigetreten sei. Schließlich sei Luxemburg seit diesem Tag nicht mehr das kleinste Land in der Europäischen Union. Hier zieht der die Parallele zum Saarland, das innerhalb der Bundesrepublik ebenfalls das zweitkleinste Land sei. Kleine Länder zeichneten sich dadurch aus, dass sie besonders gut zuhören könnten – sie hätten „große Ohren“. Und noch ein Lob ans Saarland: Dessen „wechselhafte Geschichte, dieses Wandern zwischen den Welten hat die Saarländer zusammengebracht und hat sie europatauglich gemacht – mehr als viele andere“. Juncker betont: „In unserer Großregion sind Grenzen keine trennenden Landstriche, sondern verbindende Elemente.“

Solche Worte gehen runter wie Öl in einem Bundesland, das stolz darauf ist, als erstes Land den Europauftrag in seine Verfassung aufgenommen zu haben. „Der europäische Auftrag gehört zu unserer Identität“, sagt Landtagspräsident Stephan Toscani (CDU) in seinem Grußwort vor Junckers Rede.

Doch der Kommissionspräsident

findet in seiner Grundsatzzrede nicht nur warme Worte. In Sachen Brexit wird Junckers Ungeduld spürbar: „Eine Sphinx ist ein offenes Buch im Vergleich zum britischen Parlament“, sagt er „Und wir müssen diese Sphinx jetzt zum Reden bringen. Es reicht jetzt mit dem langen Schweigen.“ Hintergrund ist, dass sich die Briten bislang auf keinen Brexit-Plan geeinigt haben und das Unterhaus in London das ausgehandelte Abkommen mit der EU zuletzt drei Mal ablehnte. Später stellt Juncker im Gespräch mit Journalisten klar: Falls die Briten bis zum 12. April nicht ausgetreten seien und es zu einer Verlängerung der EU-Mitgliedschaft komme, „dann muss Großbritannien an der Europawahl teilnehmen, das ist Vertrag“.

Im Plenum übt er scharfe Kritik am ehemaligen britischen Premier David Cameron, der der EU-Kommission im Vorfeld des Brexit-Referendum verboten habe, in Großbritannien ihre Argumente für Europa vorzutragen. Cameron gehöre „zu den größten Zerstörern der neuzeitlichen Geschichte“.

Klare Worte findet Juncker auch zu den Entscheidungsprozessen innerhalb der EU: „Es ist ein Drama, dass wir bei den wichtigsten außenpolitischen Fragen immer einstimmig entscheiden müssen.“ Das müsse sich ändern, wenn Europa Einfluss auf der weltpolitischen Bühne haben wolle. Als Beispiel nennt er die Verurteilung der chinesischen Menschenrechtspolitik. Ein einzelnes Land stimme dann gegen eine gemeinsame Haltung, weil es stark von chinesischen Investoren profitiere.

Nach den Europawahlen im Mai wird Juncker nicht erneut kandidieren. Und man merkt dem scheidenden Kommissionspräsidenten an, dass es ihm auch darum geht, an seinem Vermächtnis zu arbeiten. Er lobt sich und seine Kommission dafür, die Brüsseler Regelungswut deutlich heruntergefahren zu haben: Die Zahl der Initiativen der Kommission habe sich von 120 bis 130 im Jahr auf 20 bis 25 reduziert. In Brüssel gebe es weniger „Klein-Klein“ als früher. Augenzwinkernd fügt Juncker hinzu, dass er unter „Todesverachtung“ verhindert habe, dass die Kommission europäische Toilettenspülungen harmonisiert. Man habe sich auf das

Soziale konzentriert – und seit seinem Amtsantritt 12,5 Millionen Arbeitsplätze geschaffen.

Juncker wirbt für das Leitbild einer sozialen Marktwirtschaft innerhalb der EU. Das sei das Konzept, das zu Europa passe. „Der schnelle Gewinn, das schnelle Geld, Steuer- und Sozialdumping – das ist nicht Europa.“ Zugleich warnt Juncker davor, sich in rein nationale Politik zurückzuziehen: „Gesunder Patriotismus ja, stupider Nationalismus nein!“ Juncker betont allerdings auch, kein Anhänger des Konzeptes der Vereinigten Staaten von Europa zu sein. Man könne Europa nicht gegen die Nationen errichten.

Nach dem Presse-Statement muss Juncker schnell sein Flugzeug erreichen. Von Ensheim aus geht es nach Italien. Dass der Airport nach den Arbeiten an der Landebahn wieder in Betrieb ist, freut Juncker sehr, wie er augenzwinkernd betont. Denn: „Es gibt ja auch in Deutschland Flughäfen, die man nur noch auf dem Landweg erreichen kann.“

KOMMENTAR

Die richtige Tonlage

Jean-Claude Juncker hat bei seiner Rede vor dem saarländischen Landtag den richtigen Ton getroffen. Dass er es mit dem Selbstlob für sich und seine Amtszeit ein wenig übertrieb – geschenkt. Insgesamt zeichnete er ein überzeugendes Bild von einem Europa der Regionen, in dem Grenzen nicht mehr trennen, sondern verbindende Elemente sind. Das gilt in unserer Region. Und das gilt bislang noch auf der Insel Irland, wo offene Grenzen scheidend dazu beitrugen, einen jahrzehntelangen blutigen Konflikt zu befrieden. Es ist eine Tragödie, dass viele Briten den Vorteil eines geeinten Europas als Friedensprojekt nicht zu schätzen wissen.

Juncker hat aber auch recht, wenn er sagt, dass ein funktionierendes Europa zugleich ein soziales Europa sein muss. Und hier gibt es zum Ende seiner Amtszeit noch viel zu tun. Der Kampf gegen Armut und für Gerechtigkeit sollte der Schwerpunkt von Junckers Nachfolger sein, will er die Akzeptanz für das Projekt EU stärken.

„Ich kann problemlos Luxemburgisch mit euch (saarländischen Politikern) sprechen. Ihr behauptet, das wäre saarländisches Platt. Aber es ist Luxemburgisch.“

„Wir lieben uns nicht genug in Europa, weil wir nicht genug übereinander wissen.“

„Eine Sphinx ist ein offenes Buch im Vergleich zum britischen Parlament. Und wir müssen diese Sphinx jetzt zum Reden bringen.“

„Die 27 Nicht-Briten ziehen am selben Seil. Und zwar in dieselbe Richtung. Die 27 stehen in geschlossener Front. Selten genug.“

„Gesunder Patriotismus ja, stupider Nationalismus nein!“

GERRIT
DAUELSBERG

Nächste Woche verabschiedet das Parlament eine der kräftigsten Mindestlohnerhöhungen der Geschichte

Die gute Idee der LSAP

Romain Hilgert

Weil sie ohne sozialpolitische Bilanz der vorigen Legislaturperiode in den Wahlkampf ziehen musste, hatte die LSAP ihrer Wählerschaft vergangenes Jahr eine Mindestlohnerhöhung um 100 Euro netto in Aussicht gestellt, damit sich zumindest nach den Wahlen „die soziale Schere nicht weiter öffnet“. Zum Zeitpunkt der Wahlen betrug der Mindestlohn 2 048,54 Euro brutto, und netto 100 Euro mehr waren da eine spürbare Erhöhung.

Die politische Rechnung war nicht deshalb falsch, weil die LSAP die Wahlen verlieren sollte. Denn laut der im Anschluss an die Wahlen von TNS-Ilres für das Parlament durchgeführten Wählerbefragung erklärten sich 76 Prozent der LSAP-Wähler mit einer „spürbaren Mindestlohnerhöhung“ einverstanden, etwa so viele wie grüne Wähler (78 Prozent). Von den DP-Wählern hielten immerhin noch 61 Prozent eine spürbare Mindestlohnerhöhung für eine gute Idee.

Der liberale Finanzminister und Ex-Direktor der Handelskammer Pierre Gramegna nannte die Mindestlohnerhöhung in seiner Haushaltsrede vor dem Parlament sogar „eine Investition in den sozialen Zusammenhalt, die Kaufkraft und damit die Lebensqualität der betroffenen Leute“, die „besonders den Schwachen in unserer Gesellschaft zugutekommt“.

Also soll das Parlament am kommenden Donnerstag zusammen mit dem Staatshaushalt für das laufende Jahr eine spürbare Mindestlohnerhöhung verabschieden. Die Nettoanpassung um 100 Euro entspricht einer Mindestlohnerhöhung um 5,7 Prozent. Das ist, zumindest aus der Sicht der Bezieher, die kräftigste Erhöhung seit 25 Jahren und inflationsbereinigt seit 40 Jahren. Auch wenn sie nicht an die zum 1. Januar 1975 von der damaligen DP/LSAP-Koalition beschlossene Erhöhung um 27,4 Prozent, von 10 293 auf 13 109 Franken, heranreicht.

Doch obwohl die Mindestlohnerhöhung außergewöhnlich ist, sind es die Reaktionen darauf keineswegs. Selbst die Berufsverbände, ob Patronats- oder Saliariatskammern, lassen jede Leidenschaft vermissen. Denn die Regierung hat in die versprochene Erhöhung um 100 Euro netto auch die bereits zum 1. Januar durch Gesetz alle zwei Jahre fällige

Anpassung an die allgemeine Lohnentwicklung, diesmal um 1,1 Prozent brutto, hineingerechnet. In den nächsten Wochen soll das Parlament dann eine zusätzliche Bruttoerhöhung des Mindestlohns um 0,9 Prozent zu Lasten der Betriebe stimmen, die rückwirkend zum 1. Januar in Kraft tritt.

Durch die Mindestlohnanpassung um 1,1 Prozent an die allgemeine Lohnentwicklung und die zusätzliche Erhöhung um 0,9 Prozent soll der Bruttomindestlohn auf 2 089,75 Euro steigen, wovon einem Junggesellen nach Sozialabgaben, Steuern, Abgabe zur Pflegeversicherung und *Crédit d'impôt salarié* 1 796 Euro netto übrigbleiben. Doch die Regierung einigte sich darauf, die Mindestlohnbezieher und die LSAP-Wählerschaft zufriedenzustellen, ohne deren Betriebe und die DP-Wählerschaft unzufrieden zu machen. Deshalb soll die über diese zwei Prozent hinausgehende Mindestlohnerhöhung mittels eines Steuerkredits zu Lasten der weitgehend gegen Lohnarbeitenden Steuerzahler erfolgen, ohne dadurch die Arbeitskraft weiter zu verteuern. So dass die Mindestlohnerhöhung streng genommen bestenfalls um 1,1 + 0,9 Prozent brutto steigt; die restliche Erhöhung auf 5,7 Prozent netto stellt im Grunde keine Mindestlohnerhöhung, sondern einen staatlichen Zuschuss dar.

Die Berufskammer der Beamten und öffentlichen Angestellten weist in ihrem Haushaltgutachten darauf hin, dass die Mindestlohnerhöhung um 100 Euro netto zu zwei Dritteln aus dem Staatshaushalt finanziert werde, „le patronat se tient largement indemne de cette décision politique“ (S. 36). Auch die Saliariatskammer nennt den Steuerkredit „une répartition secondaire entre contribuables“ (S. 44), während eine Bruttoerhöhung eine gerechtere Verteilung des erarbeiteten Mehrwerts darstelle.

Der Steuerkredit beträgt 70 Euro für Löhne zwischen 1 500 und 2 500 Euro; zwischen dem 25 Prozent niedrigeren Mindestlohn für unqualifizierte 15- und 16-Jährige und dem 20 Prozent höheren Mindestlohn für qualifizierte Volljährige. Damit der Steuerkredit nicht ab 2 501 Euro entfällt und der Nettolohn dadurch unter den eines niedrigeren Bruttolohns mit Steuerkredit

Obwohl die Mindestlohnerhöhung außergewöhnlich ist, sind es die Reaktionen darauf keineswegs. Selbst die Berufsverbände, ob Patronats- oder Saliariatskammern, lassen jede Leidenschaft vermissen

fällt, wird der Steuerkredit schrittweise bis zu einem Lohn von 3 000 Euro verringert. Dazu wird die Differenz zwischen 3 000 Euro und dem tatsächlichen Bruttolohn mit 0,14 multipliziert, bis der Steuerkredit ab 3 000 Euro auf null sinkt. Das erscheint arithmetisch als eine elegante Lösung, auch wenn der Staatsrat beanstandet, dass die Formel zur Berechnung des Steuerkredits an feste Beträge, zwischen 1 500 und 3 000 Euro, gebunden sei, so dass bei jeder künftigen Mindestlohnanpassung auch der entsprechende Artikel des Steuergesetzes geändert werden müsse. Die Saliariats- und die Handwerkskammer wundern sich zudem, weshalb der Steuerkredit laut Gesetzestext nicht gewährt wird, wenn ein fiktiv errechneter Monatslohn unter 1 500 Euro liegt.

Finanzminister Pierre Gramegna hatte in seiner Haushaltsrede vor dem Parlament erklärt, dass der neue Steuerkredit für Mindestlohnbezieher den Staat „rund 100 Millionen Euro jährlich kostet“. Die Regierung schätzt aber, dass der Steuerkredit dem Staat 3,5 Millionen Euro an höheren Arbeitgeberbeiträgen einbringt, während die Zentralbank meint, dass auch die Mindestlohnbezieher noch einmal 3,5 Millionen Euro an Sozialbeiträgen, Lohnsteuer und Abgaben zur Pflegeversicherung zahlen müssen.

Folglich klagt die Handelskammer zwar in ihrem Gutachten zum Staatshaushalt, der nebenbei eine -zigste, sogar von der Zentralbank beanstandete Senkung der Körperschaftssteuer vorsieht, über eine „*énième hausse du SSM*“ (*Salaire social minimum*). Aber sie freut sich gleichzeitig darüber, dass die Regierung dabei „une proposition élaborée par IDEA en octobre 2018“ übernommen habe (S. 64), so als ob die Sozialpolitik der LSAP nunmehr in der Denkfabrik der Unternehmerlobby fabriziert würde. Idea hatte vorgeschlagen, den *Crédit d'impôt pour salarié* zu erhöhen (35 Euro), die Abgabe für die Pflegeversicherung auf dem Mindestlohn abzuschaffen (22 Euro) und den Inflationsausgleich einer Indexanpassung als Mindestloohnerhöhung hinzustellen (43 Euro). Dadurch würde die Mindestloohnerhöhung um 100 Euro netto die Unternehmen nur die ohnehin gesetzlich vorgeschriebenen Indextranche kosten.

Dass die Handelskammer eher routinemäßig beklagt, wie durch die Mindestloohnerhöhung die internationale Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Unternehmen und die Beschäftigung der gering Qualifizierten leiden könnte, hat vielleicht auch da-

mit zu tun, dass die einflussreichsten Wirtschaftszweige nur wenige Mindestlöhne zahlen. Die Handelskammer betont, dass vor allem im Gaststättengewerbe und im Handel viele Mindestlohnbezieher arbeiteten, doch das sind Branchen, die wenig dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt sind.

Die Patronatskammern beschwerten sich vor allem, dass die Auszahlung des Steuerkredits, den die Betriebe vorschießen und vom Steueramt erstattet bekommen, neuen Verwaltungsaufwand bereitete, insbesondere in kleineren Unternehmen, die die Löhne einzeln neu berechnen müssten unter Berücksichtigung von Teilzeitarbeit und Überstunden. Zudem sei der Gesetzentwurf unklar, wenn es um Überstundenaufschläge, Kommissionen, Prämien, Lehrlinge, verschiedene Selbstständige, unregelmäßige Einkommen und die Proratisierung unregelmäßiger Teilzeitarbeit gehe. Die Handwerkskammer befürchtet zudem, dass die Überprüfung der Einkommensverhältnisse durch das Steueramt bei der Sozialversicherung die Rückerstattung der Steuerkredite verzögern könnte.

Doch die Kammer der Lohnabhängigen äußert sich ebenso zurückhaltend, wenn auch aus einem anderen Grund. Sie rechnet vor, dass der Mindestlohn auch nach der Erhöhung um 100 Euro netto noch immer 170 Euro unter der Armutsschwelle und 130 Euro unter dem Referenzbudget des Statec liegen wird. Deshalb hält die Saliariatskammer an ihrer auch vom OGBL erhobenen Forderung nach einer zehnpromtigen Mindestloohnerhöhung fest.

Daneben legte der Staatsrat einen formellen Einspruch dagegen ein, dass der Steuerkredit Lohnabhängigen vorbehalten werden soll, die eine Steuerkarte besitzen. Denn dies widerspreche einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs von 2016. Als Antwort auf den Staatsrat brachte der parlamentarische Finanz- und Haushaltsausschuss vor drei Wochen einen Änderungsantrag ein, um eine entsprechende Ausnahmeklausel ins Haushaltsgesetz zu schreiben.

So könnten im Grunde alle Parteien nächste Woche der Nettoerhöhung des Mindestlohns zustimmen. Und wer will sich schon in aller Öffentlichkeit hartherzig gegenüber den Niedrigstverdienern zeigen? Doch die Regierung hat den Steuerkredit in das Haushaltsgesetz gepackt, und leider kommt keine Oppositionspartei, die etwas auf sich hält, daran vorbei, den Staatshaushalt abzulehnen.

Von Vegetariern und Venedig

Wenn Jean Asselborn und Sigmar Gabriel über Werte und Interessen diskutieren

LUXEMBURG

CLAUDE KARGER

Europa und die Welt stecken in unsicheren Zeiten. Was seit Jahrzehnten verlässlich erschien, bröckelt: die transatlantische Partnerschaft oder der Zusammenhalt in der Europäischen Union. Was kann man tun, um diese Entwicklungen aufzuhalten? Darüber diskutierten am Montagabend auf Einladung des „Institut Pierre Werner“ Außenminister Jean Asselborn und sein früherer Amtskollege aus Deutschland, Sigmar Gabriel.

Der vormalige Vorsitzende der SPD hat im vergangenen September das Buch „Zeitenwende in der Weltpolitik: Mehr Verantwortung in ungewissen Zeiten“ veröffentlicht, in dem er dafür plädiert, dass Europa nicht nur seine Werte, sondern auch seine Interessen stärker verteidigen muss. Deutschland, für dessen Zählung laut Gabriel einst EU und Nato gegründet wurden, spiele dabei eine ganz grundlegende Rolle.

Die EU in der „Rentenphase“

Der Ex-Diplomatiechef zeichnete in der Diskussion mit Jean Asselborn und „Tageblatt“-Chefredakteur Dhiraj Sabarhwal das Bild einer EU „in der Rentenphase“: „Wir wollen nichts mit dem zu tun haben, was draußen passiert und unsere Rente genießen“. „Wir sind die letzten Vegetarier in einer Welt der Fleischfresser“, sagte Gabriel, „wenn die Briten auch noch ausscheiden sind wir Veganer“. Die EU sei zwar nicht gegründet worden, um „geopolitisch etwas zu leisten“, aber anderen Mächte wie die USA, China und Russland, welche eine zerstrittene und schwache Union erleben, müsse etwas entgegengesetzt werden.

Öfter „in die Schuhe des anderen“ stellen

„Wir müssen über die Interessen der EU reden, damit wir auch weiterhin eine Stimme in der Welt haben“, meinte der SPD-Politi-

ker, der einen Wettbewerb zwischen autoritären, „output-orientierten“ Regimen sieht und liberalen Demokratien, in denen Beschlussfassungen eben komplex sind und lange dauern. Das werde anderswo als Ineffizienz aufgefasst. Die Debatte über die Grundwerte der EU sei schön und notwendig, sie komme aber offensichtlich nicht mehr an, stellte Sigmar Gabriel fest, der auch dazu aufrief, „sich mal in die Schuhe des anderen“ zu stellen, wie etwa die Partner im Osten, für die der Aufbau eines Nationalstaats nach Jahrzehnten unter sowjetischer Dominanz ein „revolutionäres Instrument“ darstelle.

Die Wirtschaftsachsen verschieben sich

Im Westen wisse man nur zu gut, wozu Nationalstaaterei führen kann, aber es gebe Länder, die bei dieser Erkenntnis noch nicht so weit seien. „Wir brauchen nicht über Interessen zu reden, wenn die Werte kaputt sind“, wand Jean Asselborn ein, der auch in Europa viele sieht, die letzteres erreichen wollen. International sieht der luxemburgische Außenminister den Multilateralismus in Gefahr durch Politiker wie den US-Präsidenten Donald Trump, der Patriotismus vor internationale Abmachungen stelle. „Für ihn ist die Welt eine Kampfarena“, sagte Gabriel. „er kann mit internationalen Bündnis-

sen nichts anfangen“. Allerdings zeige Trump auch jeden Tag die Kluft zwischen den Ansprüchen Europas auf und seiner Bereitschaft etwas zu tun.

„Einst dominierte Venedig den Handel im Mittelmeer. Dann eroberten die Portugiesen den Atlantik.

Die Wirtschaftsachsen verlagerten sich dorthin und Venedigs Untergang war besiegelt. Heute verlagern sich die Wirtschaftsachsen vom Atlantik in den Pazifik. Wenn wir nicht das Schicksal Venedigs erleiden wollen, müssen wir uns einmischen“, erklärte der deutsche Politiker. ●

Personalien

Jean Asselborn 70

Er gehört zum festen Inventar der Treffen der europäischen Außen- und Innenminister. Seit fast 15 Jahren ist Jean Asselborn luxemburgischer Außenminister und damit der dienstälteste Ressortchef der 28 EU-Länder. 2013 schien es, als sei die Karriere des Sozialdemokraten, der auf dem zweiten Bildungsminister die Hochschulreife erlangt und später ein Jura-Studium absolviert hatte, zu Ende. Obwohl nach der Parlamentswahl ein Bündnis aus Liberalen, Grünen und Sozialdemokra-

ten an die Macht kam, blieb Asselborn im Amt. Das wiederholte sich nach der jüngsten Wahl, bei der die sogenannte Gambia-Koalition ihre Mehrheit behaupten konnte. Asselborn ist sich über all die Jahre treu geblieben: Meist jovial auftretend, aber Konflikten nicht immer aus dem Weg gehend. Als Migrationsminister ist er hart mit der ungarischen Flüchtlingspolitik ins Gericht gegangen. Unverblümt kritisch hat er sich über die politische Entwicklung in der Türkei oder auch den rechtspopulistischen italienischen Innenminister Matteo Salvini geäußert. Unverdrossen beharrt Asselborn auf ei-

ner fairen europäischen Lastenteilung bei der Flüchtlingspolitik. Auch um bildliche Vergleiche ist er selten verlegen. Das Hin und Her der britischen Brexit-Politik verglich er jüngst mit Zahnpasta – die bekomme man leicht aus der Tube heraus, aber nicht mehr hinein. Als Privatmann tritt der humorvolle Luxemburger nach wie gerne in die Pedale. So kommt es schon mal vor, dass er sich auf sein Rennrad schwingt und in mehreren Tagesetappen von der Heimat über Alpenpässe bis nach Südfrankreich fährt. An diesem Samstag wird Asselborn 70 Jahre alt. (now.)



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

WIRTSCHAFT

ArcelorMittal katapultiert Ilva nach vorn

Marodes italienisches Stahlwerk soll künftig jährlich mehr als 600 Mill. Dollar operativen Gewinn abwerfen

Börsen-Zeitung, 2.4.2019
cru Düsseldorf – ArcelorMittal will das marode italienische Stahlwerk Ilva in die Moderne katapultieren und künftig jährlich einen operativen Gewinn vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen von mehr als 600 Mill. Dollar aus der Anlage ziehen. Diese war wegen eines Umweltskandals zwangsweise verstaatlicht und dann an den weltweit größten Stahlkonzern verkauft worden. Zum Vergleich: Das gesamte Ebitda des Konzerns lag zuletzt bei 10 Mrd. Dollar. „Welchen Wert ArcelorMittal aus Ilva zieht, hängt davon ab, ob und wann die geplante Produktionskapazität von jährlich 8 Mill. Tonnen erreicht wird“, berichtet Stijn Demeester, Brüsseler Analyst der Bank ING, nach einem Besuch des Stahlwerks in Tarent mit ArcelorMittal-Finanzvorstand Aditya Mittal, dem Sohn des Hauptesigntümers und CEO Lakshmi Mittal. Die geplante Kapazität werde voraussichtlich erst 2023 erreicht, sobald die Investitionen in die Umweltverträglichkeit umgesetzt seien und der Hochofen Nummer 5 wieder in Betrieb gehe, schätzt Demeester.

Da ein Teil der Sanierungsinvestitionen aber bereits vor dem Zeitplan umgesetzt werde, könne es auch schneller gehen. Unterstützend wirkten für ArcelorMittal zudem die Einfuhrbeschränkungen und Zölle der Europäischen Union auf Stahlimporte. Der Konzern spricht sich zusätzlich für eine europäische Grenzsteuer auf CO₂ aus.

Akquisitionsbedarf gedeckt

Mit der Übernahme von Ilva in

Italien für 1,8 Mrd. Euro und dem laufenden Kauf des überschuldeten indischen Stahlkonzerns Essar für 6 Mrd. Dollar hat ArcelorMittal zunächst den Bedarf an Akquisitionen gedeckt. Das Stahlwerk Ilva war um das Jahr 1979 für eine Kapazität von 10 Mill. Tonnen ausgelegt worden. Daran gemessen wäre es das größte Stahlwerk Europas, produziert derzeit aber nur die Hälfte der möglichen Menge.

Seit 2009 kämpfte Ilva mit finanziellen Schwierigkeiten und machte seit 2013 wegen des Umweltskandals Verlust. Weil das Unternehmen chronisch zu wenig investierte, ging die Produktion zurück und die Qualität verschlechterte sich. Schließlich wurde das Stahlwerk von Italiens Regierung beschlagnahmt und anschließend im Rahmen eines Bieterprozesses wieder privatisiert.

Den Kaufpreis von insgesamt 1,8 Mrd. Euro zahlt ArcelorMittal in jährlichen Raten von 180 Mill. Euro. Der Konzern hat sich außerdem vertraglich verpflichtet, rund 2,4 Mrd. Euro in die Modernisierung der Anlagen zu investieren. Dazu zählen unter anderem ein Tiefwasserhafen, fünf Hochofen und zwei Kraftwerke sowie eine Flotte von fünf großen Koks-kohle-Transporttankern.

Vorrang haben derzeit die Investitionen in den Gesundheitsschutz, um die Betriebslizenzen zurückzuerlangen. Allein dafür werden in den kommenden Jahren 1,1 Mrd. Euro ausgegeben. Hinzu kommt der Bau eines neuen Eisenerzlagern. In die Modernisierung der Anlagen jenseits der Umweltverträglichkeit investiert ArcelorMittal 1,25 Mrd. Euro. Dabei geht es zunächst primär um eine

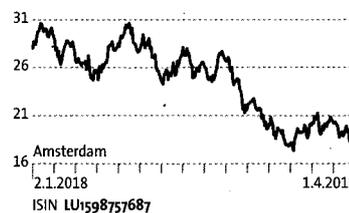
nachgeholte Instandhaltung der maroden Anlagen, die seit Jahren verrotten. Zentral ist dabei die Wiederaufnahme des Betriebs zweier Hochofen, die derzeit stillstehen.

2019 profitabel

Derzeit produziert Ilva nur 4,8 Mill. Tonnen Stahl im Jahr. Bis zum dritten Quartal des Jahres 2019 soll die Menge durch die Reparaturen aber schon wieder auf 6 Mill. Tonnen steigen. Bis zum Erreichen der vollen geplanten Kapazität von 8 Mill. Tonnen vergehen noch vier Jahre. Von 2019 an soll Ilva operativen Gewinn abwerfen. Von 2021 an soll auch nach Abzug der Investitionen ein positiver Mittelzufluss für ArcelorMittal bleiben. Spätestens von 2023 an könnte Ilva gemessen an den operativen Gewinnen je Tonne Stahl in den anderen ArcelorMittal-Werken mehr als 600 Mill. Dollar Ebitda abwerfen, schätzt ING. Die ArcelorMittal-Aktie reagierte am Montag zeitweise mit einem Plus von 3,9% auf 18,75 Euro. Der Börsenwert des Konzerns hat sich damit binnen drei Jahren beinahe verdoppelt auf rund 20 Mrd. Euro.

Die ArcelorMittal-Aktie

in Euro



© Börsen-Zeitung

Quelle: Thomson Reuters

Bertelsmann-Chef übernimmt auch RTL-Führung

Nach dem Rückzug von Bert Habets führt Thomas Rabe auch das wichtigste Tochterunternehmen. Diese Lösung sei dauerhaft angelegt.

Von Carsten Germis

HAMBURG, 1. April
Bertelsmann-Chef Thomas Rabe wird mit sofortiger Wirkung Vorstandschef der Luxemburger RTL-Group und übernimmt damit in Personalunion auch die Führung des wichtigsten Tochterunternehmens der Gütersloher Mediengruppe. Wie die europäische TV-Sendergruppe RTL und Bertelsmann am Montag überraschend mitteilten, hat sich RTL-Vorstandschef Bert Habets entschieden „aus persönlichen Erwägungen“ zurückzutreten. Der Verwaltungsrat der Gruppe ernannte daraufhin Rabe zum Vorstandsvorsitzenden der größten und ertragreichsten Konzerngesellschaft.

„Thomas Rabe bleibt zugleich in Personalunion Vorstandsvorsitzender von Bertelsmann“, hieß es weiter in der Mitteilung. Rabe wies im Gespräch mit der F.A.Z. Spekulationen zurück, die Entscheidung zum Wechsel sei auf Differenzen über die strategische Ausrichtung von RTL zurückzuführen. „Es gab keine Differenzen über die Strategie“, sagte er. „Das war eine Entscheidung aus familiären Gründen.“ Informationen aus dem Umfeld Habets, der in den Niederlanden lebt, bestätigten, dass sich der Vorstandschef der RTL-Group aus familiären Erwägungen für den Rückzug entschieden hat.

In internen Netzwerken von Bertelsmann wies Rabe Fragen nach möglichen Problemen von RTL ebenfalls zurück. „Nein, ganz und gar nicht“, schrieb er im Intranet. Die kürzlich veröffentlichten Zahlen für 2018 hätten der RTL-Group einen Rekordumsatz von 6,5 Milliarden Euro, ein operatives Ergebnis von 1,4 Milliarden Euro und eine Ebitda-Marge von

21,5 Prozent beschert. Rabe kündigte an, er wolle die Strategie von RTL als neuer Vorstandschef nicht ändern. Er werde sich auf die Managementteams sowohl des Verwaltungsrats als auch der Landesgesellschaften wie RTL Deutschland und Frankreich stützen. „Nach dem Ausscheiden von Berts Habets ist es unsere Aufgabe, die Transformation der RTL-Group mit drei Prioritäten voranzutreiben: Erstens der Stärkung der Kerngeschäfte TV, Radio und Produktion, zweitens dem Aufbau lokaler Video-Streaming-Champions und drittens dem Aufbau ihrer Werbetechnologie Geschäfte“, sagte Rabe. „An der Strategie wird sich nichts ändern.“ Mit der Übernahme der RTL-Führung wird Rabe die Sendergruppe, die 50 Prozent des Gewinns des Gütersloher Medien- und Dienstleistungskonzerns erwirtschaftet, auf Dauer enger an die Konzernzentrale binden. Die Übernahme des RTL-Vorstandsvorsitzes sei keine temporäre Lösung, sagte der Bertelsmann-Chef: „Das ist eine Lösung auf Dauer.“ Rabe begründete sein Engagement und die Aufgabe der beiden wichtigsten Vorstandsposten im Konzern auch damit, dass Bertelsmann „keinen beliebigen Vorrat an Führungskräften“ habe. Die Unterstützung der Bertelsmann-Eigentümer für seinen Schritt hat er.

Die RTL Group sei gemessen am Umsatz und Ergebnis der wichtigste Unternehmensbereich von Bertelsmann, sagte Christoph Mohn, Aufsichtsratsvorsitzender von Bertelsmann. Insofern sei es sehr zu begrüßen, dass Rabe nun die Führung übernehme. „Bertelsmann befindet sich unter Führung von Thomas Rabe strategisch und geschäftlich weiterhin auf einem sehr guten Weg.“ Habets hat nach dem Rückzug der langjährigen RTL-Chefin von Anke Schäferkordt 2017 nur für kurze Zeit an der Spitze von Europas größtem Medienkonzern gestanden – zunächst als Teil einer Doppelspitze, später allein. Rabe, der die Bertelsmann-Gruppe seit Jahren auf Digitalisierung trimmt, ist mit RTL gut vertraut. Seine Bertelsmann-Karriere begann er im Jahr 2000 als Finanzvorstand der RTL-Gruppe, dem Verwaltungsrat trat er 2006 bei und

wurde 2012 dessen Vorsitzender. 2006 wurde Rabe Finanzvorstand von Bertelsmann, seit 2012 ist er Vorstandschef des Bertelsmann-Konzerns. „Ich werde beide Unternehmen führen und meine Zeit zwischen Gütersloh und Luxemburg aufteilen“, sagte Rabe. „Ich kenne RTL in- und auswendig.“ Der Bertelsmann-Chef zeigte sich zuversichtlich, sich beiden Aufgaben ausreichend widmen zu können.

Als neuer Verwaltungsratsvorsitzender der RTL Group wurde am Montag Martin Taylor ausgerufen. Er war zuvor stellvertretender Verwaltungsratsvorsitzender. Neuer Vize wird James Singh. „Ich übernehme die Arbeit nicht allein“, sagte Rabe und wies auf die Unterstützung durch Taylor und Singh hin, die er seit Langem kenne. Zudem habe er eine Reihe wichtiger Vorhaben des Konzernumbaus von Bertelsmann schon abgeschlossen, sagte Rabe. Der neue Doppel-Chef verwies dabei auf die Fusion der Buch-Verlagstochter Random House mit dem früheren Wettbewerber Penguin und auf die 2018 beschlossene Kooperation der Konzerntochter Arvato mit dem marokkanischen Partner Saham im Call-Center-Geschäft hin – zwei der wichtigsten Aufgaben der vergangenen Jahre.

Erst in der vergangenen Woche hatte Rabe während der Vorstellung der Bertelsmann-Bilanz für 2018 in Berlin gesagt, dass die globalen Tech-Plattformen wie Google, Amazon oder Facebook für den deutschen Medienkonzern eine „neue Dimension von Konkurrenz geschaffen“ hätten. Die Antworten auf diesen Wettbewerb bleibe „von hoher strategischer Relevanz von uns“, sagte er. Im Konzern will Rabe deswegen die Technologiekompetenzen ausbauen. Cloud, Data und Künstliche Intelligenz sind die Technologietrends, in die Bertelsmann investieren und dabei mit Partnern wie Microsoft und Google auch zusammenarbeiten will. Als Chef der RTL-Group gehören auch der Aufbau lokaler Video-Streaming-Dienste und der Ausbau der Werbetechnologie-Geschäfte zu den Aufgaben im Wettbewerb mit den globalen Plattformen, um die er sich kümmern muss.

„Sitz der RTL Group bleibt in Luxemburg“

Medienunternehmen erteilt Standortspekulationen eine klare Abfuhr

Luxemburg. Gerade erst hat die RTL-Gruppe mit 6,5 Milliarden Euro einen Rekordumsatz für 2018 vermeldet; gleichzeitig ist die Aktie mit einer Performance von -23,2 Prozent in den letzten zwölf Monaten unter Druck.

Hinter dem plötzlichen Abschied von Bert Habets als RTL-Chef stecke mehr, sagt ein deutsches Medienportal. Von einem Machtkampf zwischen Luxemburg (Habets) und Gütersloh (Bertelsmann-Chef Thomas Rabe) ist die Rede. Und die Frage wird aufgeworfen, ob der traditionsreiche Standort zugunsten eines prakti-

kablen Standorts aufgegeben werde. Darauf die RTL Group lapidar: „Luxemburg ist und bleibt die Heimat der RTL Group.“

Das Unternehmen hat erst kürzlich in Luxemburg eine neue Firmenzentrale errichtet und ist auch mit einer Konzession an Luxemburg als öffentlich-rechtlicher Sender gebunden. Zudem ist das Unternehmen börsennotiert – eine Trennung zwischen dem Mutterhaus Bertelsmann und der RTL Group ist schon deshalb obligatorisch. Auf der anderen Seite ist seit jeher das lokale Management der einzelnen RTL-Standorte für das

Geschäft verantwortlich, zum Beispiel wenn die Bertelsmann-Töchter Gruner+Jahr und RTL Deutschland gemeinsame Werbetaugmarkungen betreiben.

Dass die Eigenständigkeit der RTL Group seit jeher eine knifflige Sache ist, liegt auch in der Natur der Sache begründet, weil sowohl Tochter- wie Muttergesellschaft Medienunternehmen sind. Ob Habets seine Zeit lieber in den Niederlanden als in Luxemburg verbrachte? Es wäre müßig, solchen Spekulationen nachzugehen. Fest steht: Indem der neue RTL-Chef Rabe gleichzeitig auch Ber-

telsmann-Chef ist, habe die Stimme des RTL-CEO nun noch mehr Gewicht, wie vonseiten des Unternehmens zu erfahren ist. Ohne Zweifel hat der neue RTL-Chef Rabe mehr Hausmacht: Setzen einzelne RTL-Standorte zuvor Strategisches nicht um wie gewünscht, wird das fortan schwerlich möglich sein. Wenn er seine „Zeit zwischen Gütersloh und Luxemburg“ aufteilt, wie Rabe dem „Luxemburger Wort“ sagte, wird er sich in beiden Unternehmen auf seine Teams stützen müssen. RTL generiert 50 Prozent des Gewinns des Bertelsmann-Konzerns. *MeM*

Roboter überall

5G und künstliche Intelligenz im Zentrum der Hannover Messe – Luxemburg zeigt Flagge

Von Pierre Leyers (Hannover)

Auf der weltgrößten Industriemesse in Hannover präsentieren bis Freitag mehr als 6 500 Aussteller aus 75 Ländern ihre Vision von der zukünftigen, voll automatisierten Fertigung. Diese Vision heißt „Industrie 4.0“. Der Begriff wurde 2011 in Hannover geprägt, und seither ist die dortige Messe zum Gradmesser des Fortschritts auf dem Weg zu voll autonomen Systemen geworden.

Der Schwerpunkt der Messe liegt in diesem Jahr auf den neuen Möglichkeiten durch den Einsatz künstlicher Intelligenz in der industriellen Fertigung. Auch der superschnelle Mobilfunkstandard 5G, der die Kommunikation zwischen Maschinen erleichtert, steht im Mittelpunkt.

Erstmals wurde auf der Hannover Messe ein 5G-Testfeld aufgebaut. Dort zeigen sowohl Netzausrüster als auch Anwender, was mit dem neuen Mobilfunkstandard bald möglich sein wird.

Luxemburger Pavillon in Halle 2

Auch Luxemburg zeigt auf der Hannover Messe Flagge. Der Luxemburger Gemeinschaftsstand befindet sich in Halle 2, die dem Thema „Research & Technology“ gewidmet ist. Die Luxemburger sind in guter Gesellschaft, denn gleich daneben haben Wallonien und Bayern ihre Stände, gefolgt von mehreren Hochschulen und der Fraunhofer-Gesellschaft. An dem von der Handelskammer organisierten „Pavillon national“ stellen das Forschungsinstitut LIST und der Maschinen- und Anlagenbauer Paul Wurth aus. Zu den Teilnehmern gehört auch die Move2-Gruppe, spezialisiert auf Fahrradabstellboxen und umweltschonende Mobilität. Solarcleano stellt Putzroboter her, die Solarpanel regelmäßig reinigen.

High-Tech-Botschafter

Tetralux fertigt spezielle USB-Drives mit eingebauter Verschlüsselungstechnik an, während sich

die Firma Wizzata aus Capellen auf die Optimierung von Fertigungsprozessen mittels Einsatz künstlicher Intelligenz festgelegt hat. Ebenfalls vertreten, jedoch in der, *Oben: Besucher am Luxemburger Pavillon, an dem sechs Aussteller vertreten sind. Unten links: Ein Mitarbeiter des Deutschen Forschungszentrums für künstliche Intelligenz bringt einem Roboter Bewegungen bei, daneben ein Roboterarm von Fanuc Deutschland.*

Fotos: P. Leyers, Deutsche Messe

den integrierten Energiesystemen gewidmeten, Halle 13 sind Hersteller Rafinex, KI-gestützter Topologieoptimierer für einen sichereren Leichtbau, sowie die Köhl Maschinenbau AG aus Wecker.

Während der fünf Messtage können die Aussteller zeigen, dass Luxemburg nicht nur ein Finanzplatz, sondern auch ein High-Tech-Standort ist.

B2Fair: Plattform für Kontakte

Auf der weltgrößten Industriemesse spielt Luxemburg eine besondere Rolle. Seit fünfzehn Jahren in Folge organisiert dort die Chambre de commerce, als Teil des von der EU-Kommission geförderten „enterprise europe network“, die Kooperationsbörse b2fair (business to fair). Klei-

nen und mittleren Unternehmen werden dort Kontakte zu potenziellen Geschäftspartnern vermittelt. Lange vor Beginn der Hannover Messe laufen die Vorbereitungen. 650 Geschäftsleute aus 450 Betrieben haben sich in diesem Jahr an den fünf Messtagen zu dem „matchmaking-

event“ angemeldet. Bis zum Schluss der Messe am Freitag werden so voraussichtlich 2 800 Geschäftstermine stattfinden. Sabrina Sagamola, die Leiterin des „enterprise europe networks“ der Handelskammer, weist auf den internationalen Charakter von b2fair hin: Die Teilnehmer stammen aus insgesamt 48 Ländern, davon eine nicht unerhebliche Zahl aus

Luxemburg und der Großregion. „Luxemburg hat eine Karte zu spielen“, betont Sabrina Sagamola. Eine Kontaktbörse wie b2fair trage zum positiven Image des Landes bei. Derzeit arbeitet sie an einer Weiterentwicklung des Konzepts mit Hilfe virtueller Kanäle. *pley*

Schlangen am Stand

Gemeinschaftsstand auf der Hannover Messe läuft sehr gut - Neues Pilotprojekt für die Großregion

LUXEMBURG/HANNOVER

CORDELIA CHATON

Auf der weltgrößten Industriemesse in Hannover gibt es reichlich Andrang am Luxemburger Stand. „Die Leute stehen Schlange. Es ist toll!“, freut sich Sabrina Sagramola, die derzeit vor Ort ist. Die Leiterin des Themenbereichs „European Affairs & Greater Region“ bei der Handelskammer ist sehr zufrieden mit dem Standort des Luxemburger Pavillons. Luxemburg stellt in Halle 2 aus, die dem Bereich Forschung und Technologie gewidmet ist. „Es ist die Exzellenz-Halle und Luxemburg kann seine Diversität zeigen“, unterstreicht Sagramola. Sie zieht eine positive Halbzeit-Bilanz der Messe, die noch bis zum Freitag läuft.

Auch Unternehmen wie Paul Wurth, die das erste Mal dabei sind, freuen sich über das starke Interesse. Am Gemeinschaftsstand der Messe stellt auch Solutions aus, ein Munsbacher Unternehmen, das Sicherheitslösungen für den IT-Bereich anbietet. „Wir können eine positive Halbzeitbilanz ziehen“, sagt Peter Liebing, Leiter Vertrieb und Marketing. „Als Aussteller hatten wir ausreichend Gelegenheit, mit interessierten Gästen, Kunden und Presse-Vertretern zu den Themen Datenschutz-Grundverordnung, IT-Sicherheit, Verschlüsselung und sichere Anmeldelösungen Stellung zu beziehen und konnten auch viele Anregungen für weitere Produktentwicklungen aufnehmen“.

Die Messe hielt bislang einige Höhepunkte bereit. Am Dienstag fand der Empfang Luxemburgs mit dem luxemburgischen Botschafter in Deutschland, S.E. Jean Graff, statt. Rund 50 Unternehmen aus Luxemburg sowie etwa hundert Gäste nahmen daran teil. Am Mittwoch nahmen eingeschriebene Teilnehmer an einem geführten

Rundgang über die Messe teil, die in diesem Jahr ganz im Zeichen von 5G und Künstlicher Intelligenz steht.

15. Geburtstag von B2fair

Einen besonderen Geburtstag feiert in diesem Jahr die Kooperationsbörse „B2Fair“, die Gespräche zwischen interessierten Unternehmen organisiert. „B2fair ist hier auf der Hannover Messe vor 15 Jahren entstanden. Es ist ein Erfolg. Die Messe will weiter mit uns kooperieren“, freut sich Sagramola, die das Event seit vielen Jahren organisiert und lang vorher vorbereitet. 650 Geschäftsleute aus 48 Ländern nehmen in diesem Jahr daran teil, berichtet Sagramola: „Luxemburger Unternehmen haben sehr viele Termine darüber. Im Vorfeld haben wir 2.800 Termine vereinbart. Das ist quasi das Doppelte des Vorjahres.“

Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen der Großregion

Die Handelskammer hat in diesem Jahr den Vorsitz der internationalen Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) für den Gipfel der Großregion übernommen. Dabei profitiert sie von ihrer Erfahrung mit B2fair. „Wir haben eine elektronische Plattform mit B2fair in die Wege geleitet. Auf ihr wollen wir Unternehmen aus der Großregion zusammenführen, parallele zu der üblichen Börse. Das ist eine Premiere“, verrät Sagramola. Die Unternehmen aus der Großregion können sich auf diese Weise kennen lernen und sich somit regional und parallel international vernetzen. Wenn die Premiere gut läuft, ist eine Wiederholung wahrscheinlich. „Da sehe ich noch viel Potential“, meinte Sagramola.

📍 www.b2fair.com

Run auf Filtertechnik aus Luxemburg

Apateq kann sich vor Aufträgen kaum retten

Von Marco Meng

Luxemburg. „An Fläche fehlt es uns nicht, nur an Personal“, sagt Dirk Martin, Verkaufsleiter des Luxemburger Cleantech-Unternehmens Apateq. Auf 3 000 Quadratmetern arbeiten in der Fertigungshalle derzeit angestrengt 30 eigene und 20 externe Mitarbeiter, um die Auftragsflut durch Schiffseigner bewältigen zu können.

Angefangen hatte Apateq 2013 mit der Trennung von Erdöl und Wasser, das durch die Ölförderung an die Oberfläche gelangt; hinzu kamen Industrieabwasserreinigung und Lagerstättenwasserreinigung von Deponien.

Seit die internationale Schifffahrtsorganisation IMO der Vereinten Nationen beschlossen hat, dass ab 2020 weltweit der maximale Grenzwert von Schwefel in den Abgasen von Schiffstreibstoffen auf 0,5 Prozent gesenkt werden muss, wird bei Apateq vor allem eins gebaut: Filtersysteme für sogenannte Scrubber, Rauchgaswaschanlagen von Schiffen. Die Rauchgaswäsche wird mit Meerwasser gemacht. Damit es danach wieder ins Meer eingeleitet werden darf, muss es vorher gereinigt werden.

„Ja, wir haben viel zu tun“, sagt Apateq-Geschäftsführer Bogdan Serban, „und das Potenzial ist groß, wenn Sie bedenken, dass bis zu 70 000 Schiffe umgerüstet werden müssen.“

Entweder müssen die derzeitigen Schwerölantriebe der Meeresriesen auf Marinediesel oder verflüssigtes Erdgas umgerüstet werden, oder Scrubber zur Filterung des Schwefels aus dem Schwerölabgas müssen installiert werden. Seit im letzten Oktober klar ist, dass die Umsetzung der Vorschrift nicht hinausgeschoben wird, wird Apateq mit Anfragen und Aufträgen überhäuft.

Letztes Jahr produzierte das Luxemburger Unternehmen elf Wasserfilter für Schiffscrubber. „Aktuell haben wir Aufträge für 100 Anlagen“, sagt Martin. Zwei davon wurden kürzlich mit Cargolux nach Busan in Südkorea aus-

geliefert, wo sich die großen Schiffswerften befinden. Für weitere fünfzig Anfragen werden demnächst die Angebote verschickt.

Händeringend Personal gesucht

„Wir müssen unbedingt die Kapazität an Personal erhöhen, damit wir der Nachfrage gerecht werden können“, sagt Martin. Weil nicht genug Fachkräfte vorhanden sind, wird in einer Schicht produziert.

„Mit mehr Mitarbeitern könnten wir auf zwei oder sogar drei Schichten erhöhen“, sagt Martin. Prozessingenieure werden gebraucht, Edelstahl- und Kunststoffschweißer, Softwareingenieure, die die Schaltschränke der Anlagen programmieren, Elektriker.

Neben Apateq gibt es nur noch einen weiteren Hersteller, der eine vergleichbare Filtertechnologie für Rauchgasabwasser anbietet, genauer gesagt Anlagen zur Reinigung von Wasser, mit dem das Rauchgas von Ozeanriesen gewaschen wird. Der von den Scrubbern herausgefilterte Schwefelschlamm wird an Bord gelagert und im Hafen entsorgt.

Wasserscheider für Scrubber stellt Apateq seit 2015 her. Zuerst waren es Anlagen, die an Land aufgestellt wurden. 2017 folgte dann die erste, die auf einem Schiff installiert werden konnte.

Auftrag durch Großreederei

Zwei der großen Anlagen, die in der Halle stehen, sind für MSC bestimmt, nach Maersk der zweitgrößte Betreiber von Containerschiffen.

Neben der Werkshalle hat Apateq noch rund 8 000 Quadratmeter Lagerfläche. Gerade sind Arbeiter dabei, die beiden Anlagen, die bereits mit dem Schiffsnamen versehen sind, zu testen: Sie sind für den Containerriesen MSC Eloane bestimmt, der 19 462 Container tragen kann.

Die Größe der Scrubber richtet sich nach der Größe der Schiffsmotoren. Die Filteranlagen, die gerade bei Apateq vor der Auslieferung getestet werden, haben eine Kapazität von jeweils zwölf Kubikmeter Wasser pro Stunde. Die

Anlagen daneben sind für jeweils vier Kubikmeter konzipiert.

Um eine Filteranlage für einen Rauchgaswäscher zu produzieren, braucht Apateq etwa vier Wochen. „Wir haben zurzeit die Kapazität für vier bis fünf Anlagen pro Monat“, erklärt Martin.

Die Schiffseigner kostet eine Rauchgaswaschanlage zwischen drei und fünf Millionen Euro inklusive Umrüstarbeiten. „Das zahlt sich schon innerhalb eines Jahres aus“, erklärt Martin. Denn die Spanne zwischen Schweröl und Schiffsdiesel beträgt etwa 200 Dollar die Tonne. Schweröl ist ein Abfallprodukt der Erdö Raffinerien und enthält bis zu 3,5 Prozent Schwefel. Schon heute gelten an den Küsten Europas und Nordamerikas Schwefelgrenzwerte von 0,1 Prozent.

Besondere Membrantechnologie

Nicht zuletzt dank des Booms mit den Scrubbern wird Apateq dieses Jahr den „Breakeven“ erreichen, also die Gewinnschwelle überschreiten. Lag das Auftragsvolumen zuvor stets bei etwa zwei Millionen Euro im Jahr, waren es letztes Jahr 20 Millionen. Jetzt sind es schon 30 Millionen, und das Jahr ist noch lang.

Die von Apateq entwickelte Keramik-Membran hält dem Hersteller zufolge so lange wie ein Schiff. „Auf jeden Fall geben wir eine Garantie von zehn Jahren“, sagt Martin. Durch die Porenöffnung der Membran von 0,1 my (ein Mikrometer my sind 0,001 Millimeter) werden alle Feststoffe aus dem Wasser herausgefiltert.

Damit die Membran nicht verstopft, muss sie nach vorgeschriebener Einsatzzeit gereinigt werden, was die Anlage selbstständig durchführen kann.

Neben der Filterung von Rauchgaswaschwasser von Schiffen laufen aber auch die anderen, ursprünglichen Geschäftsbereiche von Apateq weiter. Im süditalienischen Catania wird die größte Sickerwasser-Aufbereitungsanlage Italiens mit Technik aus Luxemburg gebaut, und in Schweden wandelt Apateq Prozesswasser der

Industrie in Trinkwasser um, das direkt in die Kanalisation eingeleitet wird. Es ist das erste Projekt dieser Art in Europa.

● *Aktuell haben wir*
● *Aufträge für*
100 Anlagen.

Dirk Martin

Schiedsgerichte fördern

Erstmals fand der „Luxembourg Arbitration Day“ statt - Gesetzesreform steht an

LUXEMBURG
CORDELIA CHATON

Einen Streitfall erleben die meisten Unternehmen früher oder später. Doch wenn es um Patente oder sensible Zahlen geht, scheuen viele den Schritt vors Gericht. Dort könnten Informationen an die Öffentlichkeit gelangen, die das Geschäft gefährden. In einem solchen Fall kann ein Schiedsgericht eine Alternative sein. Die Luxemburger Handelskammer unterhält so schon seit 1987 ein „Arbitration Center“.

Deshalb war es nur logisch, dass in der Handelskammer gestern der erste „Luxembourg Arbitration Day“ stattfand. Bei diesem Treff unter Juristen, Akademikern und Interessierten ging es um praktische Fragen. Denn Luxemburg will beim Thema Schiedsgerichtsbarkeit zu einem international anerkanntem Zentrum werden, so wie es Paris, London, Genf oder Stockholm schon sind. Vizepremier und Justizminister Félix Braz, selbst von Haus aus Jurist, sieht da durchaus gute Möglichkeiten: „Luxemburg hat viele Vorteile“, sagte er während seiner Rede. „Im Moment werden die Gesetze überarbeitet.“

Gesetze aus den 80er Jahren

Diese Überarbeitung ist laut Experten dringend notwendig, denn die meisten Gesetze in Luxemburg stammen aus den 80er Jahren. Nun wollen die Experten Gas geben. Im Oktober 2013 hatte sich deshalb ein Think Tank zusammengefun-

den, der sehr konkrete Vorschläge für Gesetzesänderungen vorgelegt hat, die derzeit von Braz' Ministerium analysiert werden. Darüber hinaus arbeitet die „Luxembourg Arbitration Association“ (LAA), ein 1996 gegründeter Verein, aktiv mit. „Am Ende geht es darum, die besten Gesetze auf internationalem Parkett zu haben“, erklärt Anne Sophie Theissen, „Head of Legal“ in der Handelskammer Luxemburg. Sie erklärt, dass Schiedsgerichte zwar eine bindende Wirkung wie ein Gericht haben, aber die Verhandlungen vertraulich sind. Anders als bei der Mediation gehe es nicht darum, den Parteien zu helfen, eine Lösung zu finden, son-

dern vielmehr darum, eine kompetente Person zu haben, die ein anerkanntes Urteil fällt.

Denn an einem normalen Gericht könnte es sonst vor-

kommen, dass ein Experte im Familienrecht über komplizierte technische Fragen zu entscheiden hätte. „Bei einem Schiedsgericht können auch zugelassene Experten wie beispielsweise Ingenieure Schiedsrichter sein“, erklärt Theissen. Weitere Vorteile neben der Professionalität der Experten seien die Diskretion, geringere Kosten und vor allem Geschwindigkeit. Je internationaler, technischer und vertraulicher ein Fall, desto eher biete es sich an.

Zwei Wochen bis zum Urteil

Hilary Heilbron von Brick Court Chambers in London berichtete während eines der zahlreichen Panels, die gestern stattfanden, dass die meisten der Fälle, mit denen sie zu tun hat, innerhalb von zwei Wochen über die Bühne gehen. Andere Juristen sprachen von sechs Monaten. Allein verglichen mit den Wartezeiten auf einen Prozess ist das schon ein Vorteil, versicherten sie.

Juristisch gesehen geht es bei Schiedsgerichten häufig um Handelsrecht, auch Aktionärsrecht spielt oft eine Rolle. Die Themen der gestrigen Panel wie „Luxemburg als weltweit erste Schiedsgericht-Boutique für Banking, Finanz- und Versicherungstreitigkeiten?“ oder „Aktuelle Entwicklungen in der Investment-Schiedsgerichtsbarkeit“ zeigen, dass das Thema „Arbitration“ sehr stark als Standort-Thema aufgefasst wird, das einen weiteren Beitrag zur Attraktivität Luxemburgs leisten und gleichzeitig die Gerichte entlasten soll.

Die Veranstaltung mit über hundert Teilnehmern konnte daher auch auf die Unterstützung von Arendt&Medernach zählen, denn Guy Harles, Mitgründer und Co-Chairman dieser großen Kanzlei in Luxemburg, ist gleichzeitig Präsident der LAA und begrüßte die Gäste.

Er geht davon aus, dass es Folgeveranstaltungen geben wird. Alle - vom Minister bis zu den Juristen und der Handelskammer - hoffen auf eine baldige Erneuerung der alten Paragraphen.

Wer sich bis dahin genauer mit dem Thema Schiedsgerichtsbarkeit befassen will, kann sich an die Handelskammer oder die LAA (via LinkedIn oder das Büro) wenden oder wird unter #Luxarb und #LAD2019 fündig. ●

Wachablösung

Präsidentschaft der Chambre de Commerce: Luc Frieden folgt auf Michel Wurth

Von Pierre Leyers

Luxemburg. Lange wurde darüber spekuliert, jetzt ist es offiziell: Die Vollversammlung der Chambre de Commerce hat am Mittwoch Luc Frieden in ihrer konstituierenden Sitzung zum Präsidenten gewählt.

Der ehemalige Finanzminister und jetzige Präsident des Verwaltungsrats der BIL löst Michel Wurth ab, der nach 15 Jahren an der Spitze der Handelskammer sein Amt aufgibt.

Mit der Wahl von Frieden leitet erstmals ein Vertreter des Finanzplatzes die Geschicke der 1841 gegründeten Institution. Neue Vizepräsidenten sind Fernand Ernster (Gruppe 1: Handel), Valérie Massin (Gruppe 3: Industrie, kleine und mittlere Betriebe), sowie Alain Rix (Gruppe 6: Gaststätten-gewerbe). Mit Valérie Massin ist erstmals eine Frau Mitglied des Leitungsgremiums.

Er wolle dafür sorgen, dass die Handelskammer eine aktivere Rolle bei Gesetzesvorschlägen einnehme, erklärte Luc Frieden in seiner Antrittsrede nach der Wahl.

Die Handelskammer könne über ihre Rolle als Verfasserin von Gutachten hinausgehen.

Der neue Präsident ging auch auf die Kritiken ein, die in den vergangenen Wochen seiner Wahl vorausgegangen waren. Der Unternehmergeist sei schon immer Teil seiner beruflichen Ausrichtung gewesen und habe ihn auch in seinen politischen Ämtern geleitet. Der Staat müsse den Rahmen schaffen, die Unternehmen aber sollen diesen ausfüllen. Drei Schwerpunkte habe er sich für seine Amtszeit gesetzt, kündigte Luc Frieden an.

Da sei zuerst die Herausforderung der Digitalisierung. Künstliche Intelligenz und Blockchain werden bald alle Tätigkeitsbereiche grundlegend verändern. Die Handelskammer müsse als „service provider“ helfen, die Unternehmen auf diesen Wandel vorzubereiten.

Den zweiten Schwerpunkt bildet die Entwicklung der Aktivitäten beim europäischen und internationalen Handel. Die Handels-

kammer müsse sich dabei für den Multilateralismus stark machen. Als dritte Priorität will der neue Präsident noch mehr Gewicht auf Ausbildung und Weiterbildung legen.

1848 gegründet

Die „Chambre de commerce“ ist nach dem Staatsrat die älteste Institution des Landes. Am 1. Oktober 1841 erließ Großherzog Wilhelm II. das Dekret zu ihrer Gründung der Handelskammer. Mit der Handelskammer schufen die Unternehmer eine Körperschaft, um ihre Interessen zu vertreten. Die Rolle und Aufgaben der Handelskammer wurden zum ersten Mal durch das Gesetz vom 4. April 1924 zur Schaffung der gewählten Berufskammern bestätigt. Der rechtliche Rahmen wurde durch das Gesetz vom 26. Oktober 2010 reformiert und modernisiert. Das oberste Entscheidungsgremium der Handelskammer ist die aus 25 Mitgliedern bestehende Vollversammlung.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

FINANZEN

Secteur financier / Assurances / Services - Luxembourg

Steuerzahler ersten Ranges

FINANZPLATZ Bankensektor bleibt wichtiger Pfeiler der Wirtschaft

Jean-Philippe Schmit

Die Finanzindustrie in Luxemburg glänzt nicht mehr so stark wie früher. Trotz mangelnder Rentabilität sind die Banken profitabel, versicherte Guy Hoffmann, der Präsident der Bankenvereinigung ABBL, gestern bei der Jahrespressekonferenz.

„Das Risiko, dass die Banken in Zukunft weniger verdienen werden, ist größer als die Chance, dass sich das Geschäftsumfeld dramatisch verbessern wird“, so fasst Guy Hoffmann die Aussichten des Finanzplatzes zusammen. Die Bankenvereinigung schätzt, dass der Gewinn, den die Finanzinstitute im Großherzogtum im vergangenen Jahr erwirtschafteten, um 3 Prozent zurückging. Die Bilanzsumme der Banken lag 2018 rund 15 Prozent unter der aus dem Jahr 2008.

Höhere Kosten

Das Nettoresultat läge auch dauerhaft tiefer als früher, meinte der Präsident. Dabei war das vergangene Jahr eigentlich ein sehr gutes. Bis auf Börsenturbulenzen, die gegen Ende des Jahres das Geschäft etwas störten, standen 2018 die Zeichen auf Wachstum.

Rund 3,6 Milliarden Euro Gewinn machten die Banken in Luxemburg im Jahr 2018, schätzt die ABBL. „Trotz der Einnahmen, die sich gut entwickelten, ist die Rendite gesunken und die Kosten sind gestiegen“, sagte Guy Hoffmann.

Die Schuld daran trägt das Regelwerk, das in Reaktion auf die Finanzkrise verschärft wurde. Um dieses einzuhalten, mussten die Banken investieren und neue Fachkräfte einstellen. Ausgaben, die sich nicht in höheren Einnahmen widerspiegeln. Vor allem macht die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) den Bankern das Leben schwer. Das Geschäftsmodell einer Bank sei nicht für dauerhaft niedrige Zinsen gemacht, erklärte Hoffmann. „Tiefe Zinsen, hohe Kosten und strenge Regeln“ können Banken in Schwierigkeiten bringen.

Der Sektor ist und bleibt gut aufgestellt, versicherte der Präsident. Die Banken in Luxemburg kamen, auch im Jahr 2018, ihrer wichtigsten Aufgabe nach: der Finanzierung der Realwirtschaft. Dies geschieht einerseits über Kredite an Unternehmen, die so investieren und wachsen können. Andererseits dadurch, dass Finanzinstitute helfen, den Leuten

Zugang zu Wohneigentum zu verschaffen.

Die Höhe der Immobiliendarlehen für Privatpersonen und Unternehmenskredite hat sich Anhalten der ABBL zufolge innerhalb von zehn Jahren verdoppelt. Im vergangenen Jahr ist die Höhe der gesamten Immobilienkredite, „ein ganz großer Treiber der luxemburgischen Wirtschaft“, um weitere 8,2 Prozent auf über 30 Milliarden Euro angestiegen.

Die Bankeinlagen betragen 2018 insgesamt 269 Milliarden Euro. Dabei handelt es sich nicht nur um Geld, das die Kunden und Unternehmen zur Bank brachten. 60 Prozent der Bankeinlagen stammen aus der Fondsindustrie. „Die Resultate sind in Ordnung“, kommentierte der Präsident die Zahlen. „Nicht blendend gut, aber in Ordnung.“ Der Finanzsektor bleibe einer der wichtigsten Sektoren der Wirtschaft, auch was die Steuern betrifft. Camille Seillès, der Generalsekretär, kannte die genaue Zahl: Der Bankensektor zahlte im Jahr 2017 insgesamt 1,86 Milliarden Euro an direkten und indirekten Steuern. Damit sei und bleibe der Sektor ein Steuerzahler ersten Ranges.

tageblatt du 30.04.2019 / page 12

Secteur financier / Assurances / Services - Luxembourg

Geschäftsmodell der Banken unter Druck

Luxemburg. Die niedrigen Zinsen höhlen das Geschäftsmodell vieler Banken aus. Davor warnte ABBL-Präsident Guy Hoffmann am Montag im Anschluss an die Generalversammlung der Bankenvereinigung. Zwei Tendenzen sieht Hoff-

mann bei der Vorstellung der Ergebnisse des Geschäftsjahres 2018: Die Volumina wachsen, während die Rentabilität abnimmt. Das Bankergebnis 2018 der insgesamt 135 Geldhäuser am Platz ging von 11,7 auf 11,6 Milliarden Euro zurück, ein leichtes Minus von 0,6 Prozent. Das Nettoergebnis hingegen sank im Vergleich zu 2017 um Minus 3,3 Prozent auf 3,6 Mil-

liarden Euro. Der Häusermarkt boomt: Im vergangenen Jahr vergaben die Banken Immobilienkredite im Gesamtwert von 30,4 Milliarden Euro an Privathaushalte. 2017 waren es noch 28 Milliarden Euro. Das Volumen der Immobilienkredite hat sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt. pley

Luxemburger Wort du 30.04.2019 / page 1

Mehr Wachstum, weniger Gewinn

ABBL-Präsident Guy Hoffmann: „Niedrige Zinsen bedrohen Geschäftsmodell vieler Banken“

Von Pierre Leyers

In Luxemburg gibt es derzeit 135 Banken. Die Gesamtheit ihrer Ergebnisse im Geschäftsjahr 2018 lasse sich sehen, sagt Guy Hoffmann am Montag bei der Pressekonferenz im Anschluss an die Generalversammlung der Bankenvereinigung ABBL. Die Rentabilität habe sich allerdings verschlechtert. „Die Banken sind solide aufgestellt, aber ihre Profitabilität hat abgenommen“, so der ABBL-Präsident.

Mehrere Faktoren schmälern die Gewinne: Das seit Jahren andauernde Niedrigzinsumfeld verringert die Margen der Geldhäuser, während der negative Zinssatz für die Einlagefazilität der EZB überschüssige Liquiditäten im Euroraum bestraft. Hinzu kommen steigende Personalkosten, die zum Teil auf die wachsenden Aufwendungen für die Regulierung zurückzuführen sind. „Die niedrigen Zinsen gefährden das Geschäftsmodell vieler Banken“, warnt Guy Hoffmann.

Aufgrund dieser Einflüsse sank das Bankergebnis 2018 von 11,7 auf 11,6 Milliarden Euro, ein leichtes Minus von 0,6 Prozent. Das Nettoergebnis hingegen ging im Vergleich zu 2017 um Minus 3,3 Prozent auf 3,6 Milliarden Euro zurück.

Steigende Volumina

Die Einlagen der Kunden befinden sich in einem seit Jahren anhaltenden kontinuierlichen Wachstum. Insgesamt hinterlegten die Luxemburger Haushalte 2018 auf den Konten ihrer Banken Einlagen im Wert von 39 Milliarden Euro. Ein Jahr zuvor waren es noch drei Milliarden weniger. Insgesamt erreichten die Bankeinlagen 269 Milliarden Euro, die Summe aller verwalteten Vermögen sogar 363,4 Milliarden Euro. „Die Depotseite zeigt eine gesunde Entwicklung“, sagt dazu ABBL-Präsident Hoffmann.

Ein Großteil dieser Summe floss als Kredite in die Wirtschaft zurück. Die Privathaushalte nehmen immer mehr Kredite auf. Im vergangenen Jahr vergaben die Banken Immobilienkredite im Gesamtwert von 30,4 Milliarden Euro. 2017 waren es noch 28 Milliar-

den Euro. Das Volumen der Immobilienkredite steigt unaufhörlich und hat sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt.

26 Milliarden Euro flossen 2018 in Form von Krediten an Unternehmen, weit mehr als im Vorjahr. Auch hier hat sich die Summe in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Diese Zahlen veranlassen Guy Hoffmann zu dem Kommentar: „Die Banken erfüllen ihre Rolle für die Luxemburger Wirtschaft.“

Der Finanzsektor ist solide

Laut ABBL hat der Luxemburger Finanzplatz die höchste Eigenkapitalquote in Europa. Ende 2017 lagen die Eigenmittel bei 51,5 Milliarden Euro, wovon 44 Prozent hartes Kernkapital (Tier 1) darstellen.

Was die Bilanzsumme der Luxemburger Banken angeht, so haben sie eine Schrumpfkur hinter sich. Waren es 2008 noch 931 Milliarden Euro, so sind es 2018 nur noch 790 Milliarden Euro. In der Folge der Finanzkrise wurden risikoreiche Geschäfte abgebaut. Die Banken sind nicht nur wichtige Arbeitgeber, auch ihr Beitrag zum Staatshaushalt ist erheblich. 2017 zahlte der Bankensektor 1 859 Millionen Euro an Steuern. All dies machen die 26 317 Beschäftigten im Sektor möglich (206 mehr als 2017), von denen 55 Prozent Männer, und 45 Prozent Frauen sind.

Für 2019 hat die ABBL ein volles Programm. Vor allem die Themen „nachhaltige Finanzen“ und einen erweiterten Deontologiekodex hat sie sich auf die Fahne geschrieben.

Auch im Kampf gegen Geldwäsche will sie ihre Mitglieder weiterhin unterstützen. Besonderes Augenmerk gilt in diesem Jahr der Vorbereitung auf den Inspektionsbesuch des „Groupe d'Action Financière“ im Herbst 2020, einem der OECD angegliederten Gremium zur Bekämpfung und Verhinderung von Geldwäsche.

Wenn es ein Thema gibt, das die Luxemburger Bankenvereinigung umtreibt, dann ist es die strengere Regulierung, die nicht nur Kosten verursacht, sondern auch die Rendite drückt. Derzeit geht es in Europa um die Umsetzung des Basel IV-Regelwerks, durch das jede Risikoart neu eingeschätzt werden wird.

Mit acht weiteren nationalen Bankenvereinigungen hat die ABBL einen Appell verfasst, in dem mehr Verhältnismäßigkeit gefordert wird. „Die Regulierung ist auf die großen Banken zugeschnitten“, sagt ABBL-CEO Serge de Cillia. Kleinere Institute haben verhältnismäßig höhere Kosten bei der Umsetzung der Regeln. Das trifft besonders auf Luxemburg zu, wo die Hälfte aller Banken weniger als 100 Mitarbeiter beschäftigen.

Ergebnisse der Banken 2018

	2017	2018	Variation in %
Zinsmarge	4 886	4 986	2,0 %
Provisionen	4 706	4 959	5,4 %
Andere Nettoeinkünfte	2 166	1 741	-19,6 %
Bankergebnis	11 758	11 686	-0,6 %
Betriebskosten	-6 253	-6 627	6,6 %
Personalkosten	-3 161	-3 253	3 %
Betriebskosten	-3 092	-3 374	9,1 %
Ergebnis vor Rücklagen	5 505	5 059	-8,1 %
Rückstellungen	-956	-700*	-26,7 %
Steuern	-827	-750*	-9,3 %
Nettoergebnis	3 722	3 609*	-3,03 %

*Schätzung ABBL

Quelle: ABBL

BIL meldet starke Ergebnisse

Geschäftsjahr 2018: Nettogewinn steigt um 5,7 Prozent auf 131 Millionen Euro

Luxemburg. Die Banque Internationale à Luxembourg SA (BIL) hat die Finanzergebnisse für das Geschäftsjahr 2018 veröffentlicht. Die Bank erzielte in allen Geschäftssparten gute Ergebnisse und verzeichnete im Vergleich zu 2017 einen Anstieg ihres Nettoergebnisses nach Steuern um über fünf Prozent in Höhe von 131 Millionen Euro gegenüber 124 Millionen Euro im Jahr 2017. Das geht aus einer Mitteilung der Bank hervor.

Haupttreiber der positiven Entwicklung 2018 war vor allem der stabile Kernbetriebsgewinn aus den kommerziellen Aktivitäten in Höhe von 500 Millionen Euro trotz eines schwierigen makroökonomischen Umfelds mit niedrigen Zinsen sowie regulatorischer Änderungen, etwa des Inkrafttretens der MiFID-II-Richtlinie. Positiv machte sich auch die Neubewertung von Anlageimmobilien aufgrund einer Anpassung der Bilanzierungsgrundsätze der BIL an jene des Mehrheitsaktionärs Legend Holdings bemerkbar, die sich mit einem Positiveffekt von 35 Millionen Euro in der Bilanz der BIL niederschlug, verglichen mit zehn Millionen Euro in 2017.

Schlechte Marktbedingungen

Sämtliche Geschäftssparten (Retail & Digital Banking, Corporate & Institutional Banking sowie Wealth & Investment Management) erzielten 2018 gute Ergebnisse, wenngleich – wie es in der Mitteilung heißt – das verwaltete Vermögen unter den schlechten Marktbedingungen litt.

So stieg das verwaltete Vermögen von 39,4 Milliarden Euro im Jahr 2017 auf 39,5 Milliarden Euro (+0,2 %). Zurückzuführen war dieser Anstieg auf neue Nettozuflüsse

in Höhe von 0,95 Milliarden Euro. Dieser Zuwachs wurde jedoch durch einen negativen Markteffekt von 0,87 Milliarden Euro aufgrund von Kurskorrekturen an den Aktienmärkten im letzten Quartal 2018 geschmälert.

Die Kundeneinlagen stiegen von 16,3 Milliarden Euro am Jahresende 2017 auf 17,3 Milliarden Euro (+5,8 Prozent). Die Ausleihungen im Bereich kommerzieller Aktivitäten nahmen um 0,68 Milliarden Euro zu (+5,2 Prozent verglichen mit Ende 2017). Dies belegt erneut, so die Bank in ihrer Mitteilung, die Unterstützung der BIL für die luxemburgische Wirtschaft. Demgegenüber gingen die fällig werdenden Kredite institutioneller Kunden an den Treasury- und Finanzmärkten zurück, sodass ein jährliches Wachstum von 0,3 Prozent auf 13,4 Milliarden Euro verzeichnet wurde.

Zuversicht für 2019

„Die Fundamentaldaten an den Märkten bleiben ungeachtet der aktuellen Verlangsamung des globalen Wachstums solide, und wir beurteilen die Aussichten für das makroökonomische Umfeld weiterhin positiv. Wir werden nach wie vor in strategische Bereiche investieren und Innovationstätigkeit fördern und sind zuversichtlich, dass wir auch in den kommenden Jahren robuste Ergebnisse erwirtschaften werden“, erklärt Marcel Leyers, künftiger CEO der BIL, in der Mitteilung. „2018 schlossen wir die Übernahme der Mehrheitsbeteiligung von Precision Capital an der BIL durch Legend Holdings ab. Das Zusammenspiel der beiden Aktionäre, d. h. des luxemburgischen Staates und Legend Holdings, ist für die

BIL und ihre Kunden ausgezeichnet. Auf diese Weise werden die starke und stabile Verankerung in Luxemburg und Europa mit dem technischen und internationalen Know-how von Legend Holdings kombiniert“, fügt Luc Frieden, Vorsitzender des Verwaltungsrats der BIL-Gruppe, hinzu.

2018 verstärkte die Bank ihr digitales Angebot, ein zentrales Thema ihrer Unternehmensstrategie BIL2020. Sie brachte eine einfachere und sicherere Version der BILnet-App auf den Markt. Seither können die Kunden einfache Bankgeschäfte mittels biometrischem Fingerabdruck oder PIN durchführen. Die BIL ist die erste Bank in Luxemburg, bei der über die neue App in wenigen Minuten über Smartphone oder Tablet ein Konto online eröffnet werden konnte. Potenzielle Kunden können durch die Beantwortung weniger Fragen während einer Videositzung über Webcam identifiziert werden. Das Verfahren endet mit der elektronischen Unterschrift unter den Kontovertrag und der Vergabe einer International Bank Account Number (IBAN).

2018 war auch das Jahr des Aktionärswechsel. Schon am 1. September 2017 hatte Legend Holdings, eine der wichtigsten Holdinggesellschaften Chinas, einen Kaufvertrag mit der aus dem Emirat Katar stammenden Holding Precision Capital abgeschlossen.

Legend Holdings hat 89,936 Prozent der Anteile an der BIL zum Kaufpreis von 1,5 Milliarden Euro erworben. Die restlichen 9,993 Prozent gehören dem Luxemburger Staat.

C./pley

Luxembourg

Luxemburg bekennt sich zu nachhaltigen Finanzierungen

Verlässliche europäische Klassifizierung von Green-Finance-Produkten rückt in greifbarere Nähe – Emittenten sollten deren Potenzial noch mehr erschließen

Börsen-Zeitung, 27.4.2019
Die nachhaltige, „grüne“ Finanzwirtschaft präsentiert sich bis heute eher als ein vages, unreguliertes Konzept als ein klar definierter, investierbarer Sektor. Der Mangel an Definitionen, verbindlichen Standards und Vergleichsdaten verleitet zu dem Eindruck, dass es sich um eine recht begrenzte Investitionsstrategie handeln könnte. Betreiben einige Emittenten lediglich „Windowdressing“ oder sogar „Greenwashing“? Müssen Investoren tatsächlich Rendite für ökologische Vorteile aufgeben? Was sind nur Stereotypen, was echte strukturelle Mängel dieses Segments?

Nicht nur ein Trend

Dies sind Fragen, die sich sogar diejenigen stellen, die sich nicht nur gelegentlich mit Green Finance auseinandersetzen. Nicht bezweifelt werden kann zumindest, dass es sich bei Green Finance nicht nur um einen Trend, sondern um eine – im wahrsten Sinne des Wortes – nachhaltige Entwicklung handelt, die die weltweiten Anstrengungen zur Bekämpfung von Klimawandel und weiteren ökologischen Herausforderungen unterstützt und innerhalb kürzester Zeit alle Bereiche der Finanzwirtschaft erfasst hat.

Auf europäisch-regulatorischer Ebene ist der Aktionsplan der EU-Kommission vom März 2018 zur Finanzierung nachhaltigen Wachstums, der sich zum Ziel gesetzt hat, nachhaltige Finanzprodukte gezielt zu fördern, seit dem letzten Jahr konsequent umgesetzt worden. Die Kommission hat Verordnungsvorschläge zur Nachhaltigkeitstaxonomie, zur Änderung der Benchmark-Verordnung durch Einführung von Referenzwert-Kategorien für CO₂-arme Investitionen und zur Offenlegung von Informationen über nachhaltige Investitionen und Nachhaltigkeitsrisiken veröffentlicht. Auch die Regelungen über den Vertrieb von Versicherungsanlageprodukten und Mifid II (Markets in Financial Instruments Directive II) sollen um ESG-Erwägungen (Environmental, Social, Governance) ergänzt werden.

Ferner hat die Kommission eine technische Sachverständigengruppe eingesetzt, um sie bei den vier Schlüsselthemen Nachhaltigkeitstaxonomie, europäische Green-Bond-Standards, CO₂-arme Referenzwertkategorien sowie Unternehmensveröffentlichung von klimarelevanten Informationen zu unterstützen. Ob Ucits (Undertakings for Collective Investments in Transferable Securities), AIFM (Alternative Investment

Fund Managers Directive), Mifid II oder Solvency II (verfolgt die Harmonisierung des Versicherungsaufsichtsrechts), kein Finanzbereich bleibt somit von der Einführung von Nachhaltigkeitserwägungen wirklich ausgenommen. Nach anfänglicher Euphorie in der Finanzwirtschaft ob des regulatorischen Rückenwindes sind nun auch erste kritische Stimmen zu vernehmen, die befürchten, dass eine zu akzentuierte Regulierung kontraproduktiv für die Dynamik des Green-Finance-Bereiches sein könnte.

Auch der Finanzplatz Luxemburg hat sich in den letzten Monaten sehr dynamisch im Bereich Green Finance entwickelt. Viele Fondspromotoren bedienen sich luxemburgischer alternativer Fondsvehikel, um ESG-Strategien zu strukturieren. Besonders hervorzuheben ist jedoch nach wie vor wieder einmal die Luxembourg Stock Exchange, die mit dem Listing des ersten Green Bond der Europäischen Investitionsbank (EIB) im Jahr 2007 als Vorreiterin in diesem Sektor gilt.

Wirken der LGX honoriert

Neben der EIB, KfW, Landesbank Baden-Württemberg (LBBW), Industrial and Commercial Bank of China (ICBC), Bank of China und der Provinz Québec, um nur einige Emittenten zu nennen, sind derzeit über 250 Green Bonds von über 40 Emittenten mit einem Ausgabewert von über 120 Mrd. Euro an der Luxembourg Green Exchange (LGX) gelistet. Dies entspricht einem weltweiten Marktanteil bei Green Bonds von über 50%. Die im Jahr 2016 gegründete LGX ist damit nach wie vor die größte Plattform, die sich ausschließlich auf nachhaltige Finanzinstrumente spezialisiert hat. Dieses Jahr hat sie nun den Green Bond Pioneer Award der Climate Bonds Initiative gewonnen, die damit die konstanten Bemühungen und Erfolge der LGX im Green-Bond-Segment honoriert.

Nach den Green Bonds ist der nächste Wachstumsschub im Bereich Investmentfonds zu erwarten. An der LGX sind bereits über 25 ESG-Investmentfonds notiert. Das Spektrum umfasst hierbei ESG Funds, Green Funds und Social Funds. Die LGX hat sich zudem als zentraler Zugangspunkt für Daten und Informationen über inländische Green Bonds aus der Volksrepublik China positioniert,

die an der Shanghai Stock Exchange oder dem Chinese Interbank Bond Market notiert sind.

Gesamter Finanzplatz aktiv

Aber nicht nur die LGX, sondern der gesamte Finanzplatz engagiert sich außerordentlich stark für nachhaltige Finanzierungen. Als nur ein Beispiel für viele Initiativen hat Luxembourg for Finance in Kooperation mit dem Bankenverband ABBL, dem Fondsverband ALFI, dem Verband der Versicherungswirtschaft ACA, der LGX sowie LuxFlag, einer unabhängigen, gemeinnützigen Labelling-Agentur, das Sustainable Finance Forum Luxembourg im Juni 2018 ins Leben gerufen. Die gesamte Finanzwirtschaft, politische Entscheidungsträger, Investoren und Emittenten waren hierzu eingeladen, um regulatorische Schlüsselthemen und Marktherausforderungen bei nachhaltigen Finanzierungen zu diskutieren. Aufgrund des großen Erfolgs wird am 26. Juni dieses Jahres ein zweites Sustainable Finance Forum unter der Schirmherrschaft des luxemburgischen Finanzministers stattfinden.

Nicht zu Unrecht ist das Großherzogtum somit derzeit im Global Green Finance Index (Stand September 2018) nach Amsterdam und Kopenhagen auf Platz 3 im Bereich Marktdurchdringung und auf Platz 6 nach London, Paris, Amsterdam, Kopenhagen und Stockholm, was den Bereich Qualität angeht. Luxemburg ist überaus engagiert, seine Umwandlung in eine CO₂-arme Volkswirtschaft aktiv fortzuführen. Regierung und Finanzindustrie arbeiten bereits seit 2015 zusammen in einer Climate Finance Task Force an einer integrierten Strategie, um Luxemburgs Rolle als internationales Zentrum für nachhaltige Finanzierungen zu stärken.

Die United Nations Environment Programme Finance Initiative hat im Oktober 2018 zusammen mit dem Umwelt- sowie dem Finanzminister die „Luxembourg Sustainable Finance Roadmap“ präsentiert, die fast alle Facetten des Finanzmarktes berührt. Ziel der Roadmap ist es, den Grundstein für eine nachhaltige Finanzstrategie zu legen und Luxemburgs führende Rolle im Bereich nachhaltiger Finanzen nicht nur zu untermauern, sondern auszubauen. Im Juni 2018 hat Luxemburg ferner ein sogenanntes „Green Covered Bonds“-Gesetz erlassen. Dieses auf luxemburgische Pfandbriefbanken anwendbare Gesetz novelliert das bestehende Pfandbriefge-

Von
Philipp Mössner

Partner bei
GSK Luxembourg SA

„Auch der Finanzplatz Luxemburg hat sich in den letzten Monaten sehr dynamisch im Bereich Green Finance entwickelt. Viele Fondspromotoren bedienen sich luxemburgischer alternativer Fondsvehikel, um ESG-Strategien zu strukturieren.“

setz und hat eine neue Kategorie von grünen Pfandbriefen geschaffen, die mit Vermögenswerten aus dem Bereich erneuerbarer Energien besichert sein müssen.

Weg für Wachstum geebnet

Nachdem also eine verlässliche europäische Klassifizierung von

Green-Finance-Produkten in immer greifbarere Nähe rückt und sich die luxemburgische Finanzindustrie und Regierung, dynamisch wie nie zuvor, zu dem Thema nachhaltige Finanzierung bekennen und gemeinsam entwickeln, sind nun die Emittenten aufgerufen, das Potenzial von Green-Finance-Produkten noch mehr für sich zu erschließen. Die deutlichen Fort-

schritte bei der Entwicklung von europäischen Standards und Definitionen für Green-Finance-Produkte werden den Weg für ein starkes Wachstum dieser Produkte weiter ebnen. Es bleibt dann zu hoffen, dass in naher Zukunft niemand mehr bei Green Finance den Eindruck einer nur begrenzt investierbaren Strategie hat.

Green Bonds: Luxemburg schafft globalen Handelsplatz für grüne Anleihen

Michael Fuchs

Luxemburg hat seine Position als führender Handelsplatz für „grüne Anleihen“ (Green Bonds) in Europa ausgebaut und die Rolle als Drehscheibe für den Kapitalverkehr zwischen China und Europa weiter gestärkt. Durch die Zusammenarbeit der Luxemburger Börse ([Luxembourg Stock Exchange, LuxSE](#)) mit den Börsen in Shanghai und Shenzhen, der Bank of China sowie dem Shanghai Clearing House [...]

Luxemburg hat seine Position als führender Handelsplatz für „grüne Anleihen“ (Green Bonds) in Europa ausgebaut und die Rolle als Drehscheibe für den Kapitalverkehr zwischen China und Europa weiter gestärkt. Durch die Zusammenarbeit der Luxemburger Börse ([Luxembourg Stock Exchange, LuxSE](#)) mit den Börsen in Shanghai und Shenzhen, der Bank of China sowie dem Shanghai Clearing House entsteht ein global ausgerichteter Handelsplatz für Green Bonds, also Finanzprodukte über die umwelt- und klimaschonende Projekte finanziert werden.

- Neues Angebot verknüpft die weltweit führende Plattform für Green Bonds mit den wichtigsten chinesischen Börsen und dem chinesischen Interbankenmarkt
- Plattform vereinfacht Zugang internationaler Anleger zu Green Bonds aus China, erhöht deren globale Visibilität und schafft mehr Transparenz
- Vereinbarungen der Luxemburger Börse mit den Handelsplätzen in Shenzhen und Shanghai, der Bank of China sowie dem Shanghai Clearing House

Über die gemeinsame Plattform können Anleger aktuelle Kursdaten zu den in Shanghai und Shenzhen sowie im chinesischen Interbankenmarkt gehandelten Green Bonds einfach abrufen.

Ferner bündelt ein Green Bond Channel englischsprachige Informationen zu grünen, in Shanghai und Shenzhen gehandelten Finanzprodukten. Neben klassischen Bonds deckt der Green Bond Channel auch das in China besonders bedeutsame Segment der Asset Backed Securities (ABS) ab.

Zudem hat die Luxemburger Börse ein Memorandum of Understanding mit der [Bank of China \(BoC\)](#) unterzeichnet. Vor diesem Hintergrund wird die BoC internationalen Anlegern einen vereinfachten Zugang zu Investments in chinesische Wertpapiere ermöglichen. http://www.bondguide.de/wp-content/uploads/2019/01/AdobeStock_107273862.jpeg [http://www.bondguide.de/wp-content/uploads/2019/01/AdobeStock_107273862.jpeg]

Foto: © Stockwerk-Fotodesign – stock.adobe.com

„Gemeinsam mit unseren chinesischen Partnern bauen wir einen globalen Handelsplatz für Green Bonds und bringen Investoren, Emittenten, Anbieter entsprechender Infrastruktur und Market-Maker zusammen“, sagt Robert Scharfe, CEO von [LuxSE](#).

Die Vereinbarungen wurden in Anwesenheit der Premierminister der Volksrepublik China und des Großherzogtums Luxemburg, Li Keqiang und **Xavier Bettel**, im Rahmen des asiatischen Wirtschaftsforum im chinesischen Boao (Provinz Hainan) geschlossen. Sie markieren für Luxemburg einen weiteren Schritt zum Ausbau der Position als wichtigster europäischer Markt für Green Bonds sowie als europäischer Hub für Investments zwischen China und der EU.

Aktuell sind mehr als die Hälfte aller Green Bonds weltweit an der Börse in Luxemburg gelistet.

<https://www.luxembourgforfinance.com/en/homepage/>

[<https://www.luxembourgforfinance.com/en/homepage/>]Die Luxembourg Green Exchange (LGX) ist die weltweit erste ausschließlich auf grüne Anleihen fokussierte Handelsplattform. Zudem hat Luxemburg als erstes Land weltweit ein Gesetz für grüne Pfandbriefe beschlossen.

China hat sich innerhalb von wenigen Jahren zum gegenwärtig zweitgrößten Markt für Green Bonds der Welt entwickelt. Das im Jahr 2018 emittierte Volumen der chinesischen Green Bonds liegt laut einer Erhebung der Climate Bonds Initiative bei mehr als 30 Mrd. EUR.

Kapital für Investitionen in grüne Technologien zu mobilisieren ist einer der Schlüssel, um im Kampf gegen den Klimawandel erfolgreich zu sein. Allein in der Europäischen Union sind nach Schätzung der EU-Kommission Investitionen im Volumen von 180 Mrd. EUR pro Jahr erforderlich, um die CO₂-Reduktionsziele zu erreichen, auf die sich die Gemeinschaft im Klimaschutzabkommen von Paris verpflichtet hat.

Das jährliche BondGuide Nachschlagewerk 'Anleihen 2018' [https://www.goingpublic.de/wp-content/uploads/sites/2/_EPAPER_/epaper-BondGuide-Anleihen-2018/#0] kann als kostenloses e-Magazin bzw. pdf bequem heruntergeladen, gespeichert & durchgeblättert werden.

! Bitte nutzen Sie für Fragen und Meinungen Twitter – damit die gesamte Community davon profitiert. Verfolgen Sie alle Diskussionen & News zeitnaher auf [Twitter@bondguide](https://twitter.com/bondguide) [<https://twitter.com/bondguide>] !

„Asien ist mehr als nur China“

Bahren Shaari, Chef der Bank of Singapore, über die strategischen Ziele der in Luxemburg neu eröffneten Dependance

Interview: Nadia Di Pillo

Die Bank of Singapore will ihre Aktivitäten in Europa ausbauen – und setzt dabei vor allem auf ihre Luxemburger Tochtergesellschaft „BOS Wealth Management Europe“, die als erste Privatbank aus Singapur bereits seit Juli 2018 eine Luxemburger Lizenz hat. Im Zusammenhang mit der offiziellen Eröffnung am Dienstag erklärt Bahren Shaari, CEO der Bank of Singapore, im Gespräch mit dem „Luxemburger Wort“ die strategischen Ziele.

Bahren Shaari, die Bank of Singapore will künftig noch mehr Kunden in Europe gewinnen und setzt dabei auf Luxemburg. Warum?

Bis Juni 2018 haben wir die europäischen Kunden über die Londoner Niederlassung unserer Muttergesellschaft OCBC Bank betreut; das Geschäft entwickelte sich sehr positiv. Die Bank ist dann aber so schnell gewachsen, dass wir in der Niederlassung in Luxemburg eine Lösung gesehen haben. BOS Wealth Management Europe hat also jetzt den Hauptsitz in Luxemburg und eine Niederlassung in London. Durch diese Tochtergesellschaft haben wir nun die noch bessere Möglichkeiten, Ultra High Net Worth Individuals im gesamten europäischen Wirtschaftsraum und im Vereinigten Königreich zu betreuen. Dazu bieten wir ein umfassendes Angebot maßgeschneiderter Private-Banking-Lösungen und Anlageberatungsdienstleistungen an.

Sie wollen sich also auf den Kreis sehr vermögender Menschen konzentrieren. Wie sehen Sie die Wachstumschancen in diesem Segment?

Weltweit werden 71 000 Menschen diesem Kreis zugerechnet. Davon wohnen 35 Prozent in Europa, gefolgt von Nordamerika mit 26 Prozent und Asien mit 24 Prozent. Die Zahl der Superreichen wird in Europa in den kommenden fünf Jahren voraussichtlich um 24 Prozent zunehmen. Und: In Asien befinden sich die derzeit am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften weltweit. Kein Wunder, dass Vermögende zunehmend in Asien investieren wollen. Kunden wie diese bilden

den Kern unseres Geschäfts. Wir bieten ihnen eine breite Palette von Anlageprodukten und Leistungen an. So sind wir bereits jetzt in allen Schlüsselmärkten wie Südostasien, Großchina, dem Mittleren Osten und Europa mit rund 450 Kundenberater vertreten.

Umfasst ihr Geschäftsmodell noch andere Segmente?

Neben den vermögenden Privatpersonen setzen wir auch auf Family Offices und unabhängige Vermögensverwalter. In allen drei Bereichen laufen die Geschäfte seit Juni 2018 gut. Und damit sind die Potenziale noch nicht ausgeschöpft. Denn für unsere Kunden ist es reizvoll, einen anderen Blickwinkel zu bekommen.

Also die asiatische Sicht ...

Ja, und damit unterscheiden wir uns ganz klar von anderen Vermögensverwaltern. Wir sind in Asien zu Hause, wir kennen den Markt und die Spielregeln, wir wissen um die Chancen und Möglichkeiten. Für den, der an Geschäften auf dem asiatischen Markt interessiert ist, gibt es keine bessere Bank als eine asiatische.

Sieben chinesische Banken haben bereits ihre Europazentrale in Luxemburg. Welchen Mehrwert können Sie da noch bieten?

Die in Luxemburg bereits ansässigen chinesischen Banken haben ein anderes Geschäftsmodell als wir und sind nicht im Private Banking tätig. Und: Private Banking ist nicht nur China. Wir reden über Asien, Südostasien, die Philippinen mit rund 100 Millionen Einwohnern und 6,9 Prozent Wirtschaftswachstum. Dazu gehört auch Indien mit seinen 1,5 Milliarden Menschen und 6,5 Prozent Wirtschaftswachstum. Asien ist viel mehr als nur China, und es gibt unglaublich vielfältige Möglichkeiten in der ganzen Region. Unser Mehrwert zahlt sich gleich doppelt aus: Wir können unseren Kunden einerseits den Zugang zu globalen Produkten wie etwa die europäischen Aktien, die US-Aktien oder Anleihen ermöglichen. Andererseits bieten wir spezifische Dienstleistungen für Nischenmärkte in Asien – eine

riesige Region, in der wir uns eben sehr gut auskennen.

Wie entwickelt sich innerhalb Ihres Hauses und in Singapur allgemein die Vermögensverwaltungsbranche?

Das von uns verwaltete Vermögen ist von 22 Milliarden US-Dollar im Jahr 2010 auf 102 Milliarden US-Dollar Ende 2018 gestiegen – also um das Fünffache gewachsen. Auch in Singapur wächst die Branche rasant, die Konsolidierung hat sich beschleunigt. Im Ergebnis sind nur einige wenige der großen Player geblieben, die international agieren. Gründe dafür sind auch die jährlich steigenden Kosten für regulatorische Anforderungen. Und wir beobachten, dass die Banken ihre Geschäftsmodelle neu definieren und neue Technologie gezielt einsetzen. Banken in Singapur arbeiten viel mehr als früher mit neuen Finanztechnologien, den FinTechs zusammen.

Wie sicher ist Singapur, wenn es ums Geld geht?

Wie für den Luxemburger Finanzplatz ist das regulatorische Umfeld in Singapur sehr wichtig; Datenschutz und Anlegerschutz sind garantiert. Dies sind wichtige Kriterien für unsere Kunden. Wir nehmen die Regularien sehr ernst und achten sorgfältig auf die Umsetzung. Banken müssen sicherstellen, dass sie die richtigen Kunden haben, dass sie die richtigen Produkte verkaufen.

Kann man sagen, dass Luxemburg und Singapur auf dem gleichen Niveau liegen?

Ja, das kann man durchaus.

Welche andere Gemeinsamkeiten haben die beiden Finanzzentren?

Obwohl beide Länder im Vergleich zu ihren Nachbarn viel kleiner sind, haben sie sich erfolgreich als wichtige Wirtschaftsakteure in ihren jeweiligen Regionen etabliert. Sie gelten als effizient, geschäftsfreundlich und vertrauenswürdig. Hinzu kommen in beiden Ländern professionelle Mitarbeiter, das gut funktionierende Umfeld und die gute allgemeine Infrastruktur. Die Ähnlichkeiten

zwischen Singapur und Luxemburg waren Gründe für die Standortwahl unserer Europazentrale.

Lassen Sie uns den Bogen etwas weiter spannen. Welche Strategie verfolgt die Bank of Singapore global?

Im Private Banking ist es unser Ziel, uns auf die Märkte zu konzentrieren, in denen starkes Vermögenswachstum stattfindet – Europa, China, Nordasien, Südostasien. Wir planen nicht, eine Bank für die ganze Welt zu sein. Unser Ziel sind jene Märkte, in denen wir die Kunden verstehen und ihnen so beste Lösungen anbieten können. Darüber hinaus wollen wir nicht nur die Vermögensverwaltung, sondern auch andere Geschäftsleistungen anbieten, denn die Bank of Singapore ist Teil der OCBC Bank die stark kommerziell ausgerichtet ist. Schließlich wollen wir unseren Kunden zum Beispiel bei Direktinvestitionen in Unternehmen in Asien zur Seite stehen. Wie auch immer: Es geht uns immer um gute Produkte, gute Beratung. Das ist unsere Grundlage.

Über Bank of Singapore und OCBC Bank

Die Bank of Singapore ist die auf Private Banking spezialisierte Tochtergesellschaft der OCBC Bank. Die OCBC Bank ist die älteste Bank in Singapur. Sie ging 1932 aus der Zusammenlegung von drei lokalen Banken hervor, von denen die älteste 1912 gegründet wurde. Gemessen an den Vermögenswerten gilt sie als die zweitgrößte Finanzdienstleistungsgruppe in Südostasien und eine der am besten bewerteten Banken der Welt mit einem Aa1-Rating von Moody's. Die OCBC Bank und ihre Tochtergesellschaften bieten ein breites Spektrum an kommerziellen Bankdienstleistungen und spezialisierten Finanz- und Vermögensverwaltungsdienstleistungen, darunter Dienstleistungen für Privat- und Geschäftskunden, Anlagendienstleistungen, Private-Banking-Dienstleistungen, Transaction Banking, Treasury-, Versicherungs-, Anlageverwaltungsdienstleistungen und Wertpapierhandel. ndp

Trügerische Hoffnung

Private Banken rechnen mit Entlastung bei Minuszinsen. Optimismus dürfte verfrüht sein

Die Fastenzeit endet offiziell erst in zehn Tagen. Doch die privaten Banken feiern jetzt schon das Ende der Entbehrung. Zumindest die deutschen Institute. Sie hoffen darauf, dass die Europäische Zentralbank (EZB) ihnen nicht mehr auf sämtliche überschüssige Einlagen, die sie auf den Konten der Notenbank deponieren, Strafzinsen abknöpft. Schon auf der Sitzung am Mittwoch, so die Erwartung aus der Branche, werde die EZB ein klares Signal abgeben. Pro Jahr müssen allein die deutschen Finanzhäuser 2,5 Milliarden Euro zahlen. Europaweit kostet der Minuszins die Häuser fast acht Milliarden Euro.

Die Hoffnung darauf, dass diese Strafsummen künftig wegfallen könnten, sorgte an der Börse kurz vor der anstehenden Ratssitzung der EZB für Kursfantasie. Entsprechend gehörten die Bankaktien zuletzt zu den großen Gewinnern. Der Branchenindex EuroStoxx Banks gewann in den vergangenen zehn Handelstagen gut sechs Prozent an Wert, einzelne Papiere wie die Commerzbank legten sogar um mehr als sieben Prozent zu. Mario Draghi höchstpersönlich hatte die Vorfriede der Geldhäuser auf mildernde Umstände kürzlich geschürt. Auf einer Konferenz Ende März kündigte der EZB-Präsident überraschend an, die Banken gegebenenfalls zu entlasten. „Falls nötig, müssen wir über mögliche Maßnahmen nachdenken, wie die positiven Effekte

der negativen Zinsen für die Wirtschaft beibehalten und gleichzeitig die Nebenwirkungen, falls vorhanden, gemildert werden können“, sagte Draghi damals.

Seither wird darüber spekuliert, dass die EZB eine Art Staffelsystem bei den Einlagenzinsen einführen könnte. Falls es so käme, müssten die Geldhäuser nur noch auf einen Teil der bei der EZB geparkten überschüssigen Liquidität Strafzinsen zahlen. So würden die Banken entlastet. Japan und die Schweiz praktizieren ein solches System.

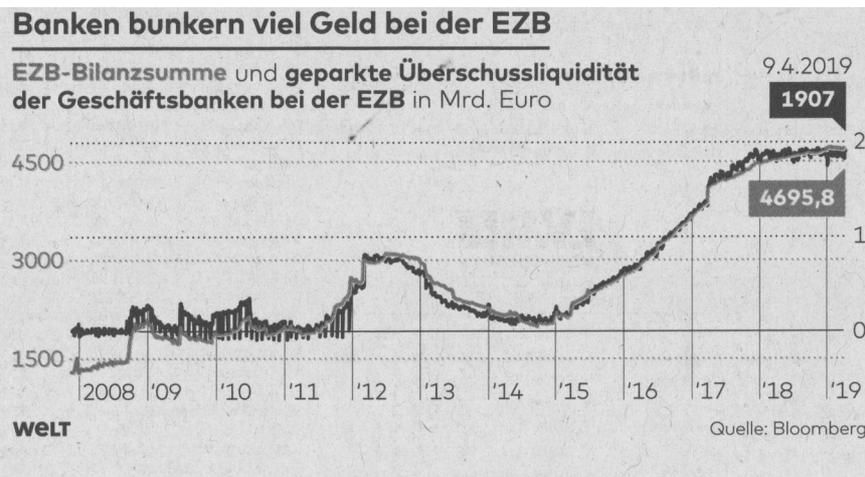
Sparer hingegen hätten wenig davon. Denn die Banken haben bereits durchblicken lassen, dass es ihnen um die Aufbesserung ihrer eigenen Erträge geht. Kunden könnten nicht damit rechnen, dass sich die Konditionen beim Tagesgeld oder auf Girokonten verbessern würden. So hatte der Präsident des deutschen Bankenverbandes in dieser Woche erklärt, dass es für Entlastungen der Kunden keinen Spielraum gebe. Unter EZB-Beobachtern herrscht allerdings Skepsis darüber, ob es wirklich so kommt. Zumal Draghi dem Vernehmen nach bei seiner Rede im März mit den Äußerungen zum Staffelszins zu weit vorgeprescht ist. So hätten interne Überlegungen dazu gerade erst begonnen. Es gebe noch keine spruchreifen Ergebnisse, hieß es.

Auch Analysten können den Optimismus der Banker nicht teilen. „Die EZB dürfte bei ihrer Sitzung eher eine abwartende Haltung einnehmen. Der EZB-Rat hat bereits im März die Geld-

politik maßgeblich gelockert. Weitere Maßnahmen sind daher unwahrscheinlich“, sagt George Buckley, Ökonom bei Nomura. „Wir erwarten nicht, dass EZB-Chef Draghi ein gestaffeltes System für die Banken einführt – schon gar nicht bei diesem Treffen.“ Ähnlich äußert sich auch Peter Schaffrik, Ökonom bei der kanadischen Bank RBC. „Draghi wird in punkto Staffelszinsen geradezu ‚gegrillt‘ werden.“ Abgesehen von Hinweisen dazu, dass es mit den internen Analysen vorangehe, sei mit keiner weiteren Information diesbezüglich zu rechnen. Der aktuellen Statistik zufolge halten die Banken bei der EZB derzeit 1,9 Billionen Euro Überschussliquidität. Das ist – ähnlich wie die Bilanzsumme der Notenbank – nahe am Rekordhoch. Auf diese knapp zwei Billionen Euro müssen die Banken derzeit 0,4 Prozent Strafzinsen zahlen. Pro Jahr kostet das die Branche daher besagte acht Milliarden Euro.

Die Geldhäuser sind auch deshalb so besorgt, weil sich die Konjunktur zusehends eintrübt. Sie befürchten, dass der Euro-Raum in eine Rezession abgleiten könnte. Erst am Dienstag hatte die französische Société Générale Massenentlassungen angekündigt. Minuszinsen würden – zusätzlich zu möglichen Abschreibungen auf das Kreditportfolio – zu einer gefährlichen Mischung für die Branche werden. „Uns interessiert vor allem, ob die EZB so wie wir eine Verbesserung in der Datenlage sieht“, sagt RBC-Ökonom Schaffrik. So gebe es zumindest einige Anzeichen dafür, dass es nach den jüngsten schwachen Konjunktur Nachrichten wieder aufwärts gehen werde. „Dennoch rechnen wir frühestens im Sommer 2020 mit der ersten Zinsanhebung durch die EZB.“ Die Zeit des Darbens, sie wäre dann für die Banken noch lange nicht vorbei. Und für Sparer erst recht nicht.

VON ANJA ETTTEL UND HOLGER ZSCHÄPITZ



Mersch wird Vize der EZB-Bankenaufsicht

fed – Der politische Einfluss von Luxemburgern auf die Geschicke der EU und des Euroraums ist seit jeher groß. Drei Mal – und damit mehr als jedes andere Mitgliedsland – stellte Luxemburg schon den Präsidenten der EU-Kommission, aktuell in Person von Jean-Claude Juncker. Und auch in der Europäischen Zentralbank (EZB) spielt ein Luxemburger eine bedeutsame Rolle: Yves Mersch ist seit Dezember 2012 Mitglied des EZB-Direktoriums.

Der 69-Jährige hat freilich schon lange zuvor im wichtigsten Gremium der Notenbank, nämlich im Governing Council, die Geldpolitik Euro-

pas mitbestimmt. Denn in seiner vierzehnjährigen Amtszeit als Gouverneur der Banque centrale du Luxembourg vertrat Mersch sein Heimatland im EZB-Rat – also bereits vom Start der EZB 1998 an. Entsprechend ist er der dienstälteste Teilnehmer der Runde, die gestern wieder über den geldpolitischen Kurs des Euro-Währungsgebiets entschieden hat.

Bis Ende nächsten Jahres wird sich Mersch aber nicht allein um Zinsen kümmern, sondern auch um Banken. Denn der EZB-Rat hat ihn als Nachfolger von Sabine Lautenschläger als Vizevorsitzenden des obersten Gremiums der EZB-Bankenaufsicht (Single Supervisory Board) vorge-

schlagen. Dieser Posten wird stets mit einem Vertreter des sechsköpfigen EZB-Direktoriums besetzt, bildet er doch die personelle Spange zwischen Geldpolitik und Aufsicht.

Der neue Posten dürfte Mersch liegen. Freundlich und stets argumentationsstark ist Mersch ein gesuchter Gesprächspartner, da er gut zuhört und seinen Standpunkt sehr klar macht – gute Voraussetzungen für einen effektiven Austausch mit Bankern. Zudem ist es für Mersch nichts Neues, sich um Kreditinstitute zu kümmern. In Luxemburg war er in verschiedenen Funktionen mit der Aufsicht über Banken und Börsen betraut. Und auch im EZB-Direktorium ist er qua Zuständigkeit für Rechtsfragen schon lange auch mit bankaufsichtlichen Themen befasst.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

TRANSPORT UND LOGISTIK

Transports / Mobilité - Commerce / Industrie / Artisanat

Cargolux erreicht neue Höhen

LOGISTIK Frachtfluggesellschaft konnte Gewinn kräftig steigern

Jean-Philippe Schmit

Die Cargolux konnte zum zweiten Jahr in Folge den Gewinn steigern. Laut Unternehmensangaben hat die Frachtfluggesellschaft im Jahr 2018 rund 211,2 Millionen Dollar erwirtschaftet.

„Cargolux schaffte ein hervorragendes Resultat“, sagt Richard Forson, CEO des Unternehmens. Trotz des konjunkturellen Einbruchs gegen Ende des vergangenen Jahres konnte der Gewinn um 72 Prozent gesteigert werden.

„Eine strenge Verwaltung der Kapazitäten, eine zunehmende Nachfrage nach Spezialtransporten und ein Rekordjahr bei unserer Charter-Abteilung haben ihren Teil zum Erfolg beigetragen“, erklärt der CEO. Sein Lob galt

auch der Mannschaft, die durch „harte Arbeit, Hingabe und ihr Wissen“ das Rückgrat des Erfolgs des Unternehmens darstelle.

Die Zahl der Blockstunden, also der Stunden, während der die Bremsblöcke von den Flugzeugreifen entfernt und die Maschinen somit in Betrieb sind – konnte um drei Prozent gesteigert werden. Die angebotene Beförderungsleistung betrug 12,3 Millionen Tonnenkilometer, davon wurden 8,4 Millionen tatsächlich erbracht. Das führt zu einem Ladefaktor von knapp 68 Prozent.

Dazu wurde viel Kerosin verbraucht. Rund die Hälfte der Kosten einer Airline werden für den Kraftstoff der Flugzeuge und das Gehalt der Crew ausgegeben.

Seit 2011 wird in Luxemburg mehr Flugzeugkraftstoff als Benzin für Autos verkauft.

Da sind die „15 verschiedenen Treibstoffsparprogramme“, die Cargolux zur Verbesserung seines ökologischen Fußabdrucks einführte, wohl auch mit einem wirtschaftlichen Blick von Interesse.

Seit 2016 konnte das Unternehmen 6.270 Tonnen des fossilen Kraftstoffes einsparen und produzierte somit 16.750 Tonnen weniger CO₂. „Dies trotz Wachstums“, freut sich das Unternehmen. Aus ethischen Gründen verzichtet die Fluggesellschaft zudem seit verganginem Jahr auf Transporte von „kontroversen Gütern“ wie z.B. Jagdtrophäen und Löwenknochen.

tageblatt du 25.04.2019 / page 12

Transports / Mobilité - Commerce / Industrie / Artisanat

So viel wie noch nie

Cargolux schlägt mit dem Gewinn von 2018 das Rekordergebnis des Vorjahres

Luxemburg. Während die Verhandlungen zum neuen Kollektivvertrag stocken, und das Schlichtungsbüro eingeschaltet wurde, hat Luxemburgs Frachtairline Cargolux einen neuen Rekordgewinn zu vermelden. Dabei wurde der bisherige Höchststand vom Jahr 2017

im vergangenen Jahr mit einem Nettogewinn von 211 Millionen US-Dollar (rund 189 Millionen Euro) deutlich getoppt.

Cargolux-Chef Richard Forson kann zufrieden sein: Die vor zwei Jahren gestartete Strategie zur Effizienzsteigerung und Kostenmi-

nimierung scheint sich bezahlt zu machen. Doch von rosigen Aussichten möchte Forson nicht sprechen: Denn die Konjunktur trübte sich schon Ausgang letzten Jahres ein, und mit dem Brexit sowie dem noch immer nicht gelösten Handelskonflikt zwischen China und

den USA schwelt potenzielle Gefahr.

Genutzt hat die Frachtairline die gute Zeit allerdings klug, indem Schulden abgebaut, neue Strategien eingeleitet und die Reserven ausgebaut wurden. Wie das den Mitarbeitern zugute kommt, muss sich nun zeigen: Das nächste Treffen mit den Personalvertretern ist für Freitag anberaunt. MeM

Luxemburger Wort du 25.04.2019 / page 1

Cargolux meldet wieder Rekordergebnis

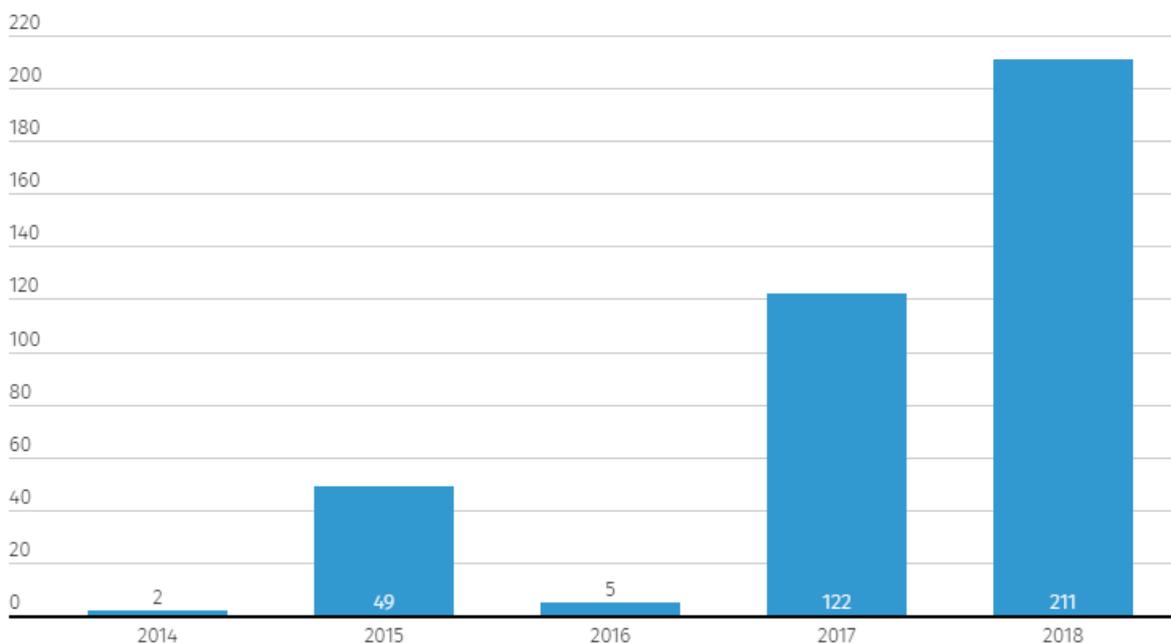
So viel wie 2018 hat Luxemburgs Luftfrachtgesellschaft noch nie verdient - fest steht aber schon: Das laufende Jahr wird weniger gut.

Cargolux gibt das zweite Rekordjahr in Folge bekannt: Nach dem besten Ergebnis in der Firmengeschichte 2017 hat Cargolux das Ergebnis voriges Jahr getoppt und einen neuen Rekordgewinn eingefahren: **211 Millionen US-Dollar blieben netto übrig**, wie die Luxemburger Luftfrachtgesellschaft am Mittwoch mitteilte.

„Das vergangene Jahr war für Cargolux sehr gut. **Es gab keinen einzigen Monat, in dem wir keinen Gewinn machten**“, so Cargolux-Verwaltungsratspräsident Paul Helminger. Richard Forson, Chef der Luftfrachtgesellschaft, verweist darauf, dass für das laufende Jahr mit einem solchen Ergebnis nicht gerechnet werden kann. Schon im zweiten Halbjahr 2018 habe man eine schwächere Nachfrage verspürt.

Neues Rekordergebnis

So viel Geld wie 2018 verdiente Cargolux noch nie.



in Mio. USD

Quelle: Cargolux

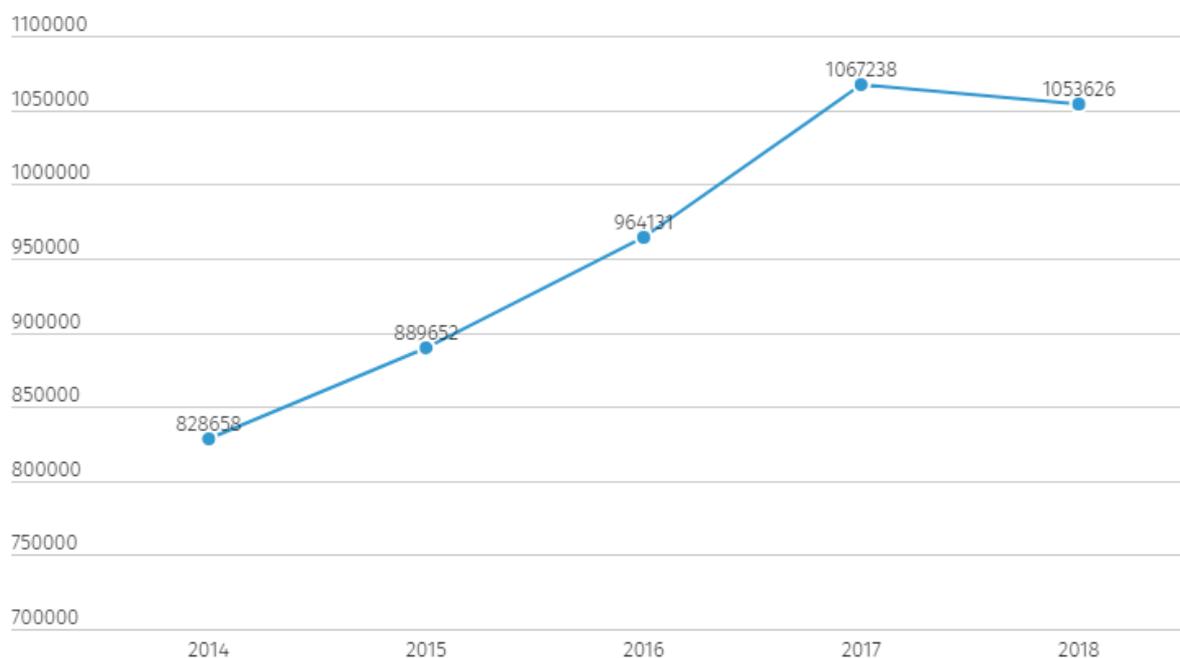
Wegen der **geopolitischen Unsicherheiten** – neben dem Brexit vor allem der noch immer andauernde **Handelskonflikt zwischen China und den USA** – wurde das Projekt eines Gemeinschaftsunternehmens mit dem chinesischen Hauptaktionär HNCA, **Cargolux China**, vorerst „auf Eis“ gelegt.

China, Asien und Transatlantikflüge sind für Cargolux wichtig. Letztes Jahr wurde eine neue Direktverbindung zwischen Luxemburg und Tokio gestartet, 17 Mal in der Woche fliegen Cargolux-Flugzeuge zwischen China und den USA, neun Flüge pro Woche finden zwischen Luxemburg und Hong Kong statt.

Der Rekordgewinn 2018 ist gegenüber dem Ergebnis von 2017 mit 122,3 Millionen US-Dollar eine Steigerung um 73 Prozent. Und das, obwohl das geflogene Frachtvolumen mit 1,05 Millionen Tonnen gegenüber dem Vorjahr annähernd gleichgeblieben war.

Frachtvolumen

Die Frachtmenge blieb 2018 annähernd wie 2017.



in Tonnen

Quelle: Cargolux

Maxime Strauss, Finanzchef von Cargolux, liefert die Erklärung: „Wir legten den Fokus auf die Einnahmen. **Einkommensoptimierung war das Ziel.**“ Das bedeutet, es wurden vor allem Güter mit hoher Gewinnspanne geflogen, die Flüge optimiert, so dass weniger Landungen und Landegebühren nötig waren, zudem hat Cargolux am Spritverbrauch gearbeitet und so 6000 Tonnen Treibstoff einsparen können.

Während bei den meisten Airlines letztes Jahr sich die Gewinnmarge verschlechterte, konnte Cargolux sie durch verschiedene Massnahmen verbessern und sogar den Schuldenstand um vier Prozent senken. Was die Verhandlungen zum neuen Kollektivvertrag betrifft, so sei man weiter in Verhandlungen mit den Personalvertretern, erklärt Forson. Diesen Freitag und kommende Woche Donnerstag werde man sich wieder für weitere Gespräche treffen.

Vernetzte Bahnen

Technologiezentren, Teststrecken, Inkubator, 5G:
Über mehrere Projekte will die Großregion attraktiver
werden für den Automobilsektor

LUXEMBURG Smart hat vergangene Woche sein Joint Venture mit dem chinesischen Großaktionär Geely bekannt gegeben. Die nächsten Smart rollen aus einer chinesischen Fabrik. In „Smartville“ im lothringischen Hambach aber werden der E-Fortwo und ein E-SUV unter der Marke „EQ“ gefertigt. Daimler will hier an Künstlicher Intelligenz (KI) im Auto arbeiten und Hydrogenantriebe testen. Hambach war vor 20 Jahren als Autoproduktion mit ganz neuem Konzept gepriesen worden.

ZF hat vor zwei Wochen in Saarbrücken die Gründung eines Technologiezentrums für KI und Cybersecurity angekündigt. In einem weltweiten Netzwerk entwickelt der Technologiekonzern bereits Anwendungsmöglichkeiten für die Produktion und Dienstleistungen. In dem neuen „ZF AI & Cybersecurity Center“ bündelt ZF nun seine Aktivitäten. Rund hundert Experten will das Unternehmen, dessen Hauptsitz sich in Friedrichshafen am Bodensee befindet, einstellen.

In Wallonien hat Caterpillar seine Fabrik in Gosselies zwar geschlossen. Doch im Oktober 2018 übernahmen Chinesen das Werk, um dort als „Thunder Power Electric Vehicle“ kleine E-Autos für den europäischen Markt herzustellen. Ab 2020 sollen rund 30.000 E-Flitzer pro Jahr vom Band laufen. Dafür hat die Region 50 Millionen Euro locker gemacht.

Die drei Beispiele zeigen: Es rollt in der Großregion. Über 500 Unternehmen aus dem Automobilsektor sind in Luxemburg, Lothringen, dem Saarland, Rheinland-Pfalz und Wallonien aktiv. Und es sollen noch weit werden, wenn es nach der Politik geht. Die unternimmt nun gemeinsame Anstrengungen.

Grenzübergreifende Teststrecke

So findet am heutigen Mittwoch ein Gipfel statt, auf dem unter dem Namen „cross-border digital test bed“ offiziell ein Testgebiet für automatisiertes und vernetztes Autofahren vorgestellt wird. Es umfasst das Dreiländereck Deutschland, Luxemburg und Frankreich. Immerhin vier Verkehrsminister präsentieren es. Es geht darum, eine Teststrecke von Luxemburg über Merzig und Saarbrücken bis nach Metz und von dort wieder nach Luxemburg zu haben, auf der automatisiertes Fahren grenzüberschreitend getestet werden kann. „Wir sind das erste grenzüberschrei-

tende Testfeld in Europa überhaupt“, sagte Verkehrsminister François Bausch der Deutschen Presse-Agentur. Bislang arbeiten Siemens, die luxemburgische POST und der französische Autohersteller PSA mit. Zu der Veranstaltung werden außer Bausch und dem deutschen Verkehrsminister Andreas Scheuer auch die französische Verkehrsministerin Elisabeth Borne und ihre saarländischen Kollegin Anke Rehlinger (SPD) erwartet.

Diese enge Verzahnung ist typisch für die Zusammenarbeit in der Großregion. „Luxemburg Automotive ist klein, hat aber ein paar sehr interessante Unternehmen“, sagt Joost Ortjens. „Wir sind als Region signifikant größer und stärker. Wir verfügen zusammen über rund 500 Unternehmen aus dem Automobilsektor, dazu rund 15 Forschungsinstitute.“ Er ist bei der staatlichen Innovationsagentur Luxinnovation Leiter des Bereichs „International Business Development Automotive“.

Vor einigen Jahren ist die A9 zwischen München und Nürnberg als erste digitale Teststrecke für automatisiert fahren ausgestattet worden. In diese Teststrecke wurde damals alles an Sensorik und Kommunikationstechnologie eingebaut, was der Markt hergab, weil unbekannt war, welche Unterstützung automatisierte Fahrzeugen brauchen.

„Unsere Strecke ist komplexer, sie führt durch drei unterschiedliche Länder mit unterschiedlichen Straßenschildern und unterschiedlichem Straßenbau, und dazu wechselnden Mobilfunknetzwerken“, erklärt Ortjens. Die Großregion habe von der A9 gelernt, dass man nicht alles machen müsse, was an Sensorik und Kommunikationstechnologie verfügbar sei. Darüber hinaus habe sich die Fahrzeugtechnik weiterentwickelt. „Unsere Strecke ist sehr gut geeignet, um die letzten technologische Ansätze in einer herausfordernden grenzüberschreitenden Umgebung zu erproben“ ist Ortjens überzeugt.

Nächste Generation Mobilfunknetz – 5G

Um 5G für europäische Grenzüberschreitende Konnektivität zu entwickeln, ist das EU Projekt „5GCroGo“ lanciert worden. Hinter dem Akronym verbirgt sich „5G Crossborder Control“, zu dessen Zielen auch die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle zählt. An dem EU-Projekt beteiligt sind die POST Luxembourg, Deutsche Telekom, Ericsson, Huawei, Nokia, Orange, PSA, Renault, Robert Bosch, Volkswagen, Volvo sowie weitere Unternehmen und Hochschulen. „Die Entwicklungspartner in 5GCroCo haben schon entschieden, Luxemburg und die Großregion als Testplatz zu nutzen. Und

wir denken, dass weitere hinzukommen“, sagt Ortjens.

Wenn Ortjens Unternehmen für die Großregion interessieren will, dann greift immer noch das Argument des leichten Zugangs zu großen Märkten wie Deutschland, Frankreich und Benelux von einem Standort aus. „Denn meist kommen kleinere Unternehmen, die sich keine zehn Büros leisten können“, argumentiert der Marktkenner. Das hat beispielsweise „Civil Maps“ überzeugt. Das Unternehmen aus dem Silicon Valley ist im Bereich Datenverarbeitung und Karten aktiv und kam in diesem Jahr her.

Ebenso wie SDAAC Automotive Air-Conditioning Systems Co., Ltd. aus Shanghai, die bereits rund 70 Mitarbeiter hier beschäftigen, oder Ujet aus Foetz, die faltbare E-Roller herstellen.

Automotive Campus und Inkubator in Bissen

Ein weiteres Argument, das sie lockt, ist Bissen. Dort entsteht auf 14 Hektar der „Luxembourg Auto-

motive Campus“ oder „Innovation Campus“, bei dem Goodyear und IEE schon sehr engagiert sind und IEE noch in diesem Jahr umziehen will. 2018 war Richtfest. „Dort plant das Wirtschaftsministerium gemeinsam mit Technoport einen Inkubator für Mobilität, in dem kleinere Unterneh-

men die Möglichkeit haben, sich niederzulassen“, verrät Ortjens. Goodyear arbeitet an der Darstellung des Fahrverhaltens, modelliert und simuliert sozusagen die Straßenlage, bevor die eigentliche Reifenentwicklung beginnt.

Für viele Unternehmen empfiehlt sich eine Zusammenarbeit mit der Universität Luxemburg, glaubt der Manager von Luxinnovation. Denn die Universität Luxemburg kann mit Computer Science, die das „Interdisciplinary Centre for Security, Reliability and Trust“ (SnT) abdeckt, punkten. Weitere Institute welche in Computer Science aktiv sind, sind das Helmholtz-Zentrum für Informationssicherheit (CISPA) in Saarbrücken und das ebenfalls dort beheimatete „Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz“ (DFKI). Luxemburg lockt auch noch mit dem Zentrum für „High Performance Computing“, einem EU-Projekt, wofür bald die ersten Ausschreibungen starten sollten.

Schneller geht es mit dem Verkehr. Bis spätestens 2020 will das Großherzogtum die gesamten Daten des öffentlichen Verkehrs in Echtzeit gratis verfügbar machen. Schon in diesem September solle es eine App geben, die den gesamten Straßenverkehr in Echtzeit darstellt und individuell die besten Transportvorschläge macht, ähnlich der norwegischen App „ruter“ der gleichnamigen Verkehrsbetriebe in Oslo. Ab 2030 soll es in Luxemburg nur noch E-Busse geben. Genug Gründe, findet Ortjens, um die Großregion interessant als Standort für Unternehmen aus dem Automobilssektor zu machen.

CORDELIA CHATON

Wie von Geisterhand

Autonomes Fahren: Startschuss der ersten grenzüberschreitenden Teststrecke in Schengen

Von Mara Bilo

Schengen. Keine Unfälle, kein Stress, keine Staus – die Zukunft der Auto-Mobilität klingt vielversprechend. Selbstfahrende Autos sollen die Lösung sein, und Computer machen es möglich. Das Ziel: Selbstständig und ohne Fahrer sollen Fahrzeuge bald in der Lage sein, sich durch das Verkehrschaos zu schlängeln. Und um das im grenzüberschreitenden Straßenverkehr zu testen, haben sich Luxemburg, Deutschland und Frankreich zusammengeschlossen, um im Dreiländereck die Voraussetzungen für die Mobilität der Zukunft zu schaffen.

Der Grundstein für das Projekt wurde vor zwei Jahren gelegt – bereits im September 2017 hatten Luxemburg, Deutschland und Frankreich vereinbart, ein Testfeld für automatisiertes und vernetztes Fahren zu schaffen. Gestern war es nun so weit: In Schengen gaben Wirtschaftsminister Etienne Schneider, Transportminister François Bausch, der deutsche Minister für Verkehr und digitale Infrastruktur Andreas Scheuer, die französische Verkehrsministerin Elisabeth Borne und die saarländische Verkehrsministerin Anke Rehlinger den Startschuss für die ersten grenzüberschreitenden Teststrecken.

Das Versuchsgebiet erstreckt sich über den Süden Luxemburgs, die Region Lothringen in Frankreich und Teile des Saarlandes. Konkret geht es darum, Unternehmen, Universitäten und Forschungsinstituten die Möglichkeit zu geben, ihre Mobilitätskonzepte realitätsnah zu testen. „Die Industrie, Forschung und Wissenschaft kann so neue Technologien unter realen und grenzübergreifenden Bedingungen auf allen

Straßenarten erproben“, hieß es gestern von den Regierungsvertretern der drei Länder. „Die Erkenntnisse werden helfen, neue Möglichkeiten im öffentlichen Personennahverkehr zu eröffnen“. Davon soll künftig in erster Linie der Pendlerverkehr profitieren: Immerhin sind täglich etwa 230 000 berufstätige Grenzpendler in der Großregion unterwegs.

5G und Minibusse

Und so wurden gestern in Schengen auch erste konkrete Mobilitätsprojekte vorgestellt. „5GCroCo“ ist eines davon: Das europäische Projekt zielt darauf ab, die Technologie der fünften Mobilfunkgeneration 5G zu testen, da die Vernetzung der verschiedenen nationalen Mobilfunksysteme eine Voraussetzung für grenzüberschreitendes autonomes Fahren ist. Die luxemburgische Post beteiligt sich mit 23 anderen Partnern an diesem Projekt, wie Cliff Konsbruck, Direktor der Post, erklärt: „Post Luxembourg ist für die Planung und den Betrieb der Teststrecke in Luxemburg verantwortlich.“ Finanziell wird das über drei Jahre laufende „5GCroCo“-Projekt von der Europäischen Kommission mit etwa 13 Millionen Euro unterstützt; insgesamt sollten die 5G-Tests im Zusammenhang mit autonomem Fahren im Dreiländereck 17 Millionen Euro kosten.

Ein weiteres Beispiel ist das sogenannte „Terminal“-Projekt. Ziel des mit europäischen Mitteln geförderten Unterfangens ist es, automatisierte, elektrisch betriebene Minibusse im grenzüberschreitenden Pendlerverkehr einzuführen. Zu den Partnern des Projektes zählt die Universität Luxemburg; bis Ende 2021 sollten erste Ergebnisse vorliegen.

Derzeit sind nur bei diesen zwei europäischen Projekten luxemburgische Unternehmen vertreten, wie Anthony Auert, Clustermanager für Automobilität bei der nationalen Agentur für Wirtschaftsförderung Luxinnovation, erklärt: „Unsere Rolle ist es aber, weitere Projekte mit anderen Unternehmen auf die Beine zu stellen.“

Eine europäische Premiere

In der Praxis wird autonomes Fahren in Europa bereits getestet – unter anderem auf den deutschen Straßen, beispielsweise auf der Autobahn A9 zwischen München und Ingolstadt. Bei dem in Schengen vorgestellten Testgebiet handelt es sich im Gegensatz dazu aber um das erste „grenzüberschreitende Versuchsfeld“, wie Wirtschaftsminister Schneider betont. Der zentrale Ansatz ist es, die verschiedenen Infrastrukturen zwischen den drei Ländern – sprich unterschiedliche Verkehrsampeln, Schilder und Mobilfunksysteme – auf Kompatibilität zu testen.

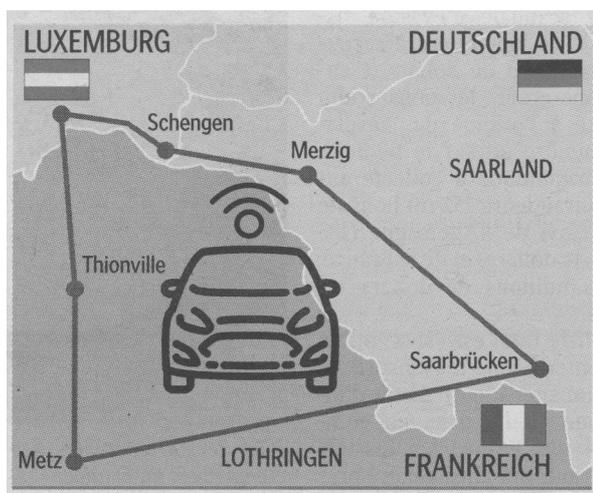
Die selbstfahrenden Autos wer-

den auch im ganz normalen Berufsverkehr zwischen Schengen, Saarbrücken und Metz unterwegs sein. Wer während der kommenden Jahre auf den ausgewiesenen Teststrecken ganz konventionell unterwegs ist, muss sich aber keine Sorgen darüber machen, dass die selbstfahrenden Autos zu einer Gefahr werden können. Am Steuer all dieser Fahrzeuge wird bis auf Weiteres immer ein Fahrer dabei sein, erklärt Schneider. „Die Technik ist noch nicht so weit entwickelt; es muss jemand da sein, der eingreifen kann.“ Transportminister Bausch schätzt seinerseits, dass autonome Fahrzeuge von 2035 an auch für Endverbraucher auf dem Markt sein werden. „Die ersten, die fahrerlos unterwegs sein werden, sind wahrscheinlich Taxigäste.“

Die Zahl des Tages

206

Die Strecke, auf der autonomes Fahren getestet werden wird, ist 206 Kilometer lang.



Innovation im Dreiländereck

SCHENGEN Erstes grenzüberschreitendes Testfeld für autonomes, vernetztes Fahren in Europa

Melody Hansen

Im Jahr 2030 ist der Autofahrer nur noch Passagier seines eigenen Fahrzeugs. Dann sollen autonome Fahrzeuge die Norm sein. Diese Prognose wagt Verkehrsminister François Bausch. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung war der Projekttag am Mittwoch, bei dem das erste Testfeld für automatisiertes und vernetztes Fahren von den zuständigen Ministern aus Deutschland, Frankreich und Luxemburg in Schengen präsentiert wurde.

Schengen gilt als Symbol des freien Verkehrs. Mit mehr als 200.000 Grenzgängern, die jeden Tag nach Luxemburg kommen, und insgesamt 50 Millionen Pendlern in der Großregion ist dieser Verkehr längst nicht mehr frei. Staus und Unfälle sind ein enormer Stressfaktor im Alltag der meisten. Auf der Suche nach Lösungen haben sich Luxemburg, Deutschland und Frankreich zusammengetan, denn sie haben die Vision des grenzüberschreitenden, automatisierten und vernetzten Fahrens.

Um dieser Vision ein wenig näher zu kommen, wurde am Mittwoch das erste grenzüberschreitende Testfeld in Europa eingerichtet. Der Eingang zum „Schengener Haff“ wurde abgesperrt. Von hier aus erstreckte sich besagtes Testfeld von der luxemburgischen Seite aus über Frankreich und Deutschland zurück nach Schengen. Der perfekte Ort, um autonome, miteinander vernetzte Autos erstmals in einer Alltagssituation zu testen. Denn jedes Land im Dreiländereck hat seine eigenen Verkehrsregeln, Beschilderungen und Wegmarkierungen.

Technische

Herausforderung

Eine technische Herausforderung, derer sich unter anderem das französische Institut Vedecom („Institut du Véhicule décar-

boné et communicant et de sa mobilité“) angenommen hat. Mit dem Projekt TRIICA (Test and Research on Intelligent Infrastructure for Collaborative Autonomous driving), sammeln sie Daten zu so vielen Alltagssituationen auf der Straße wie möglich. „Das ist eine große Herausforderung“, sagte Vedecom-CEO Philippe Watteau am Mittwoch. Bisher seien von der Forschungsgruppe bereits über eine Million Kilometer in 17 EU-Ländern und in allen erdenklichen Situationen mit autonomen Autos zurückgelegt worden.

Watteau zufolge gebe es weltweit drei Tendenzen, in die sich der autonome und vernetzte Verkehr entwickelt. In den USA befinde sich die gesamte Technik, die es hierfür braucht, im Auto. In China setze man auf Technik außerhalb des Autos – im Straßennetz. Europa hingegen bediene sich beider Prinzipien und liege damit laut Watteau im Vorteil. Die neuen Technologien führen zu einer radikalen Veränderung im Verkehr. Davon sprach Vizepremierminister Etienne Schneider (LSAP) in der Diskussionsrunde der Politiker. Das Testfeld, das in Schengen eingerichtet wurde, verkörpere den gemeinsamen Wunsch von Deutschland, Frankreich und Luxemburg, diese neuen Technologien unter realen Bedingungen zu testen.

Der deutsche Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, Andreas Scheuer (CSU), betonte, wie wichtig es sei, den Bürgern die Angst vor der neuen Technologie zu nehmen. Er selbst sowie die ebenfalls anwesende Ministerin für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr aus dem Saarland, Anke Rehlinger (SPD), seien noch am selben Morgen mit einem selbst fahrenden Auto vom Flughafen zum Ministerium gefahren. „Wir können es schon, wir brauchen nur ein besseres Marketing“, lautete sein Fazit.

Vertrauen in autonomes Fahren schaffen

Auch Elisabeth Borne (LREM), die französische Ministerin für Verkehr, ist sich bewusst, dass die Menschen der Technik nicht trauen. „Wir müssen jetzt durch Tests beweisen, dass sie ihr trauen können.“ Der luxemburgische Verkehrsminister François Bausch („déi gréng“) spricht davon, dass bereits 2030 autonome Fahrzeuge auf den Straßen unterwegs sein würden – solche, die noch ein Lenkrad haben und bei denen der Mensch eingreifen kann.

2040 dann, so Bausch, würden die Autos komplett selbstständig fahren. Ein Lenkrad werde es nicht mehr geben. Wir seien heute in einer Übergangsphase, schließlich greifen neue Automodelle bereits „autonom“ ein. Sie bremsen zum Beispiel, wenn sie ein Hindernis erkennen. Bausch spricht sich sogar klar dafür aus, dass diese Technik Vorschrift wird. Die Automatisierung sieht er als einzigen Weg hin zur „Vision zéro“ von null Toten im Straßenverkehr. „Es ist traurig, dass wir auf die Automatisierung warten müssen, um den Menschen zu erziehen“, so Bausch. Das Saarland will das Bundesland sein, so Anke Rehlinger, in dem das Auto der Zukunft gebaut wird. Sie betonte, dass es sich bei dieser Entwicklung nicht um Innovation bloß der Innovation wegen handele. Durch die Automatisierung und die Vernetzung falle die Parkplatzsuche weg und es gebe auch weniger „Stop and Go“, was sich positiv auf die Umwelt auswirke. Außerdem sei es ein wichtiger Beitrag zur Sicherheit.

Wir können es schon, wir brauchen nur ein besseres Marketing

Der deutsche Bundesminister für Verkehr, Andreas Scheuer, über autonomes Fahren

Transports / Mobilité - Économie / Finances

Erste Tests

Seit Jahren spricht LSAP-Wirtschaftsminister Etienne Schneider davon, Luxemburg werde zum „Testbed“ für neue digitale Anwendungen entwickelt. Am Mittwoch fanden in Schengen die ersten Testfahrten für vernetzte Autos statt. Damit will ein deutsch-französisch-luxemburgisches Konsortium im Dreiländereck vor allem

ermitteln, wie Autos, die eines Tages autonom fahren sollen, in 5G-Netzwerken so zusammengeschaltet werden können, dass auch beim Übergang vom 5G-Netz des einen Landes in das eines Nachbarlandes die Verbindung garantiert nicht abreißt und stets eine Echtzeitverbindung zwischen dem Fahrzeug und Sensoren in der Straßen-

infrastruktur gewahrt bleibt. Die ersten Tests am Mittwoch fanden mit großem Bahnhof statt; Wirtschaftsminister Schneider und Mobilitätsminister François Bausch (Grüne) empfingen die Verkehrsminister aus Paris und Berlin sowie die saarländische Wirtschafts- und Verkehrsministerin (Foto: Luxinnovation). pf

d'Lëtzeburger Land du 05.04.2019 / page 4

Transports / Mobilité - Commerce / Industrie / Artisanat

Zug nach China ist unterwegs

Die Bettemburg-Chengdu-Eisenbahnverbindung muss sich wirtschaftlich lohnen

Bettemburg. Es ist so weit: Der Startschuss für den ersten direkten Güterzug von Luxemburg nach China wurde gestern in Bettemburg gegeben. Mit einem Ziel: Chengdu, die Hauptstadt der Provinz Sichuan. Dort soll der Zug voraussichtlich am 19. April eintreffen – so beträgt die gesamte Fahrzeit etwa 15 Tage. Dabei handelt es sich um eine große logistische Herausforderung; immerhin müssen die in Bettemburg auf den

Schienen gebrachten Waggonen mehr als 10 000 Kilometer quer durch Europa und Asien zurücklegen.

Allerdings handelt es sich bei diesem Zug um eine Testfahrt, erklärt Barbara Chevalier, Direktorin für Strategie und Geschäftsentwicklung bei CFL Multimodal. „Erst zu einem späteren Zeitpunkt – voraussichtlich Anfang Juni – wird eine regelmäßige Verbindung eingerichtet.“ Der Grund da-

für ist wirtschaftlicher Natur: Um die Verbindung zu betreiben, benötigt es nicht nur Ladung für die Fahrt von China nach Europa, sondern auch für den Weg von Luxemburg nach Chengdu.

Das Projekt einer direkten Verbindung mit China steht schon seit Langem zur Diskussion; bereits im Jahr 2016 hatte die luxemburgische Regierung eine Absichtserklärung über die Eisenbahnverbindung unterzeichnet. mbb

Luxemburger Wort du 05.04.2019 / page 1

Die Seidenstraße beginnt in Bettemburg

Startschuss für den ersten direkten Zug nach China – Mehr als 10 000 Kilometer bis zum Ziel

Von Mara Bilo

Bettemburg. 15.59 Uhr, es ertönt ein lautes Hupsignal. Wie gebannt schauen etwa 90 Menschen auf den mit Blumen und Fahnen geschmückten Zug, der gerade aus dem Intermodalterminal in Bettemburg-Düdelingen abfährt. Es handelt sich nämlich dabei um einen speziellen Zug: Nach Monaten harter Arbeit und Vorbereitungen ist der Direkt-Zug, der Luxemburg mit China verbinden soll, endlich unterwegs. Mit einem Ziel: Chengdu, die Hauptstadt der Provinz Sichuan.

Gestern wurde mit feierlichem Empfang, Røden und Sekt der Startschuss für diese erste direkte Containerverbindung gegeben; mit von der Partie waren CFL-Generaldirektor Marc Wengler, Vizepremier Félix Braz und Yin Li, Gouverneur der chinesischen Provinz Sichuan. Mehr als 10 000 Kilometer werden die in Bettemburg auf die Schiene gebrachten Waggons zurücklegen müssen: Von Bettemburg aus geht es über Deutschland nach Malaszewicze in Polen, weiter nach Brest in Weißrussland, dann nach Dostyk an der Grenze zwischen Kasachstan und China, und schließlich nach Chengdu – dort sollte der Zug voraussichtlich am 19. April eintreffen; die gesamte Fahrzeit beträgt etwa 15 Tage. Ein einziger Zug wird die gesamte Fahrt nicht zurücklegen. Wegen unterschiedlicher Spurbreiten unter anderem in Russland und China müssen die Container dort auf einen anderen Zug geladen werden.

Es handelt sich dabei allerdings um einen Test-Zug, wie Barbara Chevalier, Direktorin für Strategie und Geschäftsentwicklung bei CFL Multimodal, betont. „Erst zu einem späteren Zeitpunkt – voraussichtlich Anfang Juni – wird eine regelmäßige Verbindung eingerichtet. Ein konkretes Datum steht bislang noch nicht fest.“ Sollte sich die Testfahrt als Erfolg entpuppen, wird ein Zug einmal pro Woche die Reise von Europa nach China antreten. Ein weiterer Zug wird einmal pro Woche im Intermodalterminal in Bettemburg-Düdelingen eintreffen. Betrieben wird der Zug von der chinesischen Firma „Chengdu International Railway Service Co.“ (CDIRS).

Medizinische Geräte und Elektronik

Der Grund für die spätere Einrichtung der regelmäßigen Verbindung ist wirtschaftlicher Natur, denn: Um die Ver-

bindung zu betreiben, benötigt es nicht nur Ladung für die Fahrt von China nach Europa, sondern auch für den Weg von Luxemburg nach Chengdu. „Die wirtschaftliche Aktivität in Luxemburg reicht nicht aus“, so Barbara Chevalier. Sie sieht aber Kundenpotenzial unter anderem in Frankreich und Spanien – also dort, wo die Filiale CFL Multimodal der CFL-Gruppe bereits tätig ist. „Der Konkurrenzdruck ist groß“, beschreibt sie die Situation. „Direkte Eisenbahnverbindungen gibt es ja bereits zwischen China und Europa. Chinas erster Handelspartner in Europa heißt Deutschland.“ Regelmäßiger Containerverkehr zwischen China und dem größten Binnenhafen Europas, Duisburg, besteht tatsächlich schon seit der Jahrtausendwende.

Der gestern abgefahrene Zug wurde nun mit Waren von 15 Kunden geladen, „davon sind mehr als die Hälfte luxemburgische Unternehmen“, erklärt die Direktorin für Strategie und Geschäftsentwicklung. Die Firmen Villeroy & Boch, DuPont, IEE und Fresenius zählen zu den ersten Kunden; so wurden medizinische Geräte, Elektronik, Keramik und andere Güter wie Wein gestern nach China geschickt.

Lange Vorbereitungen

Bereits seit 2016 wollen die Luxemburger ihren direkten Zug nach China; damals hatte die luxemburgische Regierung eine Absichtserklärung über die Eisenbahnverbindung unterschrieben. Es standen noch mehrere Strecken zur Diskussion, unter anderem eine Route zwischen Zhengzhou in der chinesischen Provinz Henan – dort, wo auch die luxemburgische Luftfrachtgesellschaft Cargolux Geschäfte macht – und Bettemburg. „Parallel dazu haben wir aber auch Gespräche mit Chengdu geführt; sie haben sehr schnell ihr Interesse gezeigt“, erklärt Barbara Chevalier.

„One Belt, One Road“

Dass China an einer engeren Zusammenarbeit mit Luxemburg Interesse hat, ist klar: Die Regierung investiert seit Jahren in einem Infrastrukturprojekt, das darauf abzielt, Handelswege entlang der alten Seidenstraße – also zwischen China und anderen Ländern in Europa, auch Asien und Afrika – zu schaffen. Das Projekt läuft unter dem Namen „Neue Seidenstraße“, oder „One Belt, One Road“-Initiative („Ein Gürtel, ein Weg“). Die gestern gestartete direkte Contai-

nerverbindung zeigt, dass China die Zusammenarbeit auch mit Luxemburg weiter ausbauen möchte. *mbb*

Drei Fragen an

Barbara Chevalier

Barbara Chevalier ist Direktorin für Strategie und Geschäftsentwicklung bei CFL Multimodal – sie hat das Projekt der Luxemburg-Chengdu-Eisenbahnstrecke geleitet.

1. Barbara Chevalier, wie viel kostet es, einen Container nach China zu schicken?

Das ist schwer zu sagen. Außerdem ist es der Betreiber der Verbindung – in diesem Fall die chinesische Firma CDIRS –, der die Preise festlegt. Die Marktpreise ändern sich von Monat zu Monat: Ich würde sagen, dass die Reise eines Containers nach China zwischen 2 000 und 3 500 Euro kosten kann.

2. Um eine regelmäßige Verbindung zwischen Luxemburg und Chengdu einzurichten, muss der Zug auch für die Reise von Europa nach China geladen sein. Woran könnten die Chinesen denn Interesse haben?

Ich könnte mir beispielsweise Autoteile, Lebensmittel und elektronische Geräte vorstellen! Aber wir müssen tatsächlich mit der europäischen Industrie arbeiten, um unsere Produkte in China besser zu verkaufen. Da gibt es noch Luft nach oben: China exportiert deutlich mehr Waren nach Europa als umgekehrt.

3. Was unterscheidet das Intermodalterminal in Bettemburg-Düdelingen von anderen europäischen Konkurrenten?

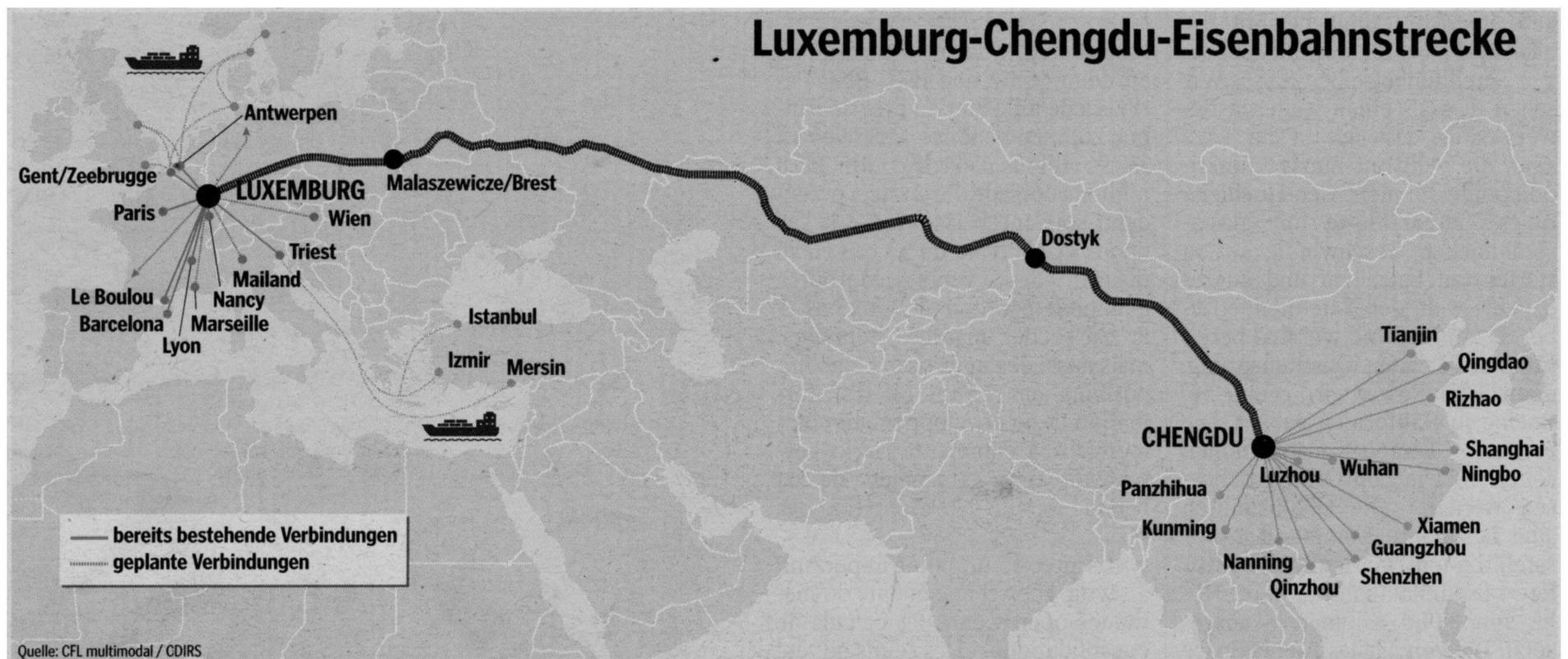
CFL Multimodal ist ein globaler Dienstleister; wir bieten einen kombinierten Straßen-Schienen-Transport für den Güterverkehr an und nicht nur den Transport zwischen zwei Häfen, wie es bei Konkurrenten manchmal der Fall ist.

Interview: Mara Bilo

Die Zahl des Tages

41

Waggons mit 41 Containern müssen in Bettemburg auf die Schienen gebracht werden, um die Reise von Luxemburg nach China anzutreten.



Was lange währt, wird endlich gut

Zwischen Marnach und Dasburg-Pont wird die marodeste Nationalstraße des Landes nun endlich saniert

Marnach. Seit Montag hat man es im Ösling nun also Schwarz auf Weiß und in Schultafelgröße am Straßenrand: Die N10 zwischen Marnach und Dasburg-Pont ist fortan offiziell gesperrt, um auf dem gut vier Kilometer langen Teilstück hinunter ins Ourtal bis Ende kommenden Jahres saniert zu werden.

Halleluja, ist man versucht zu frohlocken, denn mit dem Anrü-

cken der Bagger enden mehr als zehn Jahre der Planungen, Studien und Variantenprüfungen, des Versprechens, Verschiebens und Vertröstens. War die N10 – die außer von Einheimischen und Touristen vor allem auch von vielen Pendlern aus dem deutschen Grenzgebiet täglich genutzt wird – wohl schon seit Langem erneuerungswürdig, so entwickelte sie sich über die zurückliegen-

den Jahre doch zur zweifellos marodesten Nationalstraße des Landes.

So marode, dass der Video-Post einer verärgerten Facebook-Nutzerin vor einem Jahr selbst bei Ressortminister François Bausch die Erkenntnis zementierte, dass der lange schwelende Konflikt zwischen Straßensicherheits- und Naturschutzinteressen nun ein für alle Mal gelöst werden müsse, um

auf der N10 endlich Nägel mit Köpfen zu liefern.

Zur Verzögerung der Planungen hatte aber auch beigetragen, dass bei der Sanierung auch ein hierzulande noch neuartiges Kalt-Recycling-Verfahren zum Einsatz gelangt, bei dem die beschädigten Belagsschichten bis zum Unterbau ausgefräst, durch Bindemittelzugabe neu gebunden, verdichtet und wieder eingebaut werden. *jl*

Haltestelle mit Kreisel

Vorbereitungen für Pendlerparkplatz an der A 1 laufen

Wasserbillig. Die Straßenbauverwaltung bereitet derzeit die Ausschreibungen für die erste Erweiterung des Park & Ride-Platzes an der Autobahnraststätte Aire de Wasserbillig vor. Wie François Bausch, Minister für Mobilität und öffentliche Arbeiten, in seiner Antwort auf eine parlamentarische Frage des Abgeordneten Léon Gloden (CSV) erklärt, werde der 737 Stellplätze umfassende Parkplatz mit einer Bushaltestelle und zwei Kreisverkehren ausgestattet. Die Pendler erreichen die Bushaltestelle an der Zubringerstraße CR 141B über eine Überführung. In einer zweiten Phase wird ein fünfstöckiges Parkhaus für 990 Fahrzeuge gebaut. Es wird aus einer Stahlkonstruktion bestehen, was die Bauzeit verkürzt.

Léon Gloden hatte in seiner Anfrage vorgeschlagen, Bushaltestellen entlang der Autobahn A 1 anzulegen. Die Busse sollten dann über spezielle Busspuren die P&R-Plätze anfahren, bevor sie wieder auf die Autobahn zurückkehren. Als Beispiel dafür nannte Gloden die Autobahn TF 5 auf Teneriffa. Minister Bausch erteilte der Idee eine Absage. Die Busse müssten aus Sicherheitsgründen den Autobahnbereich für den Fahrgastwechsel verlassen.vb

25.04.2019

Luxemburger Autobahnen sollen gratis bleiben

Im Gegensatz zu Deutschland will Luxemburg keine Mautgebühr erheben. Allerdings arbeitet die Regierung an anderen klimafreundlichen Maßnahmen.

(jt) - In Deutschland soll die Pkw-Maut im Oktober 2020 starten. Für Luxemburg ist eine Maut auf Autobahnen und Nationalstraßen aber weiterhin kein Thema. "Die Regierung plant keine Einführung einer Straßenmaut", betonen die Minister Claude Turmes (Energie), Carole Dieschbourg (Umwelt) und Pierre Gramegna (Finanzen) am Donnerstag in einer [gemeinsamen parlamentarischen Antwort](#) an die CSV-Abgeordneten Diane Aehm und Gilles Roth. Eine Mautgebühr wäre "auf einem so begrenzten Gebiet wie Luxemburg" in der Praxis nur schwierig umzusetzen, so die Minister. In der Anfrage der CSV geht es auch um die Verbrauchsteuern (Akzisen) auf Treibstoffe wie Benzin und Diesel. Diese werden bekanntlich am 1. Mai um ein beziehungsweise zwei Cent angehoben. Der Mouvement écologique kritisierte die Erhöhung als unzureichend: "Déi Erhéijung geet net duer." Die Verbrauchssteuern auf Kraftstoffe müssten "in den nächsten Jahren jeweils um fünf oder sieben Cent steigen, damit wir irgendwann aus dem Tanktourismus herauskommen". Auch der DP-Abgeordnete und Budget-Berichterstatteur André Bauler bezeichnete die Erhöhung kürzlich als "[eher symbolische Maßnahme](#)". Laut Angaben der Minister sei die höhere Besteuerung von Benzin und Diesel "eine erste Anpassung gemäß den Bestimmungen des Koalitionsvertrags über ein ökologischeres Steuersystem". Ziel sei es, die im Rahmen der Pariser Abkommen vereinbarten Klimaziele zu erreichen. Die Erhöhung der Kraftstoffsteuern sei zudem Teil jener Empfehlungen, die der deutsche Wissenschaftler Dieter Ewingmann in einer [Studie über den Tanktourismus im Großherzogtum](#) formuliert hatte. Weitere umweltpolitische Maßnahmen bei den Akzisen auf Lkw-Diesel sowie bei der KfzSteuer würden derzeit "geprüft", heißt es vonseiten der Regierung.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

WISSENSCHAFT, BILDUNG UND KULTUR

„Ich bin von Hause aus Optimist“

Ranga Yogeshwar zu seiner Dokumentation über die Chancen und Gefahren von Künstlicher Intelligenz

Interview: Martin Weber

Selbstfahrende Autos, elektronische Helfer im Haushalt oder Medizinroboter, die blitzschnell eine Diagnose treffen können: Künstliche Intelligenz (KI) ist das große Thema der Zukunft. Für seine Dokumentation „Der große Umbruch“, die heute um 22.45 Uhr im Ersten zu sehen ist, zeigt Ranga Yogeshwar, welche Fortschritte auf diesem Gebiet derzeit gemacht werden. Der Moderator und Wissenschaftsjournalist hat sich in China, Europa und den USA umgesehen und mit weltweit führenden Experten gesprochen.

Ranga Yogeshwar, in „Der große Umbruch“ beschäftigen Sie sich mit Künstlicher Intelligenz, die etwa zunehmend in neuen Fahrzeugen eingesetzt wird. Wann werden wir uns von Autos durch die Gegend kutschieren lassen, die keinen Fahrer brauchen?

Davon sind wir noch sehr weit weg. Es gibt zwar heute schon Fahrzeuge, die dank spezieller Sensoren zum Beispiel überblicken können, welche Hindernisse vor ihnen sind. Aber für autonomes Fahren reicht das bei Weitem nicht aus. So differenziert, wie ein Mensch ein Auto steuert, kann das eine Maschine noch lange nicht. Konkretes Beispiel: In einer Wohnsiedlung rollt ein Ball auf die Straße und Sie wissen als Autofahrer sofort: Geh auf die Bremse, denn nach dem Ball kommt meistens ein Kind. Genau dieses komplexe Wissen müssen Sie aber einem vollautonomen Auto vermitteln, und genau das klappt noch nicht.

Also ist es doch nicht so weit her mit der Künstlichen Intelligenz?

Sagen wir mal so: KI funktioniert auf einer rein abstrakten Ebene großartig, sie ist zum Beispiel in der Lage, jeden Schachspieler zu besiegen, weil Schach ein sehr abstraktes Spiel nach festen Regeln ist. Wenn Sie aber dem KI-Roboter sagen, „räum' meinen Esstisch ab“, wird er daran scheitern. KI vermag eine ganze Menge, aber da ist noch viel Luft nach oben.

In welchem Bereich gibt es die größten Fortschritte?

Überall dort, wo es um Tätigkeiten geht, die sich wiederholen und die etwas mit Zuordnung zu tun haben. Also zum Beispiel im Bereich der Logistik, wo Teile zusammengesucht werden müssen, die der Roboter erkennt. Oder im Bereich der Übersetzung von Texten, also der Zuordnung von einer Sprache zu einer anderen – das funktioniert mit KI schon recht gut.

Was ist mit medizinischen Anwendungen?

Auch dort hat KI große Fortschritte gemacht. Also zum Beispiel bei der Diagnostik, wo KI Röntgenbilder, den Zustand der Haut oder eines Auges blitzschnell zutreffend analysieren kann. Da gehen atemberaubende Entwicklungen vor sich, in den nächsten Jahren wird eine ganze Menge passieren.

Sehen Sie Künstliche Intelligenz und digitalen Fortschritt eher als Chance oder als Gefahr?

Eindeutig als Chance. Wir müssen dabei nur ein paar Dinge beachten, denke ich: Es gibt Bereiche, in denen ich keine KI haben will. Das gilt zum Beispiel für autonome Waffen, die selbständig ihr Opfer auswählen und töten. Man muss aber auch bei den Dingen aufpassen, die jetzt schon möglich sind: Zum Beispiel mit einer nahezu perfekten Bilderkennung Menschen zu kategorisieren und letztendlich zu kontrollieren. Das führt dann schnell zu einer Gesellschaft, die ich nicht haben will. Das Problem bei dem Ganzen: Die digitale Entwicklung vollzieht sich zurzeit dermaßen rasant, dass wir mit unseren Diskussionen über Nutzen und Gefahren kaum hinterherkommen. Wir müssen es hinbekommen, den technischen Fortschritt und die ethischen Fragestellungen noch besser miteinander zu verbinden.

Geht es auch darum, Regeln festzulegen?

So ist es, wir müssen bei digitalen Anwendungen etwa klären, wer die erhobenen Daten nutzen darf – und wer nicht.

Firmen wie Google oder Facebook sitzen heute schon auf gewaltigen Mengen von Daten über Milliarden Menschen.

Und der aktivste Lobbyist bei der EU in Brüssel ist Google, das sollte uns zu denken geben. Auf der anderen Seite wird die digitale Entwicklung von einem Land wie China enorm forciert, und ich sehe hier gewisse Parallelen. Wir müssen uns die Frage stellen, ob wir wollen, dass unsere Zukunft von großen digitalen Konzernen und von nicht ganz demokratischen Systemen wie China bestimmt wird. Wobei ich wirklich kein China-Bashing betreiben will – da läuft vieles auch ganz toll.

Was denn zum Beispiel?

In der Verwaltung der Megacity Shenzhen etwa wird im großen Stil KI eingesetzt, was die Planung enorm erleichtert. Das ist für die mehr als zwölf Millionen Einwohner von Vorteil. Es ist aber gleichzeitig natürlich hochproblematisch, wenn eine Verwaltung wirklich alles von jedem einzelnen Einwohner weiß.

Sind Sie mit Blick auf unsere Zukunft mit immer mehr KI skeptisch oder freuen Sie sich darauf?

Ich bin von Hause aus Optimist, deshalb schaue ich ganz hoffnungsvoll nach vorne. Wir brauchen aber einen reflektierten Fortschritt und müssen begreifen, wie wichtig es ist, das Ganze auch gesellschaftlich stabil zu gestalten. Wenn wir das hinbekommen, ist mir nicht bange.

Sie werden dieses Jahr 60, wirken aber noch recht jugendlich ...

Das habe ich in Shenzhen sogar von einer KI-Maschine bestätigt bekommen, die eine Gesichtserkennung durchgeführt hat. Da wurde ich tatsächlich als „jugendlich“ kategorisiert. Ich kann dazu nur sagen: Ich liebe die chinesische Bilderkennung. (lacht)

Sie leben mit Ihrer Familie in der Nähe von Bonn. Wie oft schaffen Sie es, Luxemburg zu besuchen?

Von Zeit zu Zeit, aber leider Gottes nicht oft genug. Das letzte Mal war ich vor zwei Monaten da, beim Geburtstag einer Schulfreundin. Ich fahre immer wieder gern dorthin, ich mag Luxemburg, die Menschen, das Essen.

Hoffnung auf Europa-Uni im Saarland

EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker hat im Saar-Landtag für mehr Austausch in Europa geworben - auch an Hochschulen.

VON DANIEL KIRCH UND TOBIAS FUCHS

SAARBRÜCKEN Die Saar-Universität darf sich Hoffnungen machen, zusammen mit Partner-Hochschulen eine von zwölf „Europäischen Universitäten“ zu werden. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker sprach sich am Montag in Saarbrücken für eine zügige Entscheidung über den prestigeträchtigen Titel aus. Seine Kommission werde alles dafür tun, dass sie noch in ihrer Amtszeit fällt, die nach den EU-Wahlen am 26. Mai endet. „Falls diese Kommission die Entscheidung trifft, werden alle saarländischen Chancen maxi-

mal sein“, sagte er am Rande seiner Rede im saarländischen Landtag.

Die Universität der Großregion – ein Netzwerk der Unis Saarbrücken, Lothringen, Lüttich, Luxemburg, Trier und Kaiserslautern – hat sich gemeinsam mit zwei Unis aus Bulgarien und Litauen um den Titel „Europäische Uni“ beworben, für den es auch einige Millionen Euro gibt. Die Saar-Uni soll das Projekt, sofern es gebilligt wird, koordinieren.

Juncker hob in einer Sondersitzung des Landtags die Bedeutung von Grenzregionen hervor, beklagte aber, dass es für die Großregion „noch immer keinen anständigen Namen“ gebe. Damit Europa noch stärker zusammenwächst, sollen die Mittel für das Erasmus-Programm, mit dem Studenten und Lehrlinge ins EU-Ausland gehen können, nach Junckers Willen verdoppelt werden.

„Wir lieben uns nicht genug in Europa, weil wir nicht genug übereinander wissen“, sagte Juncker.

Der Kommissionspräsident stellte heraus, dass Europa für ihn auch eine soziale Schutzfunktion habe: Wer Sozialdumping als gottgegeben hinnehme, versündige sich am sozialen Gedanken Europas, sagte er. Der ehemalige Luxemburger Premier forderte auch eine stärkere europaweite Angleichung von Steuersätzen. Insgesamt zog Juncker ein positives Fazit seiner Amtszeit. So seien seit 2014 in der EU 12,5 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen worden.

Die Rede traf im Landtag im Großen und Ganzen auf ein positives Echo. CDU-Fraktionsvize Hermann Scharf bezeichnete sie sogar als „ein Stück weit historisch“. Juncker verkörpere Europa, wie es selten geworden sei. Allerdings mischten sich unter das Lob auch kritische Töne: Oppositionsführer Oskar Lafontaine (Linke) sagte: „Die kontroversen Themen hat er elegant umschiff.“ Die SPD-Politikerin Petra Berg bemängelte, dass Juncker zu wenig auf die Stahl- und Automobilindustrie sowie den Brexit eingegangen sei. AfD-Fraktionschef Josef Dörr zeigte sich beeindruckt von Junckers Rede, mahnte aber eine Schließung der EU-Außengrenzen an.

Studentische Grenzgänger in der Großregion

Der dreisprachige Masterstudiengang Border Studies wird von vier Universitäten in der Saar-Lor-Lux-Region gemeinsam angeboten.

VON MARKO VÖLKE

SAARBRÜCKEN In ihrem Studienalltag werden Juli Biemann und Lukas Mellinger täglich mit den verschiedensten „Grenzen“ konfrontiert: Sie müssen mit den unterschiedlichen Strukturen an gleich vier Unis in drei Ländern klarkommen, Mobilitätshindernisse in der Großregion in den Griff bekommen und Sprachbarrieren überwinden. Auch in ihrem trinationalen Masterstudiengang Border Studies setzen sich die beiden 25-Jährigen mit der Erforschung von Grenzphänomenen und grenzüberschreitender Zusammenarbeit auseinander. Mitten in der Saar-Lor-Lux-Region lernen sie unmittelbar die verschiedene Kulturen und Sprachen dreier benachbarter Staaten kennen.

Biemann gehörte 2017 mit 15 weiteren Kommilitonen zu den Pionieren in diesem weltweit einzigartigen Masterprogramm und ist nun im vierten Semester. 20 Plätze stehen jährlich zur Verfügung, zurzeit ist die Bewerberzahl geringer, denn noch sind die Border Studies weitgehend unbekannt: „Was ist das? Und was kann man damit anfangen?“, werde sie immer gefragt, so Biemann. Eher zufällig ist die Niedersächsin auf das Fach aufmerksam geworden. Sie hat Französisch auf Bachelor studiert, als Au-Pair in Frankreich gearbeitet und wollte ihre erworbenen Sprachkenntnisse vertiefen.

Lukas Mellinger, der aus Niedertal stammt, ist dagegen im zweiten Semester. Er hat Politik des Nahen und Mittleren Osten in Marburg studiert und ein Masterprogramm in der Region gesucht: Border Studies habe sich interessant angehört. Als praktisches Beispiel für das, was sie in dem Fach lernen, nennt er die aktuelle Brexit-Diskussion, in der es oft um Grenzen geht. Aber das könnten nicht nur die zwischen Ländern sein, sondern auch solche, die in den Köpfen der Menschen existie-

ren oder Sprachbarrieren.

„Gerade Luxemburg ist für uns ein sehr spannender Ort, denn der allergrößte Teil der Bevölkerung ist hier mehrsprachig“, bemerkt Mellinger. Außer an der dortigen Universität verbringen die Studierenden ihr erstes Jahr auch an der Hochschule in Metz. Danach studieren sie in Saarbrücken und Kaiserslautern. Aber auch während des Semesters müssen sie immer wieder hin und her pendeln, ergänzen sie. Für die damit verbundenen Fahrtkosten erhalten sie eine Mobilitätsbeihilfe. Auch ein Wohnortwechsel ist während der Studienzeit kaum zu umgehen. Zu den fachlichen Voraussetzungen gehört in den Unterrichtssprachen Deutsch, Französisch und Englisch eine Qualifikation auf der Niveaustufe B2. Das bedeutet, dass die Sprachkenntnisse ausreichen müssen, um auch komplexeren Gesprächen und Fachdiskussionen folgen zu können. Viele ihrer Kommilitonen haben einen Bachelor-Abschluss in einem gesellschaftswissenschaftlichen Fach, ergänzt Biemann.

Um den Studierenden wirtschaftliche, politische, soziale und kulturelle Themen von Grenzregionen zu vermitteln, arbeiten Fachrichtungen interdisziplinär zusammen. Dazu gehören Geographie, Raumplanung, Kulturwissenschaft, Amerikanistik, Angewandte Linguistik/Mehrsprachigkeits-Forschung, interkulturelle Kommunikation, Politikwissenschaft, Soziologie und Rechtswissenschaften. Die Studierenden kommen aus Deutschland, Frankreich, Luxemburg, Nigeria und Kamerun. Auch sie arbeiten grenzüberschreitend zusammen und helfen sich bei Fragen zu den verschiedenen Uni-Strukturen weiter.

Denn der Alltag an den vier Unis sei sehr unterschiedlich, berichten Bi-

mann und Mellinger: So hätten die Veranstaltungen in Frankreich zum Beispiel einen starken Schulcharakter, bei denen das Gesagte fast wörtlich mitgeschrieben werde, während es an den deutschen Unis viel interaktiver zugehe.

Auch das Masterprogramm selbst ist das Ergebnis grenzüberschreitender Kooperationen: „Dies ist der erste Studiengang, der im Rahmen der Universität der Großregion erarbeitet wurde – ein Ergebnis der engen Zusammenarbeit und gemeinsamen Erfahrungen seit 2008“, sagt die Vizepräsidentin für Europa und Internationales der Saar-Universität, Professorin Claudia Polzin-Haumann. Das Netzwerk der Universitäten Saarbrücken, Lothringen, Lüttich, Luxemburg, Trier und Kaiserslautern hat sich gemeinsam mit zwei Unis aus Bulgarien und Litauen um die Auszeichnung „Europäische Uni“ beworben. Der renommierte Titel ist mit einer Förderung von bis zu fünf Millionen Euro über drei Jahre verbunden. EU-Kommissionsschef Jean-Claude Juncker sieht gute Chancen für die Bewerbung.

In ihrem späteren Arbeitsleben haben die Border-Studies-Absolventen die Aufgabe, die unterschiedlichsten Akteure aus den einzelnen Regionen und den verschiedenen Bereichen von Politik über Verkehr und Verwaltung bis zu Kultur zu beraten, erklären Biemann und Mellinger. Um den Studierenden berufliche Alternativen aufzuzeigen, gibt es einen Orientierungstag. Biemann, die ihre Masterarbeit zum Thema Energie und Umwelt in der Großregion schreibt, interessiert sich für einen Job im Bereich der grenzüberschreitenden Energieversorgung. Mellinger absolviert dagegen bald das zwischen dem ersten und zweiten Studienjahr vorgeschriebene Praktikum beim Auswärtigen Amt und könnte sich gut vorstellen, später im Bereich Migration zu arbeiten.

Produktion dieser Seite:
Annabelle Theobald
Peter Bylda

INFO

Mehr zum Studiengang Border Studies

Studienablauf: Der Masterstudiengang umfasst vier Semester. Die ersten zwei verbringen die Studenten hauptsächlich an den Unis in Metz und Luxemburg. Nach den Grundlagen können sie im zweiten Semester zwischen den Schwerpunkten Raum-, oder

Sprach- und Kulturwissenschaften wählen. Zudem muss ein Praktikum absolviert werden. Im dritten Semester geht das Studium an den Unis in Saarbrücken und Kaiserslautern weiter. Hier geht es um die Vertiefung der Kenntnisse im jeweiligen Schwerpunkt, und die Arbeit an einem Fallbeispiel zu grenzüberschreitenden Beziehungen und Kooperationen. Im vierten Semes-

ter schreiben die Studenten ihre Masterarbeit und nehmen an einem Workshop teil.

Studien-Beginn: Nur zum Wintersemester möglich. Die Studenten schreiben sich an der Heimat-Universität ein. Die Teilnehmerzahl ist auf 20 Studenten pro Jahr begrenzt. (mv)

Weitere Infos gibt es unter:

www.uni-saarland.de

20

Studienplätze sind in den Border Studies jährlich an der Saar-Uni zu besetzen.

Quelle: Universität des Saarlandes



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

TOURISMUS UND GASTRONOMIE

Landschaft lockt Touristen

UMFRAGE Luxemburg ist ein beliebtes Reiseziel

Pit Beffort

Luxemburg wird als Reiseziel für Touristen immer beliebter. Nicht nur Geschäftsleute, sondern auch Freizeittouristen finden immer öfter den Weg ins Großherzogtum. Das belegt eine Studie, die Tourismusminister Lex Delles (DP) kürzlich vorgestellt hat. Die nationale Promotionsagentur „Luxembourg for Tourism“ hat zusammen mit dem Meinungsforschungsinstitut TNS Iires zwischen Mai 2017 und November 2018 eine Umfrage bei rund 1.300 Touristen durchgeführt. Ziel war es, herauszufinden, welche Erwartungen an bzw. Beweggründe für ihre Reisen, aber auch welche Meinung

die Touristen von Luxemburg haben. Dabei wurde zwischen Geschäftsreisenden und Freizeitreisenden unterschieden.

48 Prozent der befragten Personen gaben an, Luxemburg zum ersten Mal besucht zu haben. Acht von zehn Besuchern bewerteten Luxemburg als sehr gutes Reiseziel und neun von zehn würden Luxemburg als Destination weiterempfehlen.

Hauptmotivation für einen Aufenthalt in Luxemburg ist indes die Landschaft. 51 Prozent gaben an, wegen der Natur in Luxemburg zu weilen, während 39 Prozent der Befragten Luxemburg wegen der Nähe zur Heimat gewählt haben. Zu den Lieblingsbeschäftigungen in Luxemburg gehören demnach das Ausruhen, im Restaurant essen und Zeit mit

Freunden und Familie zu verbringen. Obwohl die meisten ihre Batterien wieder aufladen wollen, gaben auch 44 Prozent der Touristen an, sich während des Aufenthalts sportlich betätigt zu haben. Die Ausgaben für die Unterkunft variieren je nach Touristen-Typ. Geschäftsreisende geben rund 50 Prozent ihres Budgets für Übernachtungen aus. Die anderen Reisenden etwa 10 Prozent weniger. Minister Lex Delles zeigte sich mit dem Ergebnis zufrieden und sieht Luxemburg auf dem richtigen Weg. „Solche Umfragen sind enorm wichtig, um die Tourismusbranche in Luxemburg weiter vorantreiben zu können und Luxemburg als Reiseziel zu etablieren“, so Delles.

Mit dem Rad zu Bett

92 Beherbergungsbetriebe tragen das Label „Bed & Bike“

LUXEMBURG
PATRICK WELTER

Ganz oben auf der Prioritätenliste von Tourismusminister Lex Delles (DP) steht der Fahrrad-Tourismus. Nachdem sich Luxemburg erfolgreich als Wanderziel etabliert hat, geht es dem Minister nun darum, die durchaus schon vorhandene touristische Infrastruktur für Fahrrad-Touristen weiter auszubauen und das Großherzogtum als „Fahrradland“ zu positionieren. Bewährt hat sich bereits das Label „Bed & Bike“, das schon an 88 besonders fahrradfreundliche Beherbergungsbetriebe verliehen wurde. Gestern kamen vier weitere hinzu: „Péitche Lauer EcoLodge & Brasserie“ in Useldingen, das Hotel Heintz in Vianden, das Hotel Wemperhardt in Wemperhardt und das Hotel Carlton in Luxembourg. Allen ist gemeinsam, dass sie den radelenden Gästen eine entsprechende Infrastruktur zur Verfügung stellen können, von einem diebstahlsicheren Unterstand für die Räder, über Reparaturmöglichkeiten, bis hin zu einer ausgewogenen Küche und umfassenden Informationen über Radwege und lohnende Ziele.

Madame oder Monsieur Velo im Ministerium
Tourismusminister Lex Delles unterstrich seinen Willen den Fahrradtourismus zu stärken auch dadurch, dass es innerhalb sei-

nes Ministeriums eine oder einen „Madame oder Monsieur Velo“ geben wird, der oder die sich nur mit der Unterstützung und Förderung dieses Tourismussektors befassen wird. Radtouristen hätten andere Ansprüche und Bedürfnisse als Gäste, die per Auto reisten, meinte Delles. Das Label mache deutlich, dass die jeweiligen Hotels, Jugendherbergen oder Campingplätze auf Radtouristen eingestellt sind. Neben dem Label „Bed & Bike“, das auch der Verkaufsförderung für das Zielland Luxemburg dient, soll das bekannte Verleihsystem „Rent-a-bike“ weiter ausgebaut werden. Immerhin verfügt Luxemburg schon jetzt über ein nationales Radwegenetz von 600 Kilometern (plus kommunale Radwege). In den nächsten Jahren werden weitere 500 Kilometer hinzukommen. Der Minister verwies auch auf die 31 vorhandenen Mountainbike-Strecken, 16 davon in den Ardennen. Für ein möglichst müheloses Radeln muss auch noch eine Lösung für den Gepäcktransport gefunden werden. Delles hält es dabei für unerlässlich, kleinen Betrieben oder Verkehrsvereinen unter die Arme zu greifen, etwa durch den Einsatz von Beschäftigungsgesellschaften (CIGL/CIGR). Die Entwicklung einer App zur Routenplanung durch Luxemburg steht auch auf der Agenda des Ministeriums.

🌐 www.bedandbike.lu



Unter anderem wurde das Hotel Heintz in Vianden von Minister Lex Delles (r.) mit dem Label ausgezeichnet

Fotos: Editpress/Julien Garroy

Auf Grubenfahrt

Saisoneneröffnung in Rümelingen: Tourismusminister Delles zu Besuch im „Musée National des Mines de Fer Luxembourgeoises“

RÜMELINGEN
INGO ZWANK

Kulturerbe - und Tourismus-highlight: Zu Besuch im Nationalen Bergbaumuseum in der Grube Walert war gestern Tourismusminister Lex Delles. Zusammen mit dem Bürgermeister von Rümelingen und Präsidenten der Museumsvereinigung, Henri Haine, besichtigte Delles das ehemalige Eisenerzbergwerk aus der Zeit um 1900. Es umfasst ein Schaubergwerk, das bis in eine Tiefe von 80 Metern reicht, einen stillgelegten Tagebau sowie einen Museums- und Gastronomiebetrieb in den ehemaligen Tagesanlagen der Grube - und der Bereich am Museum soll nun erweitert werden, dass man beispielsweise auch Workshops hier abhalten kann. Rund 2,3 Millionen Euro werden investiert, wie Haine sagte.

Ferner soll in der Grube auch weitere Technik Einzug halten. Wie es in der Zeit notwendig ist, will das Museum auch auf App-Anwendung zurückgreifen und „VR, also virtuelle Realität“ mit in die Präsentationen einbeziehen. Aber nicht ganz, es soll immer noch ein Museumsführer die Gruppen mit begleiten, darauf will man nicht verzichten.

Eine topmoderne Grubenbahn verbindet die einzelnen Teile des Museums miteinander. Auf der 3,5 Kilometer langen Fahrt können die Besucher nicht nur die typische Vege-

tation der aufgelassenen Tagebaugruben erleben, sondern sie können auch untertage die verlassenen Nebenstollen erkunden, die teilweise noch bis 1963 in Betrieb waren.

Die Museumsführer zeigen den Gästen im Schaubergwerk die verschiedenen Techniken des Eisenerzabbaus, angefangen ab 1850 bis hin zur Schließung der letzten Grube 1991. Dabei wird ihnen bewusst unter welchen schwierigen Bedingungen die Bergarbeiter arbeiten mussten.

In den Stollen des Schaubergwerks ist der größte Teil der Sammlung zugänglich, die aus Werkzeugen, Maschinen, Geräten und Archivadokumenten besteht. Der Rest steht in einem eigens eingerichteten Archiv und Magazin Forschern und Interessierten zur Verfügung.

„Es ist ein wichtiger Teil unserer Kultur“, führte Delles bei seiner Besichtigungstour aus. „Und hier haben wir ein gutes Beispiel dafür, wie Kultur und das Erbe mit Tourismus Hand in Hand gehen können.“ Der Minister lobte besonders das ehrenamtliche Engagement im Museum, ohne das der Betrieb hier nicht so laufen würde, wie er läuft. „Es ist für das Ministerium klar, dass wir solches Engagement weiter unterstützen“, so der Minister auch im Hinblick auf die neue Kampagne „Vacance do-heem“, in der das Minenmuseum sicherlich einen wichtigen Pfeiler darstellen wird.

🕒 **Öffnungszeiten und alle weiteren Infos findet man unter www.mnm.lu**



Auch der Minister legte in der Grube Hand an



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

VERSCHIEDENES

Luxembourg

GASTBEITRAG FRANZ PETER BASTEN

Luxemburg – ein europäisches Land zwischen Frankophonie und Germanophonie

Der frühere Honorarkonsul über das spezielle Verhältnis des Großherzogtums und seiner Bewohner zu den Nachbarn in Europa.

Luxemburg ist ein in vielerlei Hinsicht außergewöhnliches Land. Die Luxemburger sind geprägt durch eine einzigartige Mischung von Bodenständigkeit und Weltläufigkeit. Ihr unbeschwerter und eher konfliktarmer Umgang mit der Vielfalt von Kulturen, Sprachen und Ethnien ist europaweit – und wahrscheinlich auch weltweit – einmalig. In einem gewissen Kontrast zu dieser kosmopolitischen Grundhaltung steht die Neigung der Luxemburger, dem Fremden einen Blick hinter die Kulissen oder einen Zutritt zu ihrem innersten Kreis eher zu verweigern. Nur wenige Kilometer vor unserer Haustür: Nicht nur der Arbeitsmarkt mit gut bezahlten Jobs, sondern auch diese ganz andere Welt der 168 Nationalitäten in einem kleinen Land mit etwas mehr als 600 000 Einwohnern, von denen 48 Prozent keinen luxemburgischen Pass haben. Wie geht das?

Die Geschichte. Wer Luxemburg verstehen will, muss zunächst einen Blick zurück in die Geschichte werfen. Luxemburg war schon ein Muster an Integration europäischer Kulturen- und Sprachenvielfalt, als die Fürsten Europas sich noch blutigste Kriege geliefert haben. Europas kriegerische Auseinandersetzungen hat Luxemburg aber auch bitter erlitten. Ausgangspunkt war die fatale Bildung des Mittelreiches nach Karl dem Großen. Diese Lage hat aus Luxemburg oft eine Art Wanderpokal der großen Mächte Europas gemacht.

Seine größte Ausdehnung hatte Luxemburg gegen Ende des 14. Jahrhunderts. Zu Luxemburg gehörten als germanophone Gebiete unter anderem Bitburg und die Eifel westlich davon bis zum Wiener Kongress 1815 sowie das Gebiet um Thionville bis zum Pyrenäenfrieden 1659. Die Dialektsprache im Gebiet um Thionville ist heute noch luxemburgisch-moselfränkisch. Das frankophone Luxemburg umfasste – ebenfalls bis zum Pyrenäenfrieden – Teile des französischen Département Meuse und die Gebiete der heutigen belgischen Provinz Lu-

xemburg, die 1839 dem einige Jahre zuvor gegründeten Staat Belgien zugeschlagen wurden.

Luxemburg war bis zur Französischen Revolution Teil des Heiligen Römischen Reiches. Luxemburg hatte aber auch immer starke Bindungen an den französischen Sprach- und Kulturraum. Nicht zuletzt auch, weil die Provinz Luxemburg und die Teile des Départements Meuse französischsprachig waren. Die Luxemburger hatten wichtige Funktionen im Reich und waren im 14. Jahrhundert das einflussreichste Adelsgeschlecht. Sie haben römisch-deutsche Kaiser gestellt und waren Könige von Böhmen. Der bedeutendste von allen war Kaiser Karl IV., dessen Name mit der Gründung der Universität Prag und mit der „Goldenen Bulle“, dem „Grundgesetz“ des Reiches, für immer verbunden bleibt. Auch als Repräsentanten des Reiches haben sie häufig französische Frauen geheiratet oder sich separat als Herzöge von Luxemburg mit dem französischen König verbündet. Karl IV. wurde in Paris erzogen. Seine erste Frau war Blanche aus dem Hause Valois. Karls Großonkel Balduin, der in Paris Theologie studiert hatte, wurde mit Hilfe des französischen Königs Kurfürst von Trier. Balduin setzte dann seinen Bruder als Heinrich VII. zum römisch-deutschen Kaiser durch. Heinrich war in Valenciennes geboren. Seine Mutter entstammte einem französischen Adelsgeschlecht. Er war mit Margarete von Brabant verheiratet und sprach sicher besser französisch als deutsch.

Im 15. Jahrhundert ging Luxemburg an Burgund und damit als Ganzes an den französischen Kultur- und Sprachraum. Im 16. Jahrhundert gehörte es zum spanischen Habsburg, und im 18. Jahrhundert wurde es bis 1796 österreichisch-habsburgisch, danach Département Forêt unter Napoleon. Im 19. Jahrhundert war es Mitglied im Deutschen Bund, obwohl der niederländische König gleichzeitig Großherzog von Luxemburg war. Erst 1867 wurde Luxemburg vollständig unabhängig.

Im 19. Jahrhundert waren die Luxemburger ein armes Bauernvolk. Viele mussten auswandern, ähnlich wie die Menschen an der Mosel und im Hunsrück. Mit der Stahlindustrie Ende des 19. Jahrhunderts kam die Wende. Heute hat Luxemburg ein Bruttoinlandsprodukt (BIP = Jahreswirtschaftsleistung) pro Kopf von 106 000 US-Dollar, im Vergleich: Deutschland 44 500 und die Schweiz 80 500. Von den 48 Prozent der Bewohner Luxemburgs, die keinen luxemburgischen Pass haben, ist die größte Gruppe die der Portugiesen. So ist zum Beispiel jeder dritter Echternacher ein Portugiese. Portugiesen lernen lieber, aber auch leichter französisch als deutsch. Die nächstgrößte Zuwanderergruppe sind die Franzosen, gefolgt von den Italienern. Mehr als 190 000 Grenzgänger fahren täglich nach Luxemburg zur Arbeit, davon allein über 90 000 Franzosen.

Die Sprachen. Die sprachliche Sozialisation der Menschen in Luxemburg läuft wie folgt ab: In der Familie muttersprachlich, also luxemburgisch, häufig aber auch portugiesisch oder je nach Einwanderergruppe zum Beispiel französisch oder italienisch, in der Crèche und der Spillschoul luxemburgisch, im zweiten Zyklus ab erstem Jahr deutsch und ab zweitem Jahr französisch. Dies führt dazu, dass beispielsweise ein portugiesischstämmiger Luxemburger am Ende seiner regulären Schulzeit mindestens vier Sprachen spricht. Die luxemburgische Gesetzessprache ist französisch. Im Zivilrecht gilt der Code civil. Das Strafrecht ist französisch/belgisch orientiert. Die Gesetzesvorlagen im Parlament sind französisch. Debattiert werden sie auf luxemburgisch. Alle luxemburgischen Juristen haben in der Vergangenheit entweder in Frankreich oder in Belgien studiert. Inzwischen studieren viele auch in Luxemburg. Die luxemburgischen Juristen sprechen in der Regel besser französisch als deutsch. Die Verwaltungssprachen sind Luxemburgisch, Französisch und Deutsch. Der schriftliche Ver-

Luxembourg

kehr der Verwaltung untereinander ist immer französisch, manchmal luxemburgisch, mit dem Bürger in der Regel französisch. Deutsch wird bei deutscher Beteiligung in der Regel benutzt, keineswegs aber ausnahmslos. Es gibt eine französischsprachige und eine deutschsprachige Literatur. Die großen Zeitungen (z.B. das „Luxemburger Wort“) sind überwiegend deutsch. Es gibt aber auch rein französischsprachige. Das „Wort“ schreibt Artikel mit Frankreichbezug auf Französisch, häufig auch bei diplomatischer Thematik. Artikel zur Kunst sind häufig auf Französisch. Todesanzeigen von Luxemburgern liest man nahezu ausnahmslos auf Luxemburgisch. Die Luxemburger verfolgen die deutsche Politik intensiver als die französische, geben es aber nicht immer zu. Sie schauen auch mehr deutsches Fernsehen. Auch das geben sie nur ungern zu. Die ärztlichen Aufzeichnungen sind je nach Arzt französisch oder deutsch. Der luxemburgische Arzt zeichnet entweder französisch oder luxemburgisch auf. Die „Expertise médicale“ ist vor Gericht nahezu immer französisch.

Die luxemburgische Sprache ist ein moselfränkischer Dialekt mit einer starken Eigenentwicklung und einer eigenen Sprachmelodie. Erstaunlicherweise ist es diese Sprachmelodie, die Menschen, die die luxemburgische Sprache lernen, vor besondere Herausforderungen stellt. Das gilt selbst für solche, die diessseits der Grenze im moselfränkischen Dialekt aufgewachsen sind. Die Sprache ist stark mit französischen Wörtern durchsetzt. Je höher der Bildungsgrad, umso höher der französische Einschlag. Etwas kurios wirkt die Wortbildung beim Wortstamm französischer Herkunft. Das französische Wort wird einfach der deutschen Grammatik unterworfen. Beispiel: Aus dem französischen „prendre des mesures“ (= Maßnahmen ergreifen machen) die Luxemburger „Mesuren huelen“. Der Wortstamm ist französisch, die Pluralbildung deutsch. Hinzu kommt noch die Verwendung von „holen“ und „nehmen“, die ja im Moselfränkischen bereits einen Kultstatus erreicht hat. Für den deutschen Begriff „im Grunde genommen“ sagen die Luxemburger in der Logik ihrer Sprache „am Fong geholl“. Bei den Verben ist die französisch-deutsche Allianz ähnlich. Für das franzö-

sische Wort „statuer“ (entscheiden) sagen die Luxemburger „statuéieren“. Und so werden die französischen Wörter dann auch entsprechend konjugiert. „Ech statuéieren, du statuéiers“ usw. Die Französisierung der luxemburgischen Sprache kann sehr weit gehen, Beispiel: „Op d' place Grand-Duchesse Charlotte as en accident paséiert mat fënneschwéier Blesséierten“. Die Luxemburger betonen auch die französischen Wörter in der Regel auf der ersten Silbe wie zum Beispiel camion, succès oder avion.

Fazit: Die deutsche Sprache geht in Luxemburg zurück. Die romanischen Sprachen nehmen zu. Die Lebensstile und der kulturelle Habitus vieler Luxemburger sind französisch geprägt. Die französisch-romanische Prägung wird auch daran deutlich, dass dem Luxemburger in der Regel die Mittagspause in besser mediterraner Tradition absolut heilig ist. Auch die Luxemburger kennen – wie die Franzosen – den Unterschied von congé und vacances, während die Deutschen beides einfach nur kulturlos „Urlaub“ nennen. Congé meint „Urlaub haben“ und vacances meint „Urlaub machen“. Trotz steigender Bedeutung der französischen Sprache ärgern sich viele Luxemburger, wenn sie morgens ihre Brötchen auf Französisch kaufen müssen. Die im Dienstleistungsbereich (Verkäuferinnen, Verkäufer) beschäftigten Franzosen und Belgier sprechen in der Regel kein Deutsch, weigern sich häufig aber auch, Luxemburgisch zu lernen.

Der Einfluss auf Europa. Luxemburg ist ein vorbildlich europäisches Land. Luxemburg war immer besonders stark und einflussreich, wenn es europäisch handeln konnte. Dazu zwei, wie ich meine, schöne Beispiele für den außergewöhnlichen Einfluss Luxemburgs in der europäischen Politik: Einmal nämlich, als Balduin Kurfürst von Trier und sein Bruder Heinrich römisch-deutscher Kaiser war, und ein zweites Mal, als Jacques Santer Kommissionspräsident in Brüssel war und gleichzeitig Jean-Claude Juncker als luxemburgischer Premierminister den Vorsitz des Rates der europäischen Regierungschefs innehatte.

Das Verhältnis zwischen Deutschen und Luxemburgern war über Jahrhunderte gut. Das in Luxemburg geäußerte Wort vom „Houere Preiss“

ist im 19. Jahrhundert entstanden, als Luxemburg Bundesfestung war. Die dort stationierten preußischen Soldaten mussten sich aufgrund ihrer Neigung zu großspurigem Auftreten nicht besonders anstrengen, um sich bei vielen Luxemburgern unbeliebt zu machen. Im Grunde konnten die bäuerlich-katholisch geprägten Luxemburger des 19. Jahrhunderts mit den protestantischen Preußen in Uniform nichts anfangen. Ich kann das als katholischer Moselaner gut nachempfinden. Mit einer tiefgreifenden Störung der Beziehungen zwischen Deutschen und Luxemburgern hatte das allerdings nichts zu tun. Der wirkliche Bruch kam mit der Besetzung Luxemburgs durch deutsche Truppen im Ersten Weltkrieg. Und zur Katastrophe kam es, als die Nazis Luxemburg besetzt haben und die Luxemburger in Eindeutschungsversuche hineinpressen wollten. In vielen Familien, deren Großväter seinerzeit in die Wehrmacht zwangsrekrutiert wurden oder als Gefangene in Hinzert gesessen haben und in vielen Fällen ermordet wurden, lebt die Skepsis gegenüber Deutschland latent fort. Der europäische Einigungsprozess und insbesondere das Zusammenwachsen der Großregion haben viele Wunden allmählich heilen lassen. Die Narben sind geblieben.

ZUR PERSON Früherer Staatssekretär und Honorarkonsul

Unser Gastautor **Franz Peter Basten** (74), Staatssekretär a.D., war acht Jahre lang Honorarkonsul des Großherzogtums Luxemburg (bis 2015). Der CDU-Politiker und Rechtsanwalt in Trier wird nicht müde, die Erregenschaften Europas in den Vordergrund zu stellen, allen voran den Frieden: „Mein Urgroßvater war 1870/71 im Deutsch-Französischen Krieg, mein Großvater im Ersten Weltkrieg. Mein Vater ist im Zweiten Weltkrieg in Ostpreußen gefallen. Ich bin seit 150 Jahren in der Familie der Ersten, der nicht in den Krieg musste.“ So hat Franz Peter Basten (Foto: Roland Morgen) vor zwei Jahren zusammen mit dem früheren Landtagspräsidenten Christoph Grimm (SPD) den „Trierer Appell“ zur Lage der EU verfasst und angesichts der zunehmenden Europaver-

drossenheit und des Anwachsens nationalistischer Bewegungen dazu aufgerufen, sich dieser Entwicklung zu widersetzen und neue Initiativen zur Weiterentwicklung der Großregion zu ergreifen. (fpl/bec)

Fast 614 000 Einwohner

Die Bevölkerung wächst weiter an, der Ausländeranteil geht allerdings leicht zurück

Von Jörg Tschürtz und Sophie Hermes

Luxemburg. Exakt 613 894 Menschen wohnten zum 1. Januar dieses Jahres in Luxemburg – das sind 11 889 mehr als ein Jahr davor. Das geht aus Zahlen des Statistikamtes Statec hervor, die gestern veröffentlicht wurden.

Der Anstieg beim Bevölkerungswachstum hängt laut den Statistikern hauptsächlich mit der Zuwanderung zusammen: 24 644 neue Einwohner haben sich im Vorjahr in Luxemburg angemeldet, während 13 985 das Land wieder verlassen haben. Das Migrationssaldo liegt demnach bei 10 659 Personen.

Zu Jahresbeginn lebten 291 500 ausländische Staatsangehörige im Großherzogtum. Der Ausländeranteil lag bei 47,5 Prozent gegenüber über 47,9 Prozent am 1. Januar 2018.

Der leicht niedrigere Ausländeranteil hängt mit mehr Einbürgerungen und den Auswirkungen verschiedener Maßnahmen wie der Reform des Nationalitätengesetzes zusammen. Zum Beispiel bekommt ein Minderjähriger, dessen Vater oder Mutter eingebürgert wurden, die luxemburgische Nationalität nunmehr automatisch verliehen. Insgesamt ließen sich im Vorjahr 6 950 Einwohner einbürgern.

Franzosen im Kommen

Mit 15,6 Prozent der Gesamtbevölkerung bilden die Portugiesen immer noch die größte Ausländer-Community. Seit 2014 wurden sie allerdings, was die Nettozuwanderung angeht, von den Franzosen überholt. Im Vorjahr lagen in diesem Bereich auch die Italiener knapp vor den Portugiesen.

Das Durchschnittsalter der Gesamtbevölkerung beträgt 40,2 Jahre für die Frauen und 38,7 Jahre für die Männer. Die ausländischen Einwohner des Großherzogtums sind dabei allerdings deutlich jünger als jene, die die Luxemburger Staatsbürgerschaft haben. Das Durchschnittsalter der Luxemburger Frauen liegt bei 42,7 Jahren, jenes der ausländischen bei 37,3. Die Luxemburger Männer sind im Schnitt 40,1 Jahre alt, die Ausländer 37,3.

Der Anteil der Nicht-Luxemburger nimmt zwischen dem Alter von null (48,9 Prozent zum 1. Januar dieses Jahres) und 19 Jahren (36,6 Prozent) ab, liegt bei den 30- bis 49-Jährigen jedoch deutlich über jenem der Luxemburger. Im Alter von 50 Jahren und älter nimmt er dann wieder ab: Bei den 65-Jährigen beträgt er 28,7 Pro-

zent, bei den 90-Jährigen gar nur noch 18,3 Prozent.

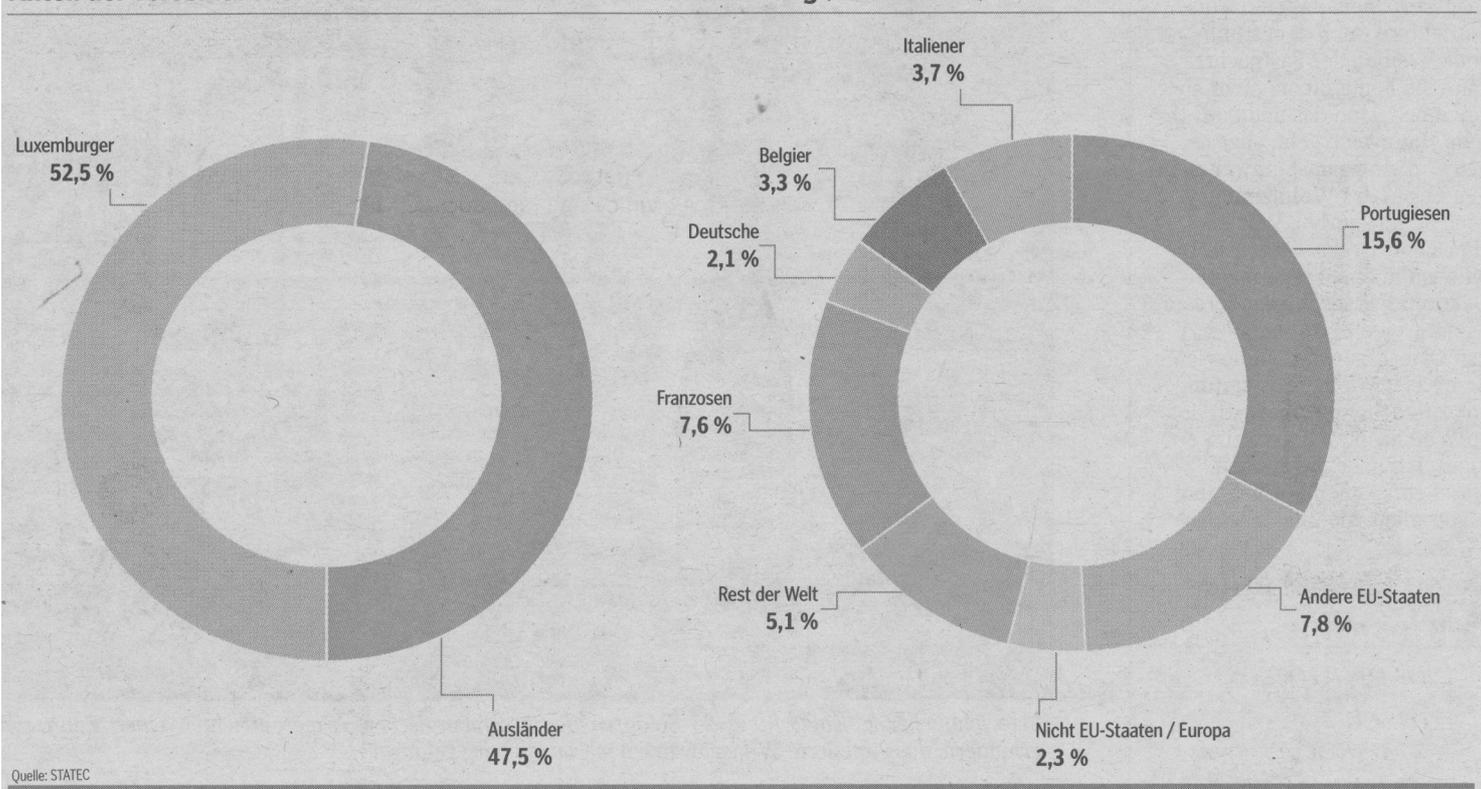
Mehr Geburten als Todesfälle

Zum Bevölkerungswachstum trug jedoch auch die natürliche Entwicklung bei. Im Vorjahr wurden 6 274 Geburten in Luxemburg verzeichnet, genau 100 mehr als noch 2017. Wohl stieg auch die Zahl der Sterbefälle um 1,3 Prozent, sie lag mit 4 318 allerdings unter der Zahl der Geburten.

Im Vergleich zu 2017 ging die Anzahl der Heiraten im Vorjahr um 0,6 Prozent zurück von 1908 auf 1896. 48 Ehen wurden 2018 zwischen gleichgeschlechtlichen Partnern geschlossen.

Anders als noch in den Vorjahren ist im vergangenen Jahr die Zahl der Scheidungen wieder angestiegen – um 9,7 Prozent von 1 121 auf 1 230.

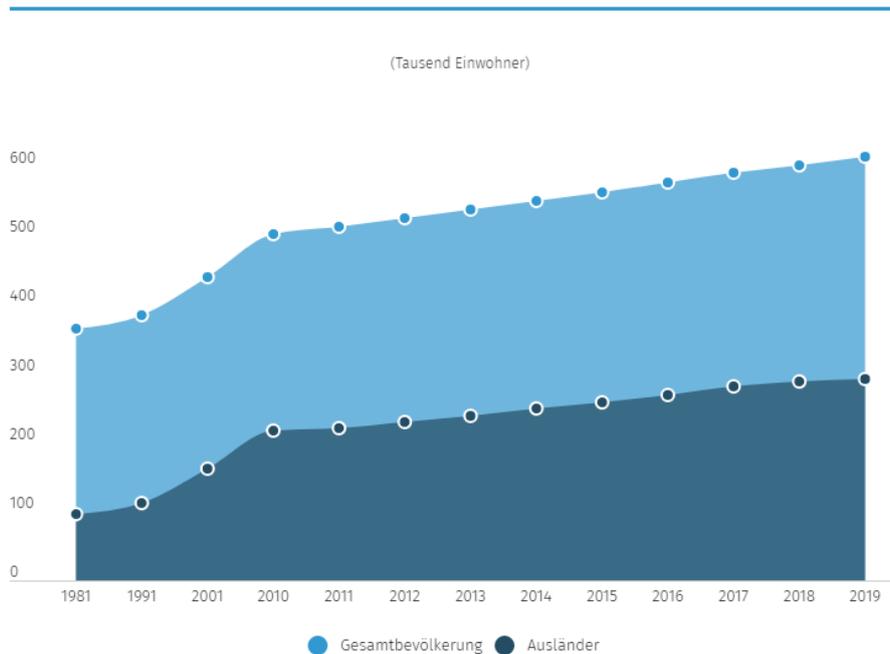
Anteil der verschiedenen Nationalitäten an der Gesamtbevölkerung (Stand 1. Januar 2019)



Luxemburg zählt knapp 614.000 Einwohner

Die Bevölkerung im Großherzogtum wuchs im Vorjahr um 12.000 Personen. Der Ausländeranteil ging allerdings leicht zurück.

Bevölkerungsentwicklung in Luxemburg



Quelle: Statec

(jt) - Exakt 613.894 Menschen wohnten zum Stichtag 1. Januar 2019 in Luxemburg – das sind 11.889 mehr als ein Jahr davor. Das geht aus Zahlen des Statec hervor, die am Dienstag veröffentlicht worden. Der Anstieg beim Bevölkerungswachstum hängt laut den Statistikern hauptsächlich mit der Zuwanderung zusammen: Insgesamt 24.644 neue Einwohner haben sich im Vorjahr in Luxemburg angemeldet, während 13.985 das Land wieder verlassen haben.

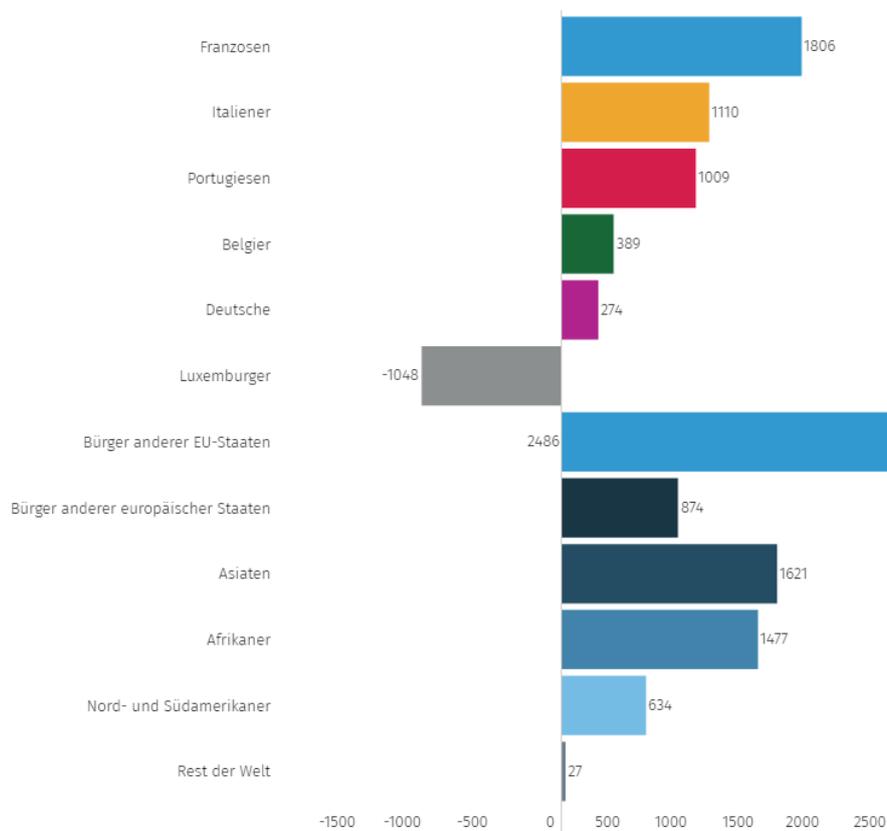
Zu Jahresbeginn lebten 291.500 ausländische Staatsangehörige im Großherzogtum. Der Ausländeranteil lag bei 47,5 Prozent gegenüber 47,9 Prozent am 1. Januar 2018. Der leicht niedrigere Ausländeranteil hängt mit mehr Einbürgerungen und den Auswirkungen verschiedener Maßnahmen wie der Reform des Nationalitätengesetzes zusammen. Zum Beispiel bekommt ein Minderjähriger, dessen Vater oder Mutter eingebürgert wurden, die luxemburgische Nationalität nunmehr automatisch verliehen. Insgesamt ließen sich im Vorjahr 6.950 Einwohner einbürgern.

Im Vorjahr wurden 6.274 Geburten in Luxemburg verzeichnet, genau 100 mehr als noch 2017. Gleichzeitig stieg auch die Zahl der Sterbefälle um 1,3 Prozent auf 4.318.

Wanderungssaldo in Luxemburg

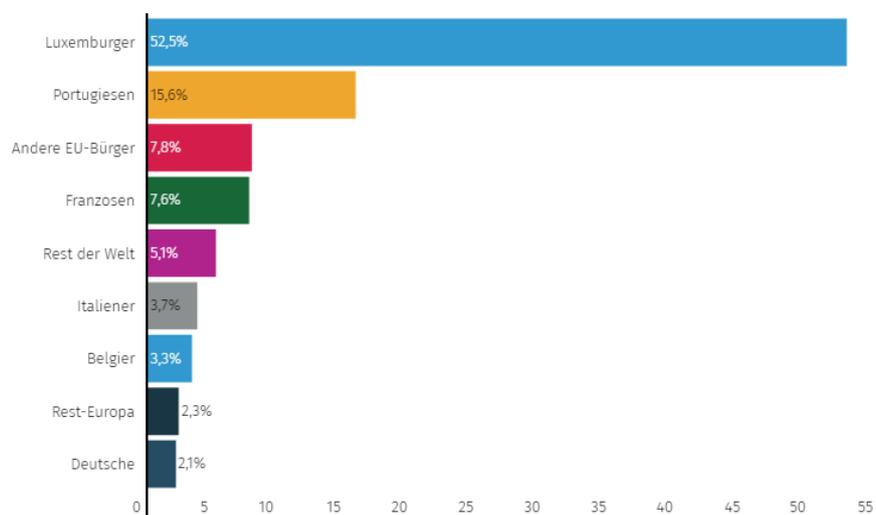


Differenz zwischen Abwanderung und Zuwanderung, nach Nationalität, Zahlen für 2018



Quelle: Statec, CTIE

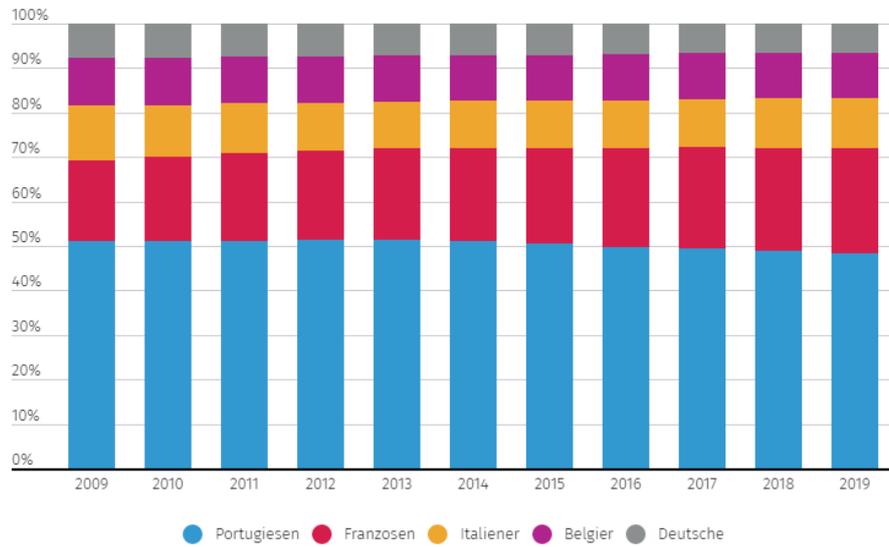
Bevölkerungsgruppen in Luxemburg



Quelle: Statec, CTIE

Ausländische Gemeinschaften in Luxemburg

Entwicklung des Bevölkerungsanteils zwischen 2009 und 2019



Quelle: Statec

Cybersicherheit: Luxemburg auf elftem Platz

LUXEMBURG Die „International Telecommunication Union“ (ITU) veröffentlichte gestern ihre Rangliste der Länder, die am besten im Bereich der Cybersicherheit abschneiden. Das Großherzogtum

schafft es hier auf den elften Platz von 175. Im vorigen Jahr erreichte Luxemburg gerade noch den 36. Rang. Medienminister Xavier Bettel (DP) sieht darin laut Pressemitteilung eine Bestätigung der Bemühungen in diesem Feld. Gelobt wurden unter anderem die „Mal-

ware Information Sharing Platform“ (MISP) des „Computer Incident Response Center Luxembourg“ (CIRCL). Auch die Forschung in diesem Bereich wie auch die Jugendaufklärung, etwa durch BEE SECURE, wurden hervorgehoben. SW

Erste Cannabis-Automaten in Luxemburg

Verkauf von nicht-rauschauslösenden Cannabis-Produkten ist jetzt schon in Luxemburg erlaubt

Von Sarah Cames

Luxemburg. Im Großherzogtum gibt es seit Februar vier Cannabis-Automaten. Anhänger des grünen Krauts können sich in Wiltz, in Echternach, in Esch/Alzette und in Grevenmacher selbst bedienen – ganz ohne ärztliche Verordnung. Wer sich vom Angebot dieser Automaten allerdings verspricht, in einen Rausch zu verfallen, ist hier an der falschen Adresse. Die Cannabis-Produkte, die in den Maschinen angeboten werden, haben nur einen minimalen Anteil an THC (unter 0,3 Prozent) – dem Stoff, der für die berauschenden Eigenschaften der Pflanze verantwortlich ist.

Stattdessen dreht sich bei dieser Produktpalette alles um CBD, auch bekannt als Cannabidiol. Im Gegensatz zum Tetrahydrocannabinol (THC) ruft es keine berauschende Wirkung hervor, es ist also nicht psychotrop. Vielmehr ist es wegen seines medizinischen Nutzens beliebt.

Der Wirkstoff CBD wird gegen mehrere Krankheitsbilder eingesetzt. Symptome von Leiden wie Epilepsie, Entzündungen und neurodegenerativen Krankheiten wie Multipler Sklerose können durch CBD gelindert werden, so der nationale Drogenbeauftragte Alain Origer. Der Wirkstoff hat außerdem einen beruhigenden Effekt, was ihn bei der Behandlung von Angstzuständen und anderen psychischen Beschwerden sehr beliebt macht.

Verbesserungen bei Krebs, Parkinson und Alzheimer

Serge Schneider, Präsident der Vereinigung Cannamedica Luxembourg, sagt zu dem medizinischen Nutzen von Cannabidiol: „CBD hat den Vorteil, dass es breiter wirkt. Es gibt Berichte von Verbesserungen bei Krebs, Parkinson und Alzheimer. Ein wichtiger Vorteil ist auch, dass CBD nicht psychotrop ist, es hat also keine Nebenwirkungen.“ Vor allem Patienten, die sich von herkömmlichen Therapien im Stich gelassen fühlen, versuchen ihre Beschwerden durch CBD zu lindern, so Schneider.

Auch Alain Origer von der Nationalen Koordinationsstelle für Drogen sagt über CBD, es wäre ein medizinisch unbedenklicher Wirkstoff, von dem so gut wie kei-

ne Nebenwirkungen bekannt sind. Das Rauchen von CBD-Produkten berge allerdings ähnliche Gefahren wie das Rauchen anderer Stoffe. Außerdem würden CBD-Produkte häufig fälschlicherweise als Allheilmittel für alle möglichen Krankheiten angepriesen, ohne dass die Wirksamkeit in jedem Fall bestätigt sei.

Wirkstoff CBD in Luxemburg zunehmend populär

Der Wirkstoff CBD erfreut sich in Luxemburg wachsender Popularität. Mehr und mehr Cannabis-Läden, auch Headshops genannt, öffnen ihre Türen in Luxemburg. Die verschiedenen im Sortiment erhältlichen Sorten tragen exotische Namen wie „Northern Lights“ oder „Mango Kusch“, und ihre Aromen werden mit Adjektiven umschrieben, die man sonst nur von Koffein-enthusiasten und Weinken- nern kennt. Cannabis ist der neue Kaffee, könnte man fast meinen.

„Das Image von Cannabis hat sich in den letzten Jahren stark geändert. Es kommt aus der Schmutzedecke heraus“, so Origer von der Abteilung für Sozialmedizin, Abhängigkeit und geistige Gesundheit.

Einer dieser brandneuen Cannabis-Shops in Luxemburg vertreibt sein Angebot durch Automaten, die an vier Orten in Luxemburg aufgestellt sind. Der erste CBD24-Automat eröffnete am 16. Februar 2019 in Echternach, drei weitere folgten kurz darauf in Wiltz, Grevenmacher und Esch/Alzette. Sascha Theis, der Betreiber der CBD-Automaten, ist überwältigt von dem Zuspruch, den er seit der ersten Eröffnung erfahren hat: „Das Interesse übersteigt bei Weitem meine Erwartungen“, so der deutsche Unternehmer.

Theis hatte schon länger mit der Überlegung gespielt, eigene Cannabis-Automaten aufzustellen. Als die luxemburgische Regierung im Dezember 2018 dann die Absicht verkündete, den Konsum von THC-haltigem Cannabis legalisieren zu wollen, war dies für Theis ein Zeichen, dass Cannabis im Mainstream angekommen sei und er mit seinem neuen Unternehmen auch gesetzlich auf der sicheren Seite sei. In Deutschland bewege man sich mit einem solchen Unterfangen

immer noch mehr in einer legalen Grauzone, so Theis.

Genau das zeigt sich jetzt auch klar an den jüngsten Entwicklungen in Trier. Dort eröffnete im November 2018 der erste CBD-Automat Deutschlands. Am Donnerstag kam von der Staatsanwaltschaft Trier die Mitteilung, der Automat wäre abgebaut worden und drei Ermittlungsverfahren wären sowohl gegen den Betreiber des Automaten und des dazugehörigen Headshops, als auch gegen einen Gastronomiebetrieb eingeleitet worden, der sich am Vertrieb beteiligte.

Auf Nachfrage erklärte die luxemburgische Staatsanwaltschaft wort.lu gegenüber, sie hätten die Entwicklung in Trier zur Kenntnis genommen, könnten aktuell aber keine Aussagen zu möglichen ähnlichen Schritten gegen den Betreiber der Automaten in Luxemburg machen. Sie seien sich der „extrem komplexen Problematik“ allerdings bewusst.

Unter das Betäubungsmittelgesetz fallen CBD-Produkte in Luxemburg allerdings nicht: Seit 2012 werden Hanfprodukte mit einem Grenzwert von unter 0,3 Prozent THC in Luxemburg nicht mehr als Suchtstoff angesehen. Seit dem 20. Juli 2018 sind auch THC-haltige Cannabis-Produkte in Luxemburg zugelassen – sofern sie von einem Arzt verschrieben wurden. Die aktuelle Regierung will noch einen Schritt weitergehen: DP, LSAP und Déi Gréng sind sich einig, dass auch der Freizeitkonsum der Droge in den kommenden Jahren legalisiert werden soll. Ab wann genau rauschauslösende THC-Produkte in Luxemburg auf legalem Weg erhältlich sein werden, ist allerdings noch nicht gewusst.

Auch wenn der Betreiber der Automaten in Luxemburg von den Vorzügen von CBD überzeugt ist, seine Kunden will er selbst nicht beraten: „Ich bin kein Mediziner. Jeder soll selbst entscheiden, für was er es nimmt, als Rohstoff oder aus medizinischen Gründen.“ Dies ist einer der Gründe, warum sich Theis gegen die Eröffnung eines herkömmlichen Ladens entschieden hat und stattdessen die Automatenvariante bevorzugte. „Viele Kunden möchten außerdem noch anonym bleiben“, so der Betreiber von CBD24.

Um sicher zu gehen, dass sich nur Erwachsene an den Waren in seinem Automaten bedienen, hat Theis eine Vorkehrung einbauen lassen, die garantiert, dass Produkte nur an Menschen mit einem gültigen Führerschein oder Personalausweis ausgegeben werden. Gesetzlich vorgeschrieben wäre dies allerdings noch nicht einmal, so der Besitzer von CBD24.

Laut Theis werden die vier Automaten in Luxemburg nicht die letzten bleiben. Er plant, sein Unternehmen auszubauen und weitere Automaten in Luxemburg-Stadt, Ettelbrück, Diekirch und möglicherweise auch Marnach zu eröffnen.

Auch wenn Alain Origer von der nationalen Drogen-Koordinationsstelle den Wirkstoff CBD generell für unbedenklich hält, so sorgt er sich doch um den Effekt, den eine Normalisierung von Cannabis-Produkten mit sich ziehen könnte. Cannabis als allgemeines Produkt, vor allem in seiner berauschenden Form, sei nicht ganz ungefährlich und ein aufpoliertes Image riskiere vor allem jungen Menschen ein falsches Bild der Gefahren zu geben.

Erster CBD-Automat in Trier von Polizei geschlossen

Im benachbarten Trier gab es den ersten CBD-Automaten Deutschlands bereits seit November 2018. Eine Vielfalt von legalen Cannabis-Produkten waren auch dort im Angebot: Gepresste und getrocknete Blüten in Tütchen, Extrakt-Kügelchen in Plastikdöschen und allerlei Rauchzubehör konnten an dem neuen Automaten im Trierer Karl-Marx-Viertel gezogen werden. Am Donnerstag vergangener Woche war dann allerdings ruckartig alles vorbei: Einsatzkräfte beschlagnahmten den Automaten in der Trierer Jüdemerstraße und Ermittlungsverfahren wurden aufgenommen. Dem Betreiber wird vorgeworfen, CBD-haltige Substanzen verkauft zu haben, unter der Behauptung, es handele sich hierbei um legale Substanzen.

Das aus Nutzhanf mit geringem THC-Anteil gewonnene CBD dürfe in Deutschland nicht als Konsumgut verkauft werden, so die Staatsanwaltschaft Trier. Der Verkauf solcher Substanzen in Deutschland sei „grundsätzlich nicht erlaubt“, außer sie würden

als Rohstoffe für Textilien, Seile, oder auch Kosmetika gebraucht.

Die Pläne des Besitzers Kai Schmieder, sein Automatenimperium in Deutschland weiter auszubauen, dürften vorerst auf Eis gelegt sein. Ursprünglich plante er, neben seinen vier bereits existierenden Headshops und seinem Onlineshop, weitere neue Verkaufsstellen in Deutschland und vielleicht sogar im Ausland zu eröffnen.

Schmieder war am Freitagmorgen nicht für einen Kommentar zu erreichen.

Legalisierung rückt näher

Luxemburg sucht nach dem besten Modell für die Cannabislegalisierung

LUXEMBURG

LJ/DP

Luxemburg betritt Neuland. Als erstes Land in Europa will das Großherzogtum Cannabis legalisieren. Wie genau nach welchem Modell - das ist aber noch offen. Eine Arbeitsgruppe sei derzeit dabei, Fragen zu analysieren und erste Schritte der Vorbereitung zu machen, hieß es aus dem Gesundheitsministerium in Luxemburg. Dazu gehöre auch „ein ganz enger Kontakt“ zu Kollegen in den Niederlanden und in Kanada, teilte die Regierung mit. Ende Mai werde Gesundheitsminister Etienne Schneider nach Kanada fliegen, „um sich vor Ort ein Bild zu machen“. Künftig soll in Luxemburg jeder Erwachsene für den persönlichen Gebrauch Cannabis anbauen, kaufen, besitzen und konsumieren dürfen. Alles unter strengen Bedingungen natürlich, die noch festgelegt werden müssen. Das Großherzogtum erhofft sich so ein Austrocknen des illegalen Marktes mitsamt dazugehöriger Beschaffungskriminalität plus weniger gesundheitliche Gefahren für die Konsumenten - durch eine sichergestellte bessere Qualität des Stoffs. Die Einnahmen aus „der nationalen Produktions- und Verkaufskette unter staatlicher Kontrolle“ sollen in die Suchtprävention fließen.

Kein Zeitdruck

Bei der Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs gebe es keinen Zeitdruck, sagte eine Sprecherin des Gesundheitsministeriums. „Wir geben uns die nötige Zeit, um das korrekt durchzuführen.“ Viele Akteure und Ministerien müssten ins Boot geholt werden. Eine staatliche Cannabis-Agentur solle die Legalisierung begleiten.

Im Oktober 2018 hatte Kanada als zweites Land der Welt den Anbau, Verkauf und Konsum von Cannabis legalisiert. Volljährige dürfen dort bis zu 30 Gramm Marihuana kaufen, bei sich haben und rauchen. Auch der private Anbau für den persönlichen Gebrauch ist in den meisten Regionen erlaubt. 2014 hatte Uruguay als weltweit erster Staat den Anbau und Verkauf von Cannabis unter staatlicher Kontrolle erlaubt.

Luxemburg wäre nach Angaben des EU-Beobachtungszentrums für Drogen mit Sitz in Lissabon das erste Land in Europa, das diesen Weg geht. In einigen anderen Ländern wie den Niederlanden werden Anbau und Verkauf teils geduldet.

Die Lobbyorganisation „Consumer Choice Center“ (CCC) setzt sich mittlerweile in Luxemburg für das, was

sie eine „smarte“ Cannabis-Politik nennt, ein. Auf ihrer gestrigen Pressekonferenz präsentierten Yaël Ossowski und David Clement aus Kanada die dortigen Erfahrungswerte. In den folgenden Tagen wollen sie sich mit diversen Gruppierungen, darunter politische Parteien, Gewerkschaften wie dem LCGB und der katholischen Kirche treffen, um ihre Positionen darzulegen. Für das CCC sei es wichtig, mit einer Legalisierung gegen den Schwarzmarkt vorzugehen, klare und offene Regeln in der Werbung zu etablieren und einen Konsum überall dort zu erlauben, wo das Rauchen erlaubt ist. Außerdem dürften Steuern den Preis der Ware nicht in die Höhe schießen lassen.

In Luxemburg wird seit diesem Jahr auch Cannabis zu medizinischen Zwecken verschrieben. Das entsprechende Gesetz

wurde bereits 2018 verabschiedet, aber erst Mitte Januar erhielten die ersten rund 150 Ärzte die dazu notwendige Fortbildung. Der Luxemburger Staat habe bereits eine erste Bestellung erhalten: 20 Kilogramm Cannabis für 50.000 Euro von einer kanadischen Firma. Für Patienten werde das Cannabis nur in Krankenhausapotheken verkauft. Bisher gebe es noch keine Erfahrungswerte. Wegen der Legalisierung von Cannabis in Luxemburg für den privaten Konsum rechnet die Bundespolizei mit einem Anstieg von Delikten im angrenzenden Deutschland. „Die Gefahr ist dann relativ hoch, dass die Leute von hier hinüberfahren, einkaufen und hierhin zurückkommen“, sagte Sprecher Stefan Döhn in Trier. Und auch wenn man dann Cannabis legal in Luxemburg kaufen könne: „Die Einfuhr nach Deutschland ist illegal.“ Es werde sicherlich dann mehr Kontrollen und mehr Arbeit geben. „Es könnte ein Drogenproblem werden.“ Die Vertreter des „Consumer Choice Center“ plädieren derweil dafür, dass der Verkauf von Cannabis nicht an eine Residenzklausel gekoppelt wird. Ihr Argument: Mit einer Residenzklausel schaffe man einen Graumarkt. Luxemburger könnten sich mit dem Rauschmittel eindecken, um es an Grenzgänger weiter zu verkaufen.

Nicht „high“ machende Cannabis-Produkte, die vom berauschenden Wirkstoff Tetrahydrocannabinol (THC) weniger als 0,3 Prozent enthalten, können in Luxemburg bereits gekauft werden: Es gibt vier Cannabis-Automaten mit Hanfprodukten mit dem erlaubten Wirkstoff CBD (Cannabidiol). Sie stehen in Echternach, Esch/Alzette, Grevenmacher und Wiltz. Weitere drei bis vier CBD-Automaten will Betreiber Sascha Theis dieses Jahr noch in Luxemburg aufstellen - den fünften im Mai in Ettelbrück. „Sie werden ganz gut angenommen“, sagte Theis, der in der Nähe von Idar-Oberstein (Kreis Birkenfeld) wohnt. ●

Neues Stadion: Eröffnung erst 2020

Die Arbeiten an der gut 60 Millionen Euro teuren National-Arena Luxemburgs verzögern sich.

VON MIRKO BLAHAK

LUXEMBURG Als die luxemburgische Fußball-Nationalmannschaft am 7. September 2012 in der WM-Qualifikation das Starensemble von Portugal mächtig ins Schwitzen brachte (1:2), machte auf der Tribüne des in die Jahre gekommenen städtischen Stadions Josy Barthel der Politiker Dan Kersch eine bitter-süße Bemerkung in Richtung des Fußball-Verbandspräsidenten Paul Philipp: „Da unten läuft einer, der ist dreimal so viel wert wie das Stadion, das du seit 20 Jahren nicht bekommst.“ Gemeint war Portugals Topstar Cristiano Ronaldo. Und gemeint war die Endlos-Diskussion um eine neue Arena im Großherzogtum.

Die Zeiten haben sich geändert. Neulich haben sich Kersch, seit Dezember 2018 Sportminister in Luxemburg, und Philipp wieder getroffen – auf der Baustelle des neuen Nationalstadions zwischen Cloche d'Or und Kockelscheuer im Süden der Hauptstadt. „Rund 20 Jahre lang haben wir über ein neues Stadion gesprochen“; sagte Kersch beim Blick auf die entstehenden Tribünen der 9385 Zuschauer fassenden Arena.

Wie bei anderen Großprojekten in der Welt gilt auch für das Vorhaben im Großherzogtum: Es wird teurer als geplant – und die Eröffnung verzögert sich. Aktuell sind nach Auskunft der hauptstädtischen Bürgermeisterin Lydie Polfer Baukosten von 60,36 Millionen Euro angesetzt – zuvor waren rund 58 Millionen Euro für das Projekt eingeplant. Von der Gesamtsumme übernimmt das Sportministerium 70 Prozent, wobei das Maximum der staatlichen Beteiligung auf 40 Millionen Euro gedeckelt worden ist.

Den anderen Teil hat die Stadt Lu-

xemburg beizusteuern. In ihr Budget fallen auch die knapp 800 000 Euro für den Bau eines direkt angrenzenden Parkplatzes, der auch für Konzerte oder andere Open-Air-Veranstaltungen genutzt werden kann. Kritik an den hohen Stadion-Kosten gibt es auch im Großherzogtum. Kersch argumentiert dagegen: „Alle Euro, die wir in den Sport investieren, bekommen wir mehrfach zurück.“

Aus Sicht von Polfer ist in den zwei Jahren seit dem Baubeginn im Mai 2017 „enorm viel geschafft worden“. Und dennoch: Mit einem grob für Ende 2019 ins Auge gefassten Eröffnungsspiel wird es nichts. Stand jetzt wird mit dem Abschluss der Bauarbeiten für Mai 2020 gerechnet – im zweiten Halbjahr 2020 könnte dann erstmals der Ball im neuen Stadion rollen, das den Normen der Fifa und der Uefa entspricht und auch für die Austragung von Rugby-Partien konzipiert worden ist.

Dieser Termin wiederum würde bedeuten, dass eine glanzvolle Eröffnung mit einem Testspiel der Luxemburger Fußballer gegen einen großen Gegner eher unwahrscheinlich wird. Grund: Im September 2020 beginnen die Partien der nächsten Nations-League-Runde.

Auch wenn es vielleicht nichts mit einem Gala-Match werden sollte – Philipp brennt darauf, dass das Stadion bald fertig wird: „Es wird eine enorme Bedeutung für den luxemburgischen Fußball haben. Vor allem zum jetzigen Zeitpunkt, wo der Fußball bei uns ein sehr gutes Niveau erreicht hat.“

Bis im Innenraum ein Hybridrasen zu sehen sein wird, gibt es an anderen Stellen aber noch einiges zu tun. Nachdem die Roh- und Stahlbauarbeiten weitgehend fertig sind,

steht nun die Installation der Technik an. Parallel sollen die Arbeiten an der Fassade voranschreiten. Im September soll die Beleuchtung des Spielfelds installiert werden. Avisierter Termin für die Montage der Sitzschalen ist der Januar 2020.

HINTERGRUND

Was das neue Stadion zu bieten hat

Gebaut wird das neue luxemburgische Nationalstadion nach den Plänen des deutschen Architektenbüros Gerkan Marg + Partner und des Luxemburger Büros Beng. Im **Innenraum** wird ein Hybridrasen installiert – also eine Mischung aus Kunst- und Naturrasen. Im **Erdgeschoss** des Stadions befinden sich Sanitäranlagen, Kioske, ein Pressekonferenzraum, ein Multifunktionsraum sowie die Zugänge zu den Tribünen, die 9385 Sitzplätze bieten. In der **ersten Etage** wird es einen 900 Quadratmeter großen Businessclub mit Ehrenlogen, zwei Konferenzsälen, Sanitäranlagen und einer Küche geben. Außerdem sind auf dieser Ebene Fernsehstudios und Räume für die Stadionregie sowie die Stadiونسicherheit vorgesehen.

In der **zweiten Etage** befinden sich Räume für die Technik. Im **Keller** gibt es Lagerräume, Arbeitsstationen für die Medien, die Mixed Zone für Interviews sowie die Mannschaftskabinen. Die **Parkflächen** direkt am Stadion bieten rund 200 Stellplätze für Offizielle, Fahrzeuge der Sicherheitskräfte, Medienvertreter und Busse. Die Fläche kann zudem für Veranstaltungen mit bis zu 11 500 Besuchern genutzt werden. (bl)

Was am Ende bleibt

Abwasserreinigung hat zwei Seiten – Sauberes Oberflächenwasser und jede Menge Klärschlamm

LUXEMBURG

PATRICK WELTER

Kläranlagen sind mittlerweile auch in Luxemburg selbstverständlich. Mit der von Grevenmacher ging 2017 nach Jahrzehnten Vorlauf die letzte Anlage in Betrieb. Andere, wie die Kläranlage in Blesbrück mussten – auf Druck der EU - über Jahre aufwändig saniert und ausgebaut werden.

Heute interessiert uns das, was bleibt. Dem gereinigten Abwasser, das als Oberflächenwasser aus der Kläranlagen wieder in Flüsse und Bäche eingeleitet wird, stehen die schmutzigen Überbleibsel gegenüber. Zum einen der stofflich greifbare Dreck, der mit Rechenanlagen herausgefischt wird und in die Verbrennung oder Deponie wandert. Zum anderen, und das ist der erheblich größere und problematischere Anteil, fallen tausende Tonnen von Klärschlamm an. Simpel formuliert handelt es sich dabei um die eingedickten Rückstände der braunen Brühe, die nach der Abwasserreinigung bleibt. Wasser,

Bakterien, Schwebstoffe, Nährstoffe und Schwermetalle sind Bestandteile von Klärschlamm. In Faultürmen, Solartrocknungsanlagen oder mit anderen Methoden wird dem Schlamm nach und nach das Wasser entzogen, bis der Klärschlamm zu ungefähr einem Drittel seiner Ausgangsmasse zusammengeschrumpft ist – das Fachwort heißt Trockensubstanzgehalt (TS).

Was tun damit? Klärschlamm galt lange aufgrund des hohen Nährstoffgehaltes als Wundermittel zur Düngung in der Landwirtschaft. Leider hat Klärschlamm bei genauerem Hinsehen ein paar Nachteile. Einerseits zu viel Nährstoffe in Form von Nitraten und Phosphaten, zum anderen zu viele Schwermetalle. Heute darf Klärschlamm nicht mehr in Wasserschutzgebieten als Dünger ausgebracht werden, außerdem wird immer wieder laut über ein Verbot von Klärschlamm in der Landwirtschaft nachgedacht. Die Verwendung in der Landwirtschaft ist daher stark zurückgegangen, mittlerweile wird das Gros des Klärschlammes verbrannt oder kompostiert. ●

6.822 Tonnen in der Hauptstadt

Was 2018 an Klärschlamm aus der Anlage in Beggen kam

LUXEMBURG Als bevölkerungsreichste Stadt des Landes, die tagsüber zusätzlich zu ihren rund 120.000 Einwohnern nochmal schätzungsweise ebenso viele Arbeitnehmer von außerhalb empfängt, generiert die Hauptstadt natürlich die meisten Klärschlämme.

Seit 2012 wird das gesamte Abwasser der Kapitale, die über rund 600 Kilometer Abwasserleitungen verfügt, in der auf 210.000 Einwohnergleichwerte ausgelegten Anlage in Beggen geklärt. Das meiste nach Lothringen

Aus dem Jahresbericht des hauptstädtischen Kanalisationsdienstes ist zu entnehmen, dass in Beggen im vergangenen Jahr 6.822 Tonnen Klärschlämme angefallen sind, die von SEDE Benelux, einer Filiale des französischen Wasser-, Energie und Abfallentsorgungsgiganten Veolia abtransportiert werden, zur Kompostierung (6.673 Tonnen) und zur Verbrennung (149 Tonnen). Der Großteil landet in Kompostanlagen in Lothringen, bei Nancy Compost in Port-sur-Seille und Suez Organique-Terraly in Fresnois-la-Montagne. Der Teil zur Verbrennung geht ins Zementwerk

CBR-Lixhe in Belgien. Zuvor produzieren sie aber mal Energie in den Kompostierungstürmen, wo Mikroorganismen sie zersetzen. Auf diese Weise wurden im vergangenen Jahr 1,6 Millionen Kubikmeter Biogas produziert, die 3,7 Millionen Kilowattstunden Strom - das reicht, um den Strombedarf der Station zu 41 Prozent zu decken - und 5,5 Millionen Kilowattstunden Wärmeenergie zu erzeugen. Auch die Wärme wird für die Versorgung der Station genutzt.

Die Klärung von Abwässern und die Aufbereitung von Klärschlämmen ist ein Prozess, in der viele chemische Produkte zum Einsatz kommen. Vor allem Eisenchlorid, das zur sogenannten „Flockung“ der Verunreinigungen im Wasser dient und sie nach unten absinken lässt. In Beggen wurden 2018 laut Bericht 787,24 Tonnen davon eingesetzt. Indes wurden 909,33 Tonnen Methanol zur Vergärung der Klärschlämme benutzt. LJ

☞ **Wie der Klärprozess in Beggen funktioniert sehen Sie auf dieser Grafik:**
tinyurl.com/BeggenKlaeranlage

Der lange Weg zurück

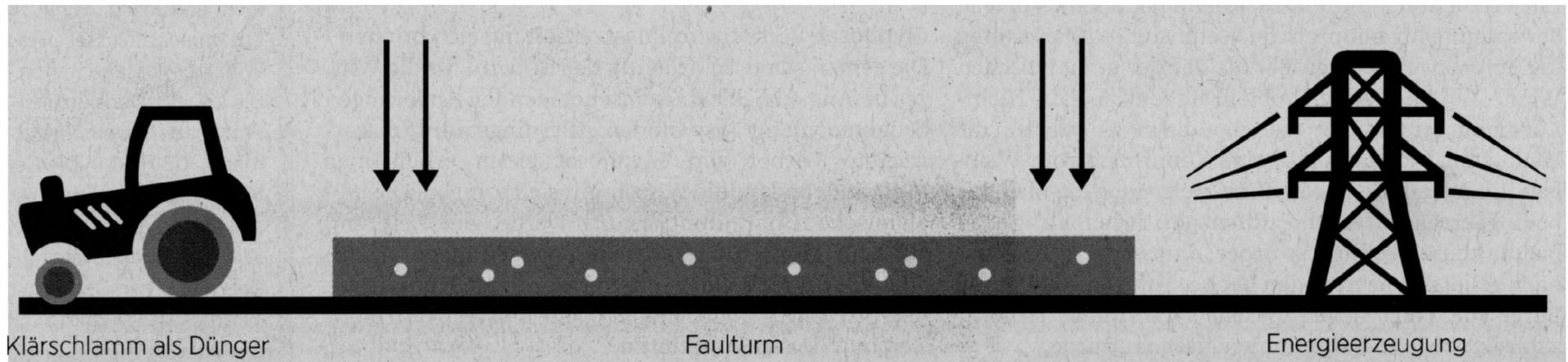
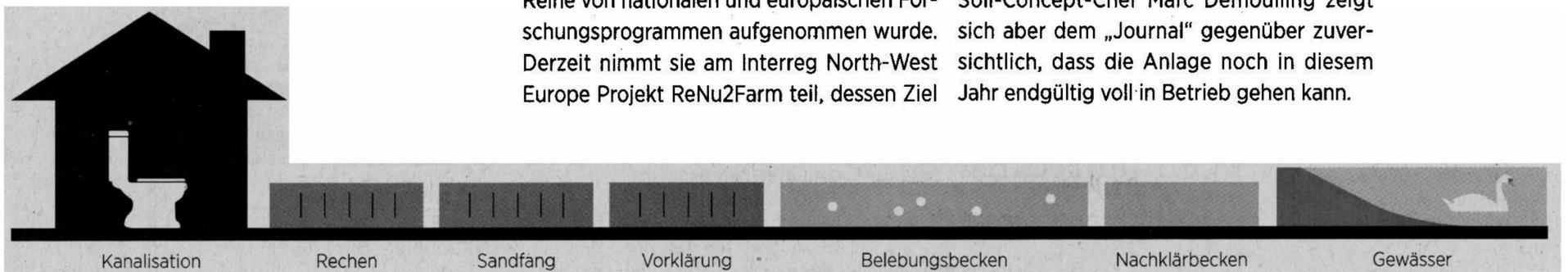
Aus den Haushalten fließt das Abwasser in die Kanalisation, in der Kläranlage wird es durch den Rechen grob gereinigt. Der Sand wird herausgefiltert und verwertet. In der Vorklärung fällt zum ersten Mal Klärschlamm an, der abgeschieden wird. Die Hauptarbeit in einer modernen Kläranlage übernehmen Bakterien, die sich von unappetitlichen Dingen ernähren. Im Nachklärbecken setzt sich wieder Klärschlamm ab, der abgeschieden wird. Das Gereinigte wird noch einmal geprüft und dann in Gewässer eingeleitet. Der Klärschlamm landet in einem Faultank, dort kann entstehendes Biogas aufgefangen und in die Energieproduktion eingespeist werden. PW

ROHSTOFF KLÄRSCHLAMM

In Fridhaff steht eine Pionieranlage zum Komplettreycling

Seit 2000 kompostiert Soil-Concept in Fridhaff Klärschlämme, Grünschnitt und organische Siedlungsabfälle, aber die Firma entwickelt auch eine kompakte Einheit, um aus diesem Kompost Strom, Wärme, Pellets und Dünger herzustellen. „Polygenerationsanlage mit Biomassevergasung, Pelletierung und regenerativer Energieerzeugung“, heißt es auf der Webseite der Firma, die in eine Reihe von nationalen und europäischen Forschungsprogrammen aufgenommen wurde. Derzeit nimmt sie am Interreg North-West Europe Projekt ReNu2Farm teil, dessen Ziel

es ist, die Recyclingraten der Pflanzennährstoffe Stickstoff, Phosphor und Kalium aus der Asche zu erhöhen, die am Ende des Energiegewinnungsprozesses übrig bleibt. Das Projekt könnte Luxemburg also weniger abhängig von Düngerimporten aus dem Ausland machen. Vor allem aber würde es die Klärschlammexporte ins Ausland reduzieren. Allerdings ist in der Pionieranlage nicht alles nach Plan gelaufen, zudem hat ein Brand das Projekt in die Länge gezogen. Soil-Concept-Chef Marc Demoulling zeigt sich aber dem „Journal“ gegenüber zuversichtlich, dass die Anlage noch in diesem Jahr endgültig voll in Betrieb gehen kann.



DIE GRÖSSTEN KLÄRANLAGEN IN LUXEMBURG

Bettendorf/Bleesbrück	Mersch
Schüttringen	Luxemburg
Bettemburg	Schifflingen
Petingen	

IN LUXEMBURG

Echternach
Stolzembourg
Rosport
Mompach
Mondorf-les-Bains
Bettemburg
Reisdorf Wallendorf
Rombach-Martelange
Bettel

ANGESCHLOSSENE GEMEINDEN IN AUSLAND

Bollendorf /Irrel (DE)
Übereisenbach/Gemünd (DE)
Ralingen (DE)
Grewenich(DE)
Mondorff (FR)
Volmerange-les-Mines/Escherange/Ottange (FR)
Wallendorf (DE)
Radelange/Bodange/Martelange/Grumelange (BE)
Roth / Gentingen (DE)

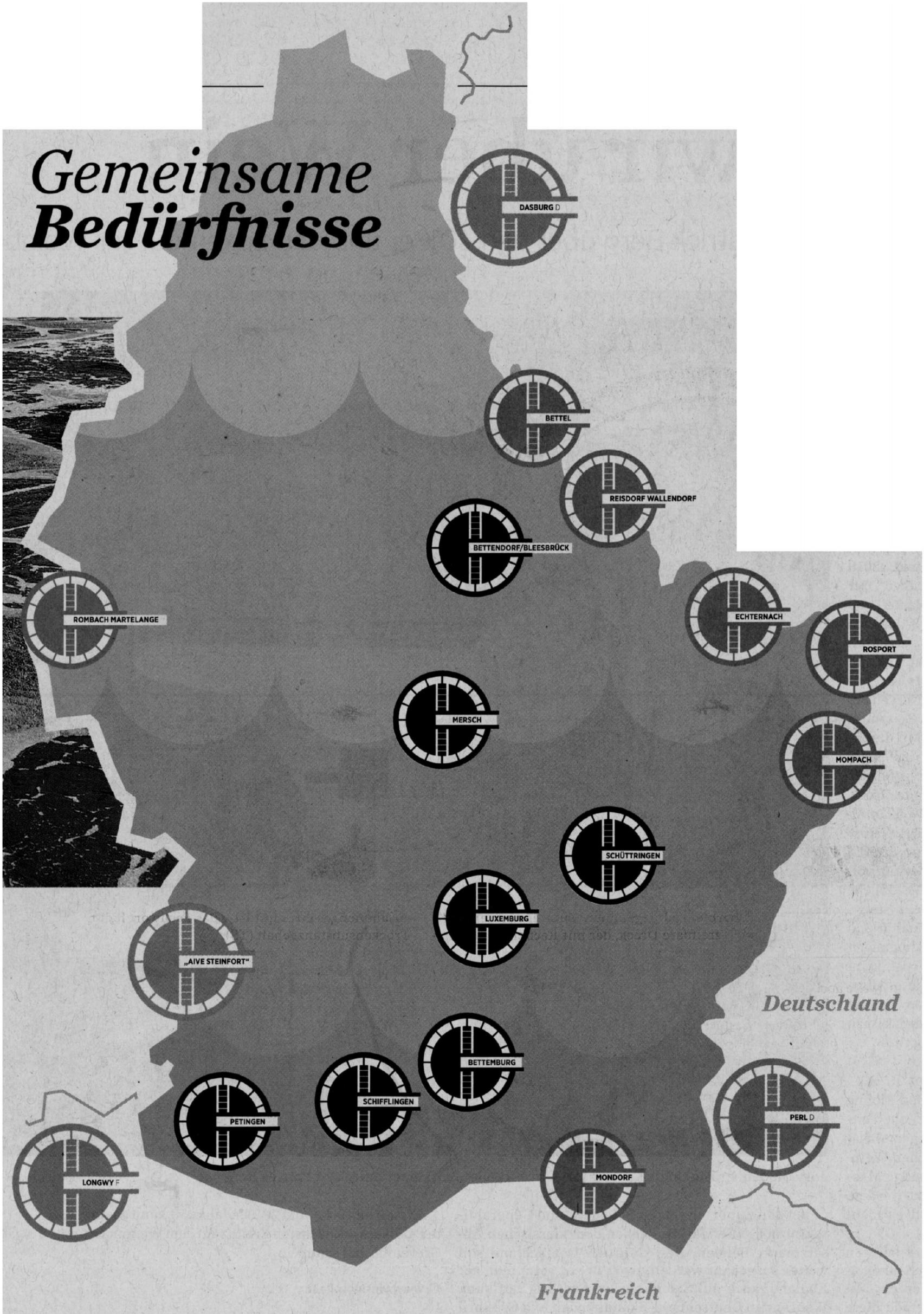
IM AUSLAND

SIAAL Longwy (FR)
Dasburg (DE)
Perl/Besch (DE)
AIVE Steinfurt (BE)
(Baubeginn am Dienstag)

ANGESCHLOSSENE LUXEMBURGISCHE ORTE

Lasauvage
Dasbourg-Pont
Remich/Wellenstein/Schengen
Steinfurt/Fingig/Clemency

Karte: LJ



Luxembourg

Luxemburg-Effekt wirkt: Region holt bei Einkommen gewaltig auf

Menschen im Raum Trier haben deutlich mehr Geld in der Tasche als noch zur Jahrtausendwende. Deutschlandweit offenbaren sich beim Wohlstand drastische Unterschiede.

VON FLORIAN SCHLECHT

TRIER/WITTLICH/BITBURG Wenn Menschen aus der Region ein Auto kaufen, für einen Urlaub sparen oder ihr Haus renovieren wollen, haben sie dafür im Schnitt deutlich mehr Einkommen zur Verfügung als noch zur Jahrtausendwende. Das zeigt eine Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung. Sie hat alle 401 Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland auf das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen ausgewertet, das jedes Haushaltsmitglied jährlich ausgeben und sparen kann.

In der Region Trier ist das Einkommen seit dem Jahr 2000 fast überall über den bundesweiten Schnitt von 12,3 Prozent hinaus gestiegen. Weit vorne liegt beim Wachstum der Landkreis Trier-Saarburg mit einem Plus von 23 Prozent vor dem Eifelkreis Bitburg-Prüm (21,8 Prozent). In der Stadt Trier stiegen Einkommen mit 9,7 Prozent seit der Jahrtausendwende am schwächsten in der Region.

Forscher führen den steilen Anstieg im Raum Trier auf die Grenznä-

he zu Luxemburg zurück. Da immer mehr Pendler im reichen Nachbarland arbeiten, wo sie höheres Netto-Gehalt verdienen, und zugleich Luxemburger in grenznahen Orten in Trier-Saarburg und der Eifel ihre Häuschen bauen, steigen die Einkommen in der Region auch stärker an als der bundesweite Schnitt (12,3 Prozent). Helge Baumann, einer der Autoren der Studie, nennt auch die niedrigen Arbeitslosenzahlen in der Region als Grund für wachsende Einkommen.

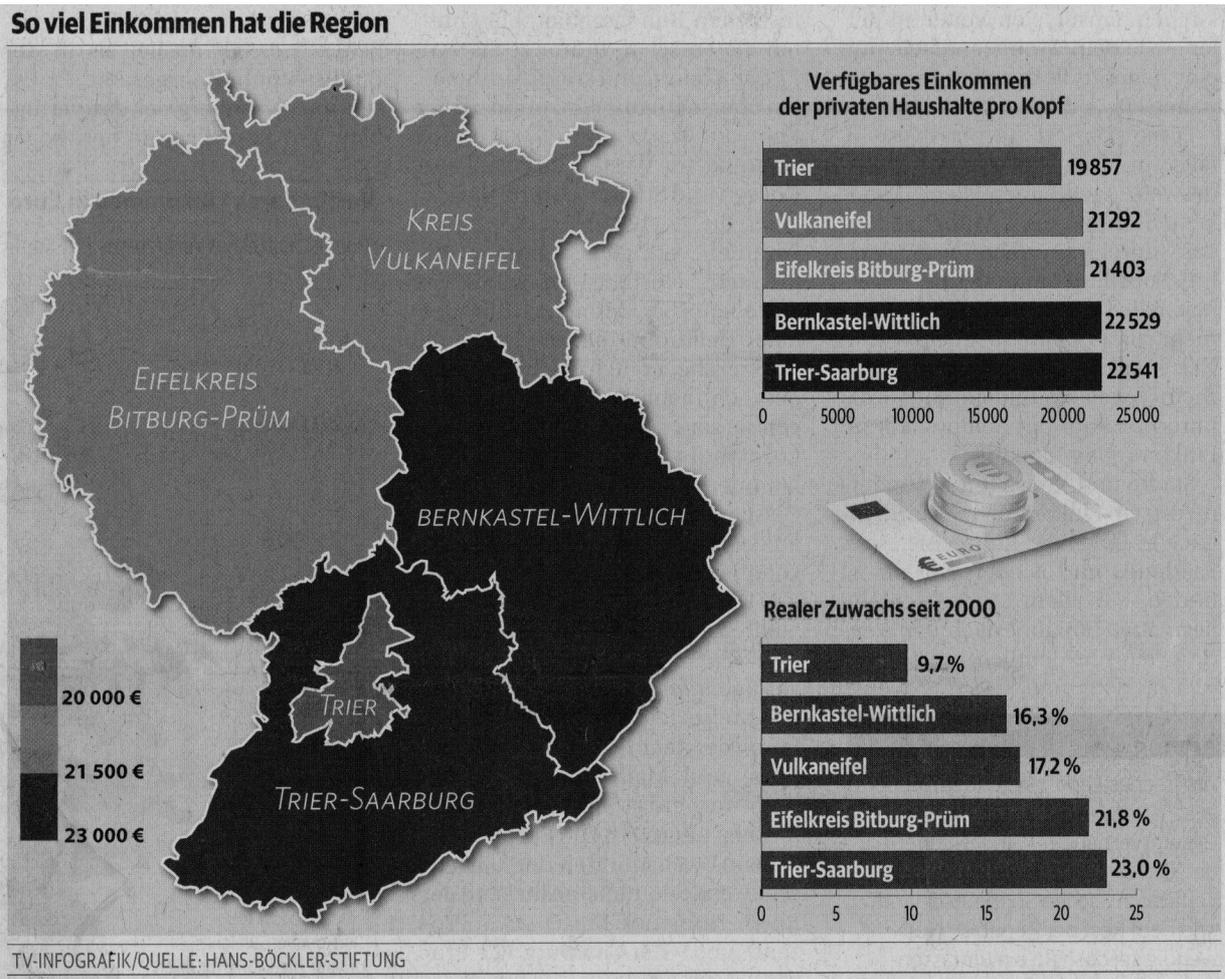
Geht es um das gesamte Pro-Kopf-Einkommen, hinken private Haushalte im Raum Trier anderen Kommunen aber hinterher. Regionale Spitzenreiter wie Berncastel-Wittlich (22 529 Euro), der Eifelkreis Bitburg-Prüm (21 403 Euro) und Schlusslicht Trier (19 857 Euro) liegen bei den Einkommen deutlich näher am bundesweiten Kellerkind Gelsenkirchen (16 203 Euro) als am wohlhabendsten Landkreis Starnberg bei München (34 987 Euro).

Ohnehin legt die Studie bundesweit dramatische Lücken offen. Vor allem Ostdeutschland liege auch 30 Jahre nach der Wende weiterhin deutlich hinter dem restlichen

Bundesgebiet, heißt es von den Forschern. Abgehängt seien auch Teile des Saarlands und des Ruhrgebiets. Das Urteil der Forscher: Wo private Haushalte in den reichsten Kommunen über den Einkommen von Luxemburg lägen, glichen die ärmsten Kreise und Städte der Insel Korsika, sagen die Forscher der Hans-Böckler-Stiftung. Wie der deutsche Städtetag sehen sie die Ergebnisse als Auftrag, gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen, wie es das Gesetz vorschreibe.

EXTRA Was die Forscher als Einkommen berechnen

Bundesweit liegt das durchschnittliche verfügbare Pro-Kopf-Einkommen in einem privaten Haushalt bei 23 295 Euro im Jahr. Darunter verstehen die Forscher der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung das Geld, das jedes Haushaltsmitglied nach Steuern, Abgaben und Sozialtransfers ausgeben oder sparen kann. Die jüngsten Regionaldaten, die die Wissenschaftler von Städten und Gemeinden auswerten konnten, stammen von 2016.



„Koordinierte Lösung“

Migranten von Rettungsschiff in Malta an Land gebracht - Luxemburg nimmt Flüchtlinge auf

ROM/VALLETTA/ATHEN/LUXEMBURG

DPA/LJ

Die 62 im Mittelmeer geretteten Migranten, die tagelang auf einem deutschen Schiff ausgeharrt hatten, sind nach Malta gebracht worden. Sie gingen am Samstagabend an Land. Von dort sollten sie nach Deutschland, Frankreich, Portugal und Luxemburg gebracht werden, wie die maltesische Regierung zuvor mitgeteilt hatte. Keiner von ihnen werde in Malta bleiben. Deutschland nimmt nach Angaben des Bundesinnenministeriums bis zu 26 Menschen auf. Wie viele Flüchtlinge Luxemburg aufnimmt, ist noch nicht bekannt; wie Außenminister Jean Asselborn unterstreicht, sollen hauptsächlich Frauen und Kinder aufgenommen werden.

Das Rettungsschiff „Alan Kurdi“ der Regensburger Organisation Sea-Eye hatte insgesamt 64 Menschen am 3. April vor der libyschen Küste gerettet. Das Schiff bekam dann keine Genehmigung, in einen sicheren Hafen einzufahren, da Italien und Malta auf eine Verteilung der Menschen auf andere EU-Länder pochten. Zwei Frauen wurden aus gesundheitlichen Gründen in Malta an Land gebracht.

Die Regierung des rund 350 Kilometer nördlich der libyschen Küste gelegenen Inselstaats ließ die „Alan Kurdi“ aber nicht einlaufen. Die Geretteten mussten auf ein maltesisches Schiff wechseln, das sie an Land brachte. „Wieder einmal wurde das kleinste EU-Mitglied unter unnötigen Druck gesetzt, um einen Fall zu lösen, der weder in seine Verantwortlichkeit noch in seine Zuständigkeit fällt“, kritisierte die maltesische Regierung. Malta hat nur rund 430.000 Einwohner.

Sea-Eye teilte mit, dass die „Alan Kurdi“ wieder Richtung Spanien fahre, nachdem die maltesischen Behörden die Ausschiffung der Crew abgelehnt hätten. „Es bleibt Enttäuschung über die Schikane gegen eine tapfere Crew“, schrieb Sea-Eye auf Twitter.

EU-Flüchtlingskommissar Dimitris Avramopoulos begrüßte die „erreichte koordinierte Lösung“. Er lobte Malta, dass es die Ausschiffung möglich gemacht habe, sowie Frankreich, Deutschland, Portugal und Luxemburg für ihre Solidarität. Die deutsche Menschenrechtsorganisation Pro Asyl kritisierte das Verhalten Malτας als „unerträglich“. „Malta tritt die Menschenwürde mit Füßen“, sagte Geschäftsführer Günter Burkhardt.

Flüchtlingsboot in der Ägäis gekentert - eine Frau stirbt

Vor der griechischen Insel Samos ist derweil ein Boot mit Dutzenden Migranten gekentert. Rettungskräfte entdeckten gestern die Leiche einer Frau, wie das Staatsradio (ERT) unter Berufung auf die Küstenwache von Samos berichtete. 50 Menschen hatten Glück und konnten demnach schwimmend einen felsigen Küstenabschnitt erreichen. Indessen versucht die Regierung in Athen, das überfüllte Flüchtlingslager von Samos zu entlasten. Schiffe der griechischen Kriegsmarine brachten fast 500 Flüchtlinge von der Insel zum Festland. Bei dem Unglück vor Samos wurde die Frau nach Erkenntnissen der Küstenwache von den

Wellen gegen die Felsen geschleudert. Das Boot mit den Migranten war nach Angaben der Überlebenden von der wenige Kilometer entfernten türkischen Ägäisküste gestartet. Das Flüchtlingslager auf Samos ist restlos überfüllt. In der Einrichtung mit einer Aufnahmekapazität von knapp 650 Menschen harrten zuletzt fast 3.700 Migranten und Flüchtlinge aus. Humanitäre Organisationen kritisieren die Zustände in dem Lager. Der Flüchtlingszustrom in der östlichen Ägäis hat zwar im Vergleich zu den Jahren 2015 und 2016 deutlich nachgelassen. Damals waren mehr als eine Million Migranten aus der Türkei nach Griechenland gekommen. Seit Jahresbeginn haben nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks knapp 5.500 Menschen die gefährliche Fahrt von der türkischen Ägäisküste zu den griechischen Inseln unternommen. 2018 waren in der Ägäis 174 Migranten ums Leben gekommen oder werden seither vermisst. ●

„Malta tritt die Menschenwürde mit Füßen“

GÜNTER BURKHARDT, Geschäftsführer der deutschen Menschenrechtsorganisation Pro Asyl

Kriminelle auf Wanderschaft

Die Criminalité itinérante bleibt eine der größten Herausforderungen für die Sicherheitskräfte

Von Steve Remesch

Luxemburg. Reisende Straftäter – es ist ein abstrakter Begriff für ein sehr konkretes Problem. Es sind kleine Tätergruppen. Sie sind oft nur Tage, manchmal nur Stunden im Land. Sie begehen in kurzer Abfolge Einbrüche oder sonstige Diebstähle und sind dann wieder spurlos verschwunden.

Auf frischer Tat werden sie nur selten erwischt. Und wenn doch, dann ist es oft Glücksache- oder es sind aufmerksame Zeugen oder gewitzte Polizisten zu Hand. Und das ist dann zumeist auch wiederum Zufall. Um ihnen auf die Schliche zu kommen, bedarf es in der Regel akribischer Ermittlungsarbeit. Diese beginnt zumeist bei der Spurensuche, setzt aber voraus, dass die Täter überhaupt auswertbare Spuren hinterlassen.

Dann gilt es, diese Einzelpersonen und Gruppen zuzuordnen. Und hierbei gab es in den vergangenen Jahren entscheidende Fortschritte – und Ergebnisse, die sich zeigen lassen. Das wichtigste Werkzeug für die Strafverfolgungsbehörden ist dabei das sogenannte Prüm-Abkommen. Dieses regelt den polizeilichen Informationsaustausch zwischen den unterzeichnenden EU-Mitgliedstaaten. Und dazu zählt auch der direkte Zugriff auf die nationalen DNS-, Fingerabdruck- und Fahrzeugkennzeichendatenbanken.

Datenbanken nur teilweise harmonisiert

Das ursprüngliche Prüm-Abkommen war von sieben europäischen Ländern unterzeichnet worden. Später kamen sieben weitere hinzu. Die Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgungsbehörden der EU-Staaten wird inzwischen aber von einer EU-Rahmendirektive geregelt, die demnach alles 28 Mitgliedsstaaten in die Pflicht nimmt.

Derzeit hat das Großherzogtum direkten Zugriff auf die DNS-Da-

tenbanken von 14 Ländern. Bei den Fingerabdruckverzeichnissen sind es 20 Länder. Rein theoretisch soll der Zugriff sich noch im Laufe dieses Jahres auf die Datenbanken aller 28 EU-Staaten erstrecken. Doch das bleibt vorerst Wunschdenken, denn noch immer sind nicht alle Datenbanken kompatibel, und diese technischen Hürden zu überwinden, das kostet Geld und Zeit.

280 000 Anfragen an ausländische Behörden

Luxemburg hat im vergangenen Jahr 280 000 automatisierte Anfragen in den Datenbanken der Partnerländer durchgeführt. 2,6 Millionen Abrufe gingen aus dem Ausland ein, davon 2,4 Millionen alleine aus Frankreich. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht das einer Zunahme von 140 Prozent.

1 432 DNS-Profile aus Straftaten in Luxemburg konnten so in Verbindung mit 4 104 Straftaten im Ausland gebracht werden. Das bedeutet nicht zwangsläufig, dass auch ein Tatverdächtiger ermittelt werden konnte. Es bringt die Ermittler aber jedes Mal einen Schritt weiter.

So war es möglich, zumindest teilweise nachzuvollziehen, wie sich die Täter innerhalb Europas fortbewegt haben. Die meisten Spuren konnten so Personen zugeordnet werden, die ebenfalls in Frankreich, Deutschland, Spanien, Österreich und Schweden erfasst waren. Übereinstimmungen bei den Spuren gab es am meisten zu Taten in Deutschland, gefolgt von Frankreich, den Niederlanden, Belgien und Österreich.

Die Täter sind demnach nicht nur grenzüberschreitend rund um Luxemburg unterwegs, sondern quer durch Europa. Sie bewegen sich demnach großräumig und die gleichen kriminellen Gruppen wie in Luxemburg schlagen auch in anderen Ländern zu. Das hält die Polizei auch in ihrem Jahresbe-

richt 2018 fest.

Dass man sich in Zukunft mit mehr Ländern austauschen könne, erlaube, die Analysen künftig zu verfeinern und bei der internationalen Zusammenarbeit gezielter vorzugehen, heißt es weiter.

Europaweit Ermittlungen gegen 5 000 kriminelle Organisationen

Wie notwendig diese Zusammenarbeit ist, belegen Zahlen der europäischen Polizeibehörde Europol. Denen zufolge wird derzeit europaweit gegen 5 000 internationale Gruppierungen aus dem Bereich der organisierten Kriminalität ermittelt. Diese setzen sich aus insgesamt 180 verschiedenen Nationalitäten zusammen. Deren Aktivitäten haben in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Wurden ihnen 2013 noch 33 Prozent aller Straftaten zugeordnet, sind es 2017 ganze 45 Prozent, so Europol im „Serious and organised crime threat assessment“-Bericht.

Der Schlüssel für den Erfolg dieser mobilen Tätergruppen liege eben darin, dass sie schnell Länder und somit Gerichtsbarkeiten wechseln können. Die Schwachpunkte der einzelnen Behörden und Hürden, die bei internationaler Strafverfolgung überwunden werden müssen, würden trotz aller Fortschritte gezielt ausgenutzt.

Und doch gibt es Hoffnung. Das zeigt sich nicht zuletzt in den Gerichtssälen, wo wöchentlich Täter zur Rechenschaft gezogen werden, nachdem DNS-Spuren und Fingerabdrücke von Tatorten zu ihnen geführt haben. Diese Maschinerie, mit der große internationale Verbrecherorganisationen bekämpft werden, wird von jenen Polizisten befeuert, die sich tagtäglich auch im kleinen Luxemburg selbst bei geringfügigen Eigentumsdelikten mit viel Einsatz der Spurensuche widmen.

Liebesgrüße aus Georgien

In ihrem Aktivitätsbericht 2018 befasst die Polizei sich auch mit einer anderen Form der Wanderkriminalität: kriminelle Strukturen, die Asylprozeduren missbrauchen, um in einem Land Fuß zu fassen. In Luxemburg fielen in diesem Sinne im Jahr 2018 besonders Gruppierungen aus Georgien auf. Deren Anwesenheit und die damit einhergehende Auswirkungen auf die Kriminalstatistiken könne durchaus

als zyklisches Phänomen beschrieben werden, schreibt die Polizei. Denn bereits zwischen 2003 und 2006, dann wieder 2012 und 2013 sowie erneut 2015 seien sie in den Fokus der Ermittler aus dem Bereich der organisierten Diebstähle gerückt. 2018 sei das Phänomen erneut aufgetreten: Personen georgischer Herkunft seien sehr häufig als Täter im Zusammenhang mit Ladendiebstäh-

len und Einbrüchen aufgefallen. Die Taten seien dabei zumeist in Gruppen von drei bis fünf Personen begangen worden. Zigaretten, Alkohol, Rasierklingen, Druckerpatronen, Kosmetikprodukte und Markenkleidung seien für die Täter am häufigsten Objekt der Begierde gewesen. Auch bei auf frischer Tat festgenommenen Einbrechern stellen dem Bericht zufolge Georgier die größte Gruppe, die nicht aus der Grenzregion stammt. Von 130 festgenommenen Tatverdächtigen stammten im

letzten Jahr insgesamt 39 aus Georgien, 29 aus Rumänien, 16 aus Algerien, zwölf aus Marokko und acht aus Litauen. 2018 wurden außerdem insgesamt 75 überführte Tatverdächtige aus dem Ausland nach Luxemburg ausgeliefert, um sie hier vor Gericht zu stellen. Die meisten davon wurden aufgrund der Auswertung von Spuren durch die Tatortermittler der Kriminalpolizei identifiziert.

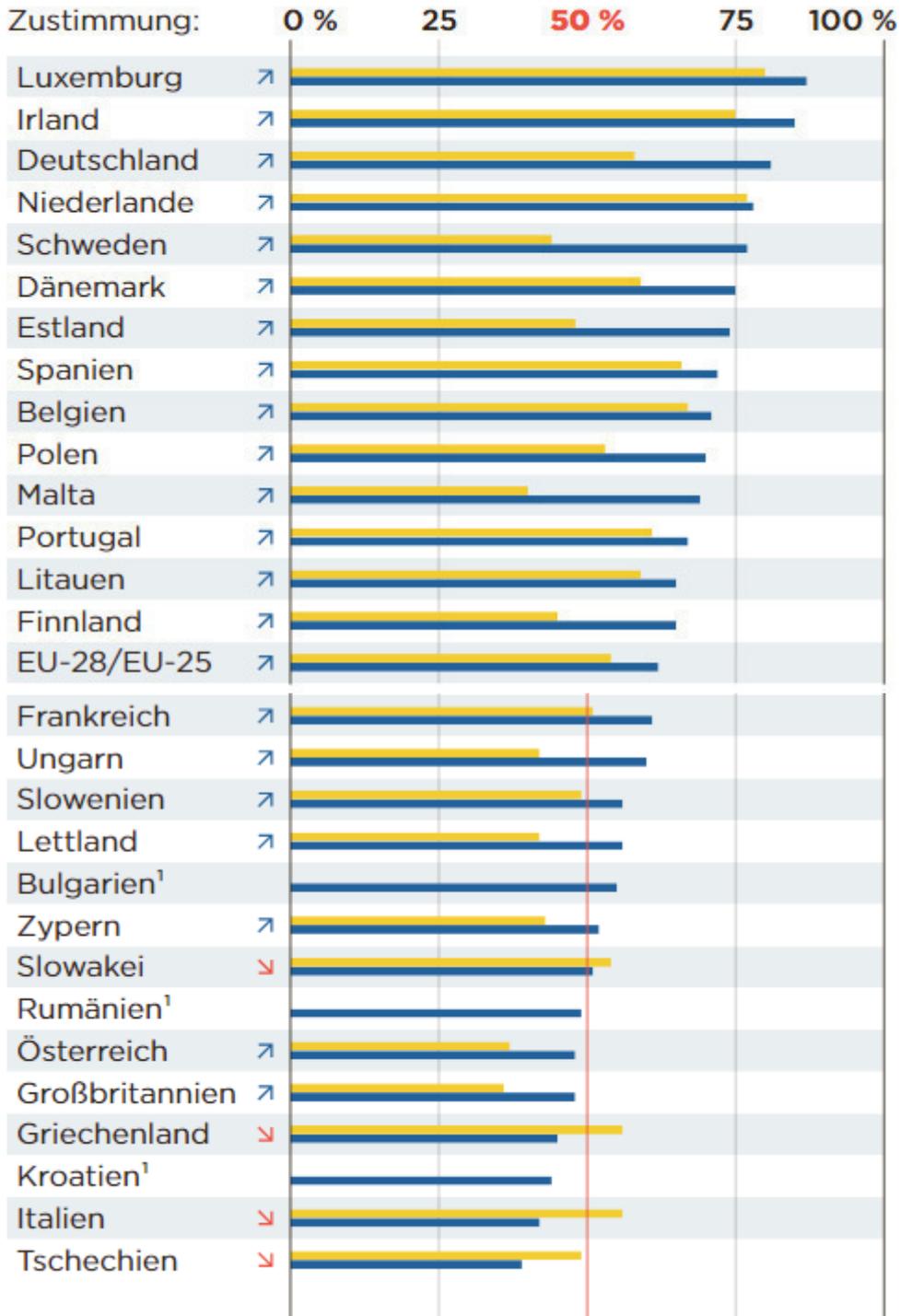


GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

ZAHLEN UND FAKTEN

Zustimmung zur EU

Ist die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU eine gute Sache?



HANDELSBLATT-GRAFIK

Quelle: Eurobarometer

1) Keine Umfrage im Juli 2005